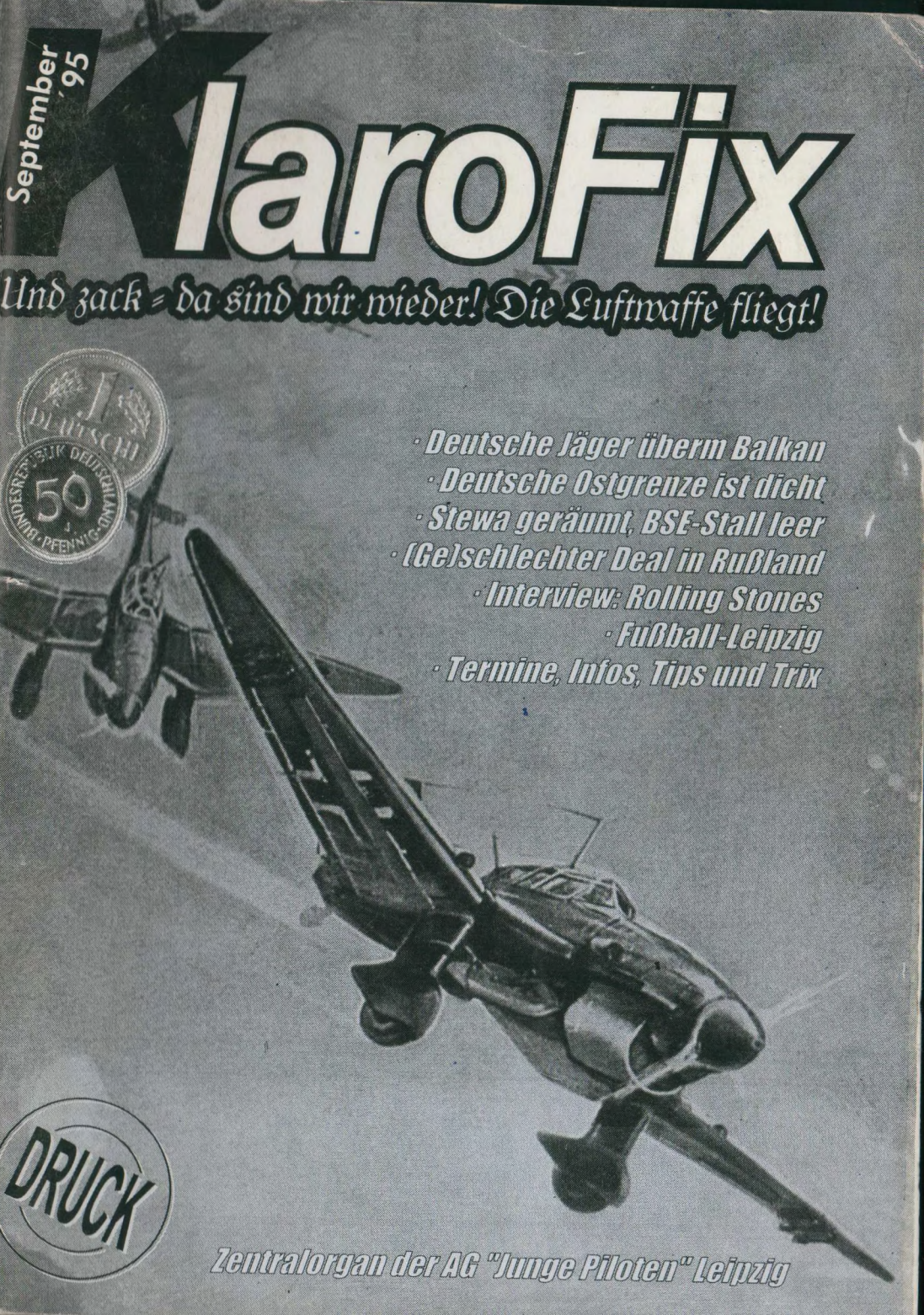
September '95

KlaroFix

Und zack = da sind wir wieder! Die Luftwaffe fliegt!



- Deutsche Jäger überm Balkan
- Deutsche Ostgrenze ist dicht
- Stewa geräumt, BSE-Stall leer
- (Ge)schlechter Deal in Rußland
- Interview: Rolling Stones
- Fußball-Leipzig
- Termine, Infos, Tips und Trix

DRUCK

Zentralorgan der AG "Junge Piloten" Leipzig

editorial

Wieder ist die Sommerpause rum und unser September-Heft für euch zu haben. Das Ereignis des Sommers war ja wohl das Stones-Konzert auf der Festwiese. Nicht nur, daß da wirklich jedeR seine/ihre frischgewaschene Jeans-Kutte aus dem Rocker-Regal geholt hat, nein, alle waren auch noch total lieb zueinander und, was mich am meisten gestört hat, die Fans haben alle bei mir vor der Haustür geparkt, und das obwohl das gute 3km bis zum Stadion sind. Beim näxten mal fackel´ ich die Mistkarren ab!

Die tollste die brd betreffende Neuerung in diesem Sommer dürfte wohl sein, daß jetzt deutsche Flieger endlich wieder zeigen können, was in ihnen steckt.

Dazu wollten wir dann auch ein bißchen mehr bringen, immerhin gab es dazu ´ne Veranstaltung mit Elsässer von der Jungen Welt und dazu wieder gab´s ein 4-Seiten Einladungs- und Diskussions(?)papier der "antinationalen Gruppe Leipzig". Das können wir aber hier nicht abdrucken, weil die ANGL es verboten hat. ECHT!!! Die Begründung war ungefähr so, daß sie uns zwingen wollen, uns selbst mit dem Thema auseinanderzusetzen. Was glaubt ihr denn, wer ihr seid, ihr Antideutschen? Unsere Mütter? Ihr müßt uns zu gar nichts zwingen, wir denken auch von alleine nach! Trotzdem machen wir das Heft auch, um laufende Diskussionen zu fördern bzw. nicht laufende in Gang zu bringen. Daß wir die dazu nötigen Diskussionsbeiträge nicht alle selbst verfassen können, ist doch auch irgendwie klar. Seid doch lieber froh, daß euer Zeug überhaupt noch gedruckt werden soll, immerhin weigern sich andere autonome Zeitungen schon seit Monaten, irgendwelche Statements der Antideutschen zu veröffentlichen. Aber da steht ihr ja wohl drüber, oder?

Was ich aber unbedingt hier noch schreiben muß (sonst krieg ich wieder eine rein), ist, daß sich der Ost-Club in Delitzsch mit rasanten Schritten zum Faschotreff der ganzen Umgebung entwikkelt. In diesem Zusammenhang war auch die Bullerei schon mal dort und verhaftete mehrere der Nazi-Spinner.

Ein Teil unserer Texte kann übrigens inzwischen über Modem im CL-Netz unter CL/MAGAZINE/KLAROFIX abgerufen werden (da müßt ihr für eure Berichte nicht immer alles abtippen).

so long
Euer Fosi

inhalt

4 DIE STADT TERRORISIERT BESETZERINNEN
20 Chronik deutscher Abschiebepolitk
26 Wie pflege ich einen Asylanten - ein Ratgeber
28 Der Ostwall steht - ein Reisebericht
38 Die Luftwaffe fliegt wieder
41 Elsässer bleibt deutsch
44 KRIEG NEBENAN - MÜSSEN WIR EINGREIFEN?
46 Zur Erklärung der AIZ
50 (Ge)schlechter Deal in Rußland
56 FEMINISTISCHE GEDANKEN ZUR EZLN
60 CHAOSTAGE IN HANNOVER
62 Termine fürn September
72 Die ROLLING STONES - und wir dabei!
78 LeserInnenpost
80 Boris Beckers Wimbledon-Tagebuch
81 Kreuzworträtsel
82 Adressen
84 Fußballseiten
86 RUNDUMSCHLAG

Herausgeberin:
DRUCK c/o Infobüro
Peterssteinweg 13
Leipzig 04107
E-Mail: Druck@Link-L.cl.sub.de

"Der Rechtsstaat ist eben nicht in der Lage, die Revolution nachzuholen."

STEFFEN HEITMANN

damals Sächsischer Staatsminister der Justiz
auf der Bundesfachtagung Jura

(Das haben wir doch schon immer gesagt. Deshalb müssen wir uns was anderes einfallen lassen als den Rechtsstaat. - d.S.)

„Also muß es eskalieren“

LEIPZIG: Polizei griff Besetzer und Symphatisanten an! Zu den Auseinandersetzungen in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli

In der Nacht vom 30.6. zum 1.7. griffen ca. 100 Polizisten eine Protestparty gegen die versuchte Räumung des besetzten Hauses in der **Sternwartenstraße 39** an.
Die Polizei ging mit unverblümter Härte gegen die Party vor. Über 100 Besetzer und Symphatisanten waren davon betroffen.
Angefeuert durch den Einsatzleiter der Polizei, der immer wieder hysterisch nach „Verhaftungen“ brüllte, startete die Polizei immer wieder Versuche, mit Knüppeln, Helmen, schußsicheren Westen und Schilden bewehrt, auf die Partyteilnehmer einzuprügeln. Dies gelang ihnen aber nicht.
Daraufhin begann die Polizei wild auf Unbeteiligte einzuschlagen. Sie knüppelten 9 Leute zu Boden, drückten ihre Knie in die Nacken der Festgenommenen, so daß diese vor Schmerzen stöhnten, legten ihnen Handfesseln an und zwangen die Leute, lange Zeit auf der Erde völlig regungslos liegen zu bleiben. Körperliche Regungen der Festgenommenen wurden mit vulgären Ausdrücken bedacht und teilweise mit gezielten Fußtritten geahndet.
Bis in die frühen Nachmittagstunden des 1. Juli wurden die Leute in „Gewahrsam“ gehalten. Es erfolgten schikanöse ED-Behandlungen und gezielte Befragungen durch Beamte, deren Ziel die Erpressung eines Schuldgeständnisses war.
In einer eiligst verbreiteten Pressemitteilung der Polizeidirektion wurden die Angegriffenen als „sturz besoffen“ tituliert. Das mag zwar durchaus auf die unbeteiligten Festgenommenen zutreffen, nicht jedoch auf die ca. 100 Party-Teilnehmer. Deren Umgang mit dem Polizeiangriff ist es zu danken, daß keine größere Eskalation seitens der Polizei zum Ziel führte.

Zu den Hintergründen:

Seit 1989(!) ist das Haus in der Sternwartenstraße 39 besetzt. Um das Haus herum fand sich ein Kreis von Menschen, der sein Recht auf eigene Wohnvorstellungen verwirklichen will. Dazu gehörten ebenso diverse kulturelle und künstlerische Angebote, die immer großen Anklang fanden. Bis zum Juni 1994 lag ein Restitutionsanspruch auf dem Haus. Angeblich -ohne irgendwelche Verbindlichkeiten- soll nun ein neuer Besitzer existieren.
Am Mittwoch, dem 28.6.94 drang ein 30köpfiges Polizeiaufgebot in das Haus ein und versuchte die Bewohner gewaltsam aus dem Haus zu vertreiben.
OHNE JEGLICHE ANGABE VON GRÜNDEN wurden Türen und Fenster zugemauert.
Die Bewohner versuchten zu erfragen, was hier eigentlich geschehe. Sie bekamen jedoch keine Antworten sondern ernteten zum Himmel schreiende Arroganz seitens der Polizei. Belohnt wurden die Fragen mit der Kontrolle der Personalien und sofortigem Platzverweis. Wer sich nicht ausweisen konnte, wurde in „Gewahrsam“ genommen. Seit diesem Zeitpunkt befindet sich das Haus unter ständiger Observation durch zivile und uniformierte Polizisten.
Der Polizeieinsatz vom Mittwoch legt hier augenscheinlich eine neue Qualität des (Un-)Rechtsverständnisses der Leipziger Polizei an den Tag.
Nicht einmal das Ordnungsamt scheint über das Vorgehen der Polizei informiert. Und, ein Blick in das repressive Sächsische Polizeigesetz läßt nicht einmal genug Spielraum, um wenigstens zu erahnen, mit welchen Befugnissen die Polizei hier vorgegangen sein will.
Nur ein wenig Rechtsverständnis erklärt schon, daß die Polizei hier keinerlei rechtliche Handhabe für ihr Vorgehen aufweisen kann.
Ein klassischer Fall von Rechtsbeugung, der rechtliche Konsequenzen für die verantwortlichen Polizeibeamten zur Folge haben muß!
Nach 6(!) Jahren Wohnen in der Sternwartenstraße ist es der Polizei nicht möglich, ihr Vorgehen in irgendeiner Form zu legitimieren. Und erst recht nicht, da die Bewohner im Besitz von Nutzungsverträgen sind!

Die Bedeutung für das Klima zwischen Besetzern und Stadt Leipzig muß hier nicht besonders betont werden. Wir vermuten, daß hier gezielt ein Keil zwischen die Gespräche zwischen den Besetzern und der Stadt getrieben werden soll. Ein Wohnprojekt, das über 6 Jahre existiert, hat allein dadurch sein Existenzrecht erwirkt. So ist nun einmal die Gesetzeslage.

Also: **Wir drehen jetzt einmal den Spieß um. Fordert sonst immer die Stadt von den Projekten den gesetzlichen Rahmen einzuhalten, fordern wir diesmal von der Stadt dasselbe!**
Spätestens mit dem Polizeiangriff auf die Anwohner ist die Solidarisierung den Betroffenen perfekt. So ist es also keine Drohung sondern Realität: Die Szene solidarisiert sich mit der Sternwartenstraße. Wer das Projekt attackiert, greift uns alle an!

Wir fordern: **Sofortige weitere Duldung der Sternwartenstraße 39!**
Einstellung aller möglichen Verfahren gegen die Betroffenen!
Die sofortige öffentliche Entschuldigung durch die Polizei!

Stewa bleibt-Kreis, 1. Juli '95

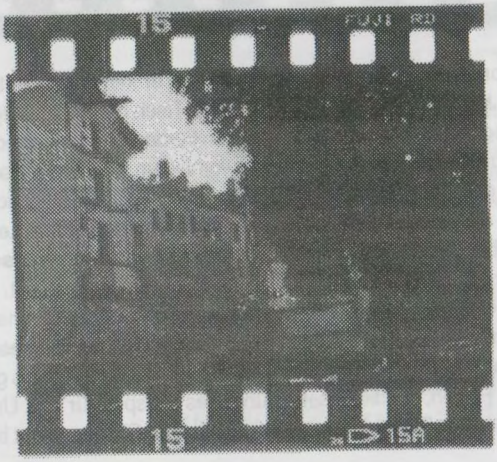
Wir rufen auf zur **Demonstration** am Sonntag, den 2. Juli, 17 Uhr, Moritzbastei!

Übt Solidarität!

Am Nachmittag des 6. Juli 1995 besetzten die BetreiberInnen der Plagwitzer Projekte BSE-Stall, KLO und NARCOTIC, die ehemaligen Bewohner der Stewa, sowie ein Kreis von SympathisantInnen aus verschiedenen Stadtteilen, darunter auch von Projekten aus Connewitz, das Büro des stellvertretenden Oberbürgermeisters und Beigeordneten für Jugend, Schule und Sport, **Wolfgang Tiefensee**. Nachdem die Projekte innerhalb einer reichlichen Woche alle ausnahmslos geräumt oder geschlossen worden waren, ohne daß zuvor auch nur ein Wort mit den BetreiberInnen gewechselt worden war. Ebenfalls anwesend waren die BesetzerInnen des in der Plagwitzer Fröbelstraße geräumten Hauses. Gemeinsam forderten sie (siehe Forderungskatalog) ein Gespräch mit den verantwortlichen Politikern über die Gründe der von der Stadt begonnen Eskalationsstrategie und Perspektiven für ihre Projekte. Obwohl sofort eine hektische Betriebsamkeit im Sekretariat von Bürgermeister **Tiefensee** einsetzte, war außer **Lutz Burger**, eine unvermeidliche Gestalt aus dem Dezernat Ordnung und Umwelt, niemand erreichbar. **Tiefensee** selbst weilte im Urlaub an der Riviera, der Chef des Ordnungsdezernats, **Tschense**, in Dresden und Ordnungsamtschef **Günther Wassermann**, der maßgeblich an den Ausschreitungen der Stadt gegen ihre BewohnerInnen beteiligt war, in Köln. So dauerte es einige Zeit, bis die zweite Garde aus VertreterInnen von Kultur- und Oberbürgermeisteramt eintrafen. Mit ihnen kam der sich sehr bemüht gebende, aber nie wirklich hilfreiche Jugendamtschef **Braun**. Und schließlich stieß auch noch der soeben zurückgekehrte Wassermann hinzu. Aufgrund der Vielzahl der Interessierten wurde das Gespräch in den Tagungssaal des Jugendhilfeausschusses verlegt. Dort machte sich auch sofort ein als Rathausangestellter getarnter Zivibulle ans Werk, um die Veranstaltung mittels der Überwachungskameras aufzuzeichnen. **Wassermann** riß sofort die Gesprächsführung an sich, allerdings nur, um zu behaupten, alles sei in Ordnung, so wie es sei. Fakten, wie die Besetzungsdauer der Stewa interessierten nicht. Das Ordnungsamt habe erst 48 Stunden vor der Räumung von der Besetzung erfahren und dann nach „Leipziger Linie" gehandelt. Im Klartext bedeutet das, daß eine Besetzung aber auch Projekte, wie die in Plagwitz, für die Stadtverwaltung erst dann zu existieren beginnen, wenn sie bekannt werden. Im Zusammenhang von Klo, BSE und Narcotic weigerte sich **Wassermann** gar von Projekten zu sprechen, weil er keine Konzeption auf dem Tisch habe. Die aufgestellten Forderungen beschied er von vornherein mit „Nein". Ansonsten stehe allen noch der gerichtliche Weg gegen die Stadt Leipzig offen, welcher für **Wassermann** den idealen darstellt. Er verwies in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf den BesetzerInnenkongreß, den er als gelungenes Beispiel für den Umgang mit dem Ordnungsamt be-

zeichnete. Die OrganisatorInnen hatten damals ein Verwaltungsgerichtsklage einreichen müssen, um das Demonstrationsrecht durchzusetzen. Diese unverfrorene Eskalationspolitik war für Leipziger Verhältnisse ein Novum. Kaschiert wurde sie nur durch unverbindliche Versprechungen des „Privatmanns" **Wassermann**, in seinem Bekanntenkreis bei der Suche nach geeigneten Ersatzobjekten zu helfen. Eine verbindliche politische Stellungnahme, in der Art die Projekte seien unterstützungswürdig und würden vom Ordnungsamt oder gar einer ämterübergreifenden Runde, wie bei Connewitz, gefördert, lehnte er ab. Trotzdem ließen sich die Plagwitzer Projekte auf diesen Kuhhandel ein, der einen besonders schalen Beigeschmack dadurch bekam, daß **Wassermann** ein „Gespräch ohne Demagogen" vorschlug. Diese Bemerkung war auf die anwesenden ConnewitzerInnen gerichtet, die, durch ihre Erfahrungen vorsichtig geworden, Verbindlichkeit der Zusagen forderten. Wie leicht sich die PlagwitzerInnen deeskalieren ließen, zeigte sich am nächsten Tag, als während einer Scheinbesetzung in dem in ihrem Viertel gelegenen, leerstehenden Haus Limburgerstraße 65, kaum Menschen von der Rathausbesetzung des Vortags zu sehen waren. Die Polizei brauchte mehrere Stunden, bevor sie das leere Haus in voller Montur stürmte und gefährlich bemalte Bettlaken entfernte. Zuvor hatte Bereitschaftspolizei die Limburgerstraße von Elementen befreit, die nach dem Eindruck der BeamtInnen zu „diesem Klientel" gehörten. Um welches Klientel es sich dabei handelte, und welche Kennzeichen ausschlaggebend waren, um einen Platzverweis zu bekommen, war leider nicht in Erfahrung zu bringen.

Im Anschluß dokumentieren wir Erklärungen und anderweitige Veröffentlichungen, die uns in diesem Zusammenhang in die Hände gefallen sind.



Am Mittwoch, den 28.6.95, drang die Polizei in die Wohnungen der Sternwartenstraße 35, 37 und 39 ein. Das geschah ohne Vorankündigung und Hausdurchsuchungsbefehl. Für einige Wohnungen bestehen Nutzungsverträge mit der LWB. Die anderen Wohnungen wurden schon 1989 besetzt. Nach 6 Jahren Duldung kommt plötzlich die Polizei und fordert die BewohnerInnen ultimativ auf, die Häuser zu verlassen. Am darauffolgenden Tag wurde das Haus Nr. 39 zugemauert. Deshalb beschlossen die BewohnerInnen und UnterstützerInnen, eine Protestparty am 30.6. und am 1.7. zu veranstalten. Die Häuser stehen seit Mittwoch unter ständiger polizeilicher Observation. Für den Parkplatz Ecke Nürnberger Straße wurden allen dort befindlichen Menschen Platzverweise ausgesprochen. Außerdem wurden alle „verdächtigen" Personen einer Identitätskontrolle unterzogen. Sieben Personen ohne Personalausweis wurden über 5 Stunden grundlos auf der Polizeihauptwache in der Dimitroffstr. 5 festgehalten. Durch die massive Polizeipräsenz entschieden sich die VeranstalterInnen die Protest-Party für beide Tage kurzfristig abzusagen. Trotzdem kamen am Abend ca. 100 SympathisantInnen zusammen. Da das Gelände um die besetzen Häuser von über 100 PolizistInnen abgeriegelt war, konzentrierten sich die Menschen auf der Sternwartenstraße. Ungefähr 2 Stunden lang passierte nichts, es herrschte eine gespannte Stille. Völlig unvermittelt

Zu der Häuserräumung Sternwartenstraße und den darauffolgenden Polizeieinsätzen

griff die Polizei die friedlich Wartenden an. In der daraufhin ausbrechenden Panik kam es zu einigen Verletzungen. Die Polizei verhaftete wahllos Personen. Von den 6 Verhafteten, die uns namentlich bekannt sind, waren 3 gar nicht in der Sternwartenstraße, sondern wurden als völlig Unbeteiligte in der Leplaystraße überwältigt. Die anderen drei flüchteten vor den brutal knüppelnden PolizistInnen in die Leplaystraße und wurden dort ebenfalls verhaftet. Die Polizei hielt die Verhafteten 12 Stunden lang fest. Sie wurden ED-behandelt (Fingerabdrücke, Fotos, Körpermaße, besondere Merkmale). Bis auf ein Mädchen durfte niemand telefonieren - angeblich sei kein Telefon verfügbar. Die Eltern zweier Mädchen unter 18 Jahren wurden nicht benachrichtigt. Im Verhör sollten Aussagen mit der Androhung einer Anzeige wegen Landfriedensbruch erpreßt werden. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag kam es zu einer friedlichen, unangemeldeten Demonstration in der Innenstadt. Die Polizei, die massiv an der Sternwartenstraße wartete, und zwei Wasserwerfer in Einsatzbereitschaft hatte, ließ sich in der Innenstadt nicht blicken. Am Wilhelm-Leuschner-Platz wurden die ca. 40 DemonstratInnen von ungefähr ebenso vielen Faschos und Hools angegriffen. Es kam zu einer kurzen Auseinandersetzung in der Straßenbahnunterführung, bei der höchstwahrscheinlich niemand verletzt wurde. Im Anschluß daran machten PolizistInnen in Uniform und Zivil Jagd auf die DemonstrationsteilnehmerInnen und nahmen ca. 7 Personen fest, um die Personalien zu kontrollieren. Ein Teilnehmer wurde beim Festnahmeversuch beinahe von einem Zivi-Auto überfahren, andere wurden nach der Festnahme geschlagen. Die Betroffenen erhielten einen Platzverweis. Soweit uns bekannt ist, konnte die angreifende Gruppe ungestört wieder abziehen, obwohl sie vorher eine Stunde lang von der Polizei observiert wurde. Seit Sonnabend wurde für eine Demonstration am Sonntag, 17 Uhr an der moritzbastei (mb) mobilisiert. Gegen 16.30 riegelte die Polizei sowohl das Gebiet um die Sternwartenstraße ab, als auch um die mb. Deshalb versammelten sich schätzungsweise 50 DemonstrationsteilnehmerInnen auf dem Fußweg Schillerstr. Ecke Universitätsstraße. Während die Polizei die Verbotsverfügung des Ordnungsamtes verlas, formierte sich der Demonstrationszug und bog in die Schillerstraße ein. Daraufhin kam es ohne Vorwarnung zum Angriff der PolizistInnen von hinten auf die Demonstration. Wieder wurden äußerst brutal 7 Leute festgenommen und bis in die Nacht um 2 festgehalten. Ihnen wird Teilnahme an einer verbotenen Demonstration vorgeworfen, obwohl gerade jene verhaftet wurden, die nicht mitdemonstrieren wollten und deshalb am weitesten hinten standen. Ein Junge erstatte Anzeige, weil er bei der Festnahme von seinem Fahrrad heruntergerissen wurde, mehrere Schürfwunden aufweist und nach der Freilassung das Fahrrad natürlich nicht mehr da war. Lehmann-Grube sagte in einem Interview mit Radio PSR, daß weitere schwere Auseinandersetzungen zu befürchten seien. Die Polizei richtete ein Gefangenensammelstelle ein. Verschiedene Personen berichteten, daß sie und ihre Wohnungen observiert wurden. Die brutale Unverhältnismäßigkeit der Polizeieinsätze der letzten Tage ist nicht zuletzt auf die „Leipziger Linie" zurückzuführen. Diese nach den Auseinandersetzungen im November 1992 erarbeitete städtische Strategie soll Neubesetzungen unter allen Umständen verhindern. Gleichzeitig wurden damals schon bestehende Projekte zu Vertragsverhandlungen gezwungen, schrittweise dezentralisiert und befriedet. Häuser, die sich nicht diesem Schema unterwar-

fen, wurden wie auch alle Neubesetzungen geräumt. Die Sternwartenstraße, seit 1989 besetzt, ist nur ein Beispiel dafür. Als Legitimation muß dann immer das Schreckgespenst vom „gewaltbereiten Autonomen" herhalten. Dabei ging in den meisten Fällen die Eskalation von Seiten der Polizei aus. Dies zeigen auch die letzten 3 Tage besonders deutlich. Die bürgerlichen Medien schluckten unhinterfragt die Presseerklärungen der Polizei, die voller Verdrehungen und Lügen sind. Damit legitimieren sie im Nachhinein in der Öffentlichkeit die durch nicht zu rechtfertigenden Polizeieinsätze.

Bei keinem der seit 1992 geräumten Häuser wurden bis dato mit Baumaßnahmen - außer dem Zumauern der Fenster und Türen - begonnen. Das, obwohl alte BewohnerInnen mit dem Hinweis auf die bald beginnenden Sanierungsarbeiten aus ihren Häusern vertrieben wurden. Nicht nur die geräumten Häuser stehen leer und verfallen zusehends, insgesamt betrifft das 25.000 Wohnungen allein in Leipzig. Gleichzeitig herrscht ein Mangel an bezahlbaren Wohnraum. 50.000 Quadratmetern Bürofläche, zum Teil zweckentfremdeter Wohnraum, lassen sich aufgrund fehlender Nachfrage zur Zeit nicht vermieten.

Wir fordern die Aufhebung der Leipziger Linie, die Zurückgabe der Häuser in der Sternwartenstraße und die Einstellung aller Verfahren.

Presseerklärung vom Montag, den 2.7.1995, 12.00 Uhr

Die Ereignisse vom 30.06./01.07./02.07 und 04.071995 in Leipzig

Was schon seit längerer Zeit zu befürchten war (Umsetzung der Leipziger Linie) kam wie es kommen mußte; die Räumung der seit 1989 bewohnten Wohnungen in der Leipziger Sternwartenstraße sollten nicht ein Einzelgang gewesen sein! Vielmehr ein Ausholen zum endgültigen Rundumschlag in der, momentan eh dünnbesiedelten, Szene Leipzigs. Wir, die NutzerInnen des Grundstücks Weißenfelserstraße 49/51 mußten dies heute auch an unseren Projekten spüren. Das Leipziger Ordnungsamt versiegelte unter Aufsicht der Polizei und des Gewerbeamtes sämtliche Eingänge unserer Projekte. Wir verstehen dies vielmehr als sinnloses Kräftemessen der Leipziger Ordnungs- und Polizeibehörden gegenüber uns als Nutzer dieses Geländes, was für uns und unsere Besucher mehr darstellte als eine mehr oder weniger illegale Kneipe (eine Unterstellung des Ordnungsamtes) sondern einfach ein Territorium zum Ausleben kreativer Energien und Kräfte Leipziger Jugendlicher sein sollte. Wir verurteilen hiermit aufs schärfste die Vorgehensweise des Leipziger Stadtrates und seines Oberbürgermeisters die BewohnerInnen dieser Projekte auf die Straße zu setzen, ohne einen Versuch zu unternehmen sich in Verhandlungen auseinanderzusetzen. Aber selbst das sollte unseren Herrn Oberbürgermeister nicht genügen: schnell noch ein generelles Versammlungsverbot für die Innenstadt erlassen, ungezielt Festnahmen machen lassen (O-Ton Polizei: *„... die 10 Leute müssen wir noch vollkriegen..."* bzw. mittlerweile beweisbare Sätze des Einsatzleiters in der Sternwartenstraße: *„...Verhaftungen, macht mehr Verhaftungen!..."*), und zum krönenden Abschluß noch schnell 3 Projekte in Plagwitz abgeräumt. Wir verurteilen die zum Teil blauäugige Berichterstattung Leipziger Medien über die Vorkommnisse des 30.06./01.07.95. Wir sind keine *„sturzbetrunkenen", „...mit Kühlschränken werfenden"* Subjekte. Vielleicht sollte man seitens der LVZ nicht zuviel dem Polizeibericht entnehmen - Yellowpress läßt grüssen ! Wir fordern : - sofortige Verhandlungen mit den BewohnerInnen der Sternwartenstraße - sofortige Verhandlungen bzw. Duldung der Nutzer des Grundstücks Weißenfelserstraße 49/51 - sofortige Deeskalation in Auseinandersetzung mit BesetzerInnnen Leipzig - eine Kulturstädt? Schon jetzt ist der Veranstaltungskalender Leipzigs langweiliger als das Postleitzahlenbuch - Hochkultur kontra Subkultur? Fakt ist, das Leipzigs Kultur in den letzten 5 Jahren nachhaltig durch seine „Connewitzer Szene" geprägt wurde, die allerdings mehr darstellt als nur

Polizeidirektion
Leipzig

Pressemitteilung

Leipzig, den 02.07.1995

Verbotene Demonstration aufgelöst

Nach den Ereignissen in der Nacht vom 30.06.95 zum 01.07.95 in der Sternwartenstraße in Leipzig-Süd (Presseinformation vom 01.07.95) forderte durch eine Plakataktion ein Interessenkreis zu einer DEMO am 02.07.95, 17.00 Uhr, an der Moritzbastei in der Leipziger City auf.
Hier muß mal von seiten der Polizei eindeutig bemerkt werden, daß die Angaben in diesen Plakaten schlicht und einfach falsch sind.
So wohnen z. B. die Mieter, die ein Wohnrecht haben, immer noch in der Sternwartenstraße 39, sofern sie nicht durch die Krawall-Macher, Flaschen-, Steine- und Feuerwerkskörper-Werfer vertrieben wurden.
Polizeibeamte haben weder Türen noch Fenster zugemauert noch wurde versucht, rechtmäßige Mieter oder Nutzer zu vertreiben.
Die "Handschrift" dieser Plakate kommt aber der Leipziger Polizei sehr bekannt vor.
Zu der angekündigten DEMO und eventuell geplanter Ersatzveranstaltungen wurde durch die Stadt Leipzig am 02.07.95 eine Verbotsverfügung erlassen.
Ab 17.00 Uhr teilten Polizeibeamte eintreffenden Teilnehmern dieses Verbot mit.
Bis gegen 17.22 Uhr versammelten sich ca. 50 bis 60 Personen.
Per Lautsprecherdurchsage teilte die Polizei den Anwesenden das Verbot der DEMO mit.
Es erfolgte keine Auflösung, sondern es formierte sich ein DEMO-Zug unter Mitführung eines großen Spruchbandes - "SteWa bleibt - Nutzungsrecht jetzt, sonst knallt's".
Polizeibeamte lösten die verbotene DEMO auf, und es erfolgten unter dem Vorwurf des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz sieben vorläufige Festnahmen.
Meldungen über verletzte Personen liegen zur Zeit nicht vor.
Bei der Auflösung der DEMO kamen 50 Polizeibeamte zum Einsatz
Der Einsatz war 17.30 Uhr beendet.

Die Pressestelle der PD Leipzig ist unter der Ruf-Nummer (0341) 966 2253 erreichbar.

Pusch
Leiter der Pressestelle

Die Leipziger Polizei macht sich mit Sätzen, wie "Die Handschrift der Plakate kommt uns sehr bekannt vor", lächerlich. Die Leipziger Presse kriecht ihr auf den Leim.

Nach nächtlichen Krawallen

Hausbesetzer-Demo in Leipzig aufgelöst

Leipzig (EB/dpa). In der Leipziger Hausbesetzer-Szene ist es am Wochenende mehrfach zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei gekommen. Etwa 40 Beamte lösten gestern abend eine verbotene Demonstration von etwa 50 Hausbesetzern in der Leipziger Innenstadt auf. Zehn Personen wurden festgenommen. Die Demonstranten hatten ein Nutzungsrecht für ein besetztes Haus in der Sternwartenstraße gefordert. Nach gewalttätigen Auseinandersetzungen bereits in der Nacht zum Sonnabend hatte die Stadt Leipzig die Demonstration verboten. Dabei waren 200 Polizisten gegen etwa 120 Jugendliche vorgegangen, die in leerstehenden Häusern unweit des Leipziger Ringes lautstarke Partys veranstaltet, die Straße blockiert und die anrückenden Beamten mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern beworfen hatten.

Seite 11

Straßenschlachten, Demonstrationen etc., sondern vielmehr selbige Ereignisse ausgelöst wurden durch Repressivmaßnahmen welche seitens der Stadt erfolgten. Leipzig braucht neben etablierten und kommerziellen Veranstaltern auch diese Szene, welche Leipzigs Gesicht als ganzes ausmacht. Jede Kultur und auch jede Musikrichtung ist entstanden in diesen „subkulturellen" Nischen welche von Randgruppen bevölkert werden. Wir wehren uns gegen die ständigen Kriminalisierungsversuche, welche wir auch als einen Teil dieser staatlichen Repressivmaßnahmen verstehen. Mit welchem Ziel möchte man im Leipziger Rathaus bzw. Dresdner Innenministerium, Alternative als „potentielle Terroristen" abstempeln - vielleicht um von wahren Problemen abzulenken - vielleicht weil funktionierende Bürger leichter zu lenken sind als „selbstbestimmende" - oder vielleicht gerade DESWEGEN? Tatsache ist, das in Leipzig NACH WIE VOR 25'000 (man bedenke diese Zahl, also noch mal in Worten: fünfundzwanzigtausend!!!) Wohnungen ungenutzt leerstehen (nur LWB-Eigentum). Nun liegt es an der Stadt etwas aus dem „gesicherten" Wohnraum zu machen.

In Memoriam:
SteWa
kopflos
BSE
narcosis

Presseerklärung unabhängiger Projekte

Leipzig, den 6. Juli 1995

Forderungen zur Klärung um die Ereignisse der Räumungen der Sternwartenstraße sowie der Schließung der Projekte in Plagwitz

Wir verlangen, daß bis spätestens 15 Uhr hier im Rathaus eine Gesprächsrunde organisiert wird!

An dem Gespräch sollen außer uns teilnehmen:

Wolfgang Tiefensee (Jugendamt) Holger Tschense (Ordnungsamt) einE VertreterIn des Kulturamtes sowie die VertreterInnen aller Fraktionen und der Presse

In dem Gespräch soll es um folgende Forderungen gehen:

- **Sofortige Duldung aller unabhängigen, alternativen Wohn- und Kulturprojekte, insbesondere: Sternwartenstraße 35-39, Objekt Weißenfelser Straße 49-51 (BSE Stall, Filmprojekt Kopflos, Narcosis),**
- **Bereitstellung eines Ersatzobjektes für das geräumte Haus Fröbelstraße 7-9**
- **Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Polizeieinsätze während der Ereignisse um die Räumungen der Sternwartenstraße 35-39 und der Fröbelstraße 7-9,**
- **Einstellung aller Verfahren gegen Beteiligte in diesem Zusammmenhang;**
- **Offenlegung der Kosten für die Polizeieinsätze,**
- **Umsetzung der Zusage zur Unterstützung bereits bestehender alternativer Wohn- und Kulturprojekte in Connewitz (z.B. Rücknahme des Ausschankverbotes im Zoro; annehmbare Mietkonditionen),**
- **Schaffung von Möglichkeiten zur Entstehung neuer Projekte (Aufhebung der 'Leipziger Linie').**

Sollten die Angesprochenen nicht gesprächsbereit sein, sehen wir uns gezwungen, in diesen Räumen zu verweilen.

SteWa, BSE Stall, FP Kopflos, Narcosis, Fröbelstraße

Polizeieinsatz gegen Leipziger Hausbesetzer

Fenster und Türen einfach zugemauert

In der Nacht zum Sonnabend ging die Polizei in Leipzig massiv gegen eine »Protestparty« von über 100 Hausbesetzern in der Sternwartenstraße 39 vor. Nach Angaben der Besetzer wurden dabei neun Personen zu Boden geknüppelt und gefesselt. Bis in die Nachmittagsstunden sollen die Betroffenen in Gewahrsam gehalten worden sein.

Im Verlauf des 28. Juni hatte das Ordnungsamt Leipzig in der Sternwartenstraße die Häuser 35–37 und 39–41 gesichert. Ein bisher unbekannter Grundstückseigentümer soll zuvor Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt haben. Ohne Angabe von Gründen gegenüber den Besetzern wurden Fenster und Türen vermauert. An die Besetzer wurden Platzverweise erteilt. Sieben Personen, die sich nicht ausweisen konnten, wurden vorläufig festgenommen.

Das Wohnprojekt in der Sternwartenstraße 39 existiert bereits seit 1989. Die Bewohner sind nach Gesprächen mit der Stadt im Besitz von Nutzungsverträgen.

Nach eigenen Angaben ist die Polizei in der Nacht zum Sonnabend tätig geworden, um Ordnung und Sicherheit in der Sternwartenstraße herzustellen. Anwohner hatten sich über Lärm der Jugendlichen beschwert, die auf der Straße gesessen und leere Flaschen weggeworfen haben sollen. Als bei der Räumung der Straße Flaschen und Steine flogen, nahm die Polizei fünf weitere Jugendliche fest. Die Hausbesetzer bestehen darauf, daß es sich bei den festgenommenen Betrunkenen nicht um Teilnehmer der Protestparty handelte. *(jW)*

Protestmarsch

LEIPZIG. Die Leipziger Polizei hat sieben Demonstranten vorläufig festgenommen, die nach der Räumung zweier besetzter Grundstücke am Sonntag abend an einem verbotenen Protestmarsch teilgenommen hatten. Wie ein Polizeisprecher am Montag in Leipzig sagte, wurden die jungen Männer noch in der Nacht wieder auf freien Fuß gesetzt. Nach Polizeiangaben hatten sie gemeinsam mit 50 anderen Demonstranten vor der Leipziger Moritzbastei gegen die Räumung von teilweise besetzten Häusern im Süden der Messestadt protestiert. *(AFP/jW)*

Die Berichte über die Räumung der Sternwartenstraße und die verhinderte Demo decken sich so ziemlich mit den Presseerklärungen der Polizei. Lediglich die überregionlaen linken und liberalen Gazetten lassen die Erklärungen der BesetzerInnen einfließen.

Polizei beendet Party in Leipzig mit Schlagstöcken

■ Hausbesetzerfest gewaltsam aufgelöst / Nachfolgende Demo wurde verboten

Berlin (taz) – Wer in Leipzig eine Party feiert, bei der es etwas lauter zugeht, als die Polizei erlaubt, muß damit rechnen, festgenommen zu werden. Diese Erfahrung machten am Samstag etwa 15 Punks, die vor einem besetzten Haus in der Stemwarte ihr Bier tranken. Zuerst drohte die Polizei mit Platzverweisen, dann nahm sie kurzerhand sechs Leute fest. Kurz nach Mitternacht eskalierte die Situation. Mittlerweile hatten sich auf der Straße vor dem Haus etwa 120 Jugendliche niedergelassen. Saßen, tranken und verwünschten die heranfahrenden Polizisten in ihren Kampfanzügen.

Flaschen seien geflogen, notiert die Presseerklärung der Polizeidirektion Leipzig. Zunächst habe der Einsatzleiter sogar das Gespräch mit den Jugendlichen gesucht, sie „gebeten, die Fahrbahn zu verlassen und das Werfen einzustellen". Die Jugendlichen seien aber „nicht auf das Gespräch eingegangen". Dann, so die Presseerklärung, „begann die Räumung". Augenzeugen schildern in der *Leipziger Volkszeitung*, die Polizei sei mit 100 Männer und Frauen auf die Jugendlichen zugerückt. Fünf Personen wurden festgenommen. Die Polizei gibt an, aus den Fenstern des besetzten Hauses seien Kühlschränke geflogen und Steine und Feuerwerkskörper geschmissen worden.

Am Sonntag fand das Ganze einen Nachsatz. Die Punkszene wollte mit einer Demo auf die nächtlichen Ereignisse aufmerksam machen. Die Demo wurde verboten. Etwa 50 Jugendliche trafen sich trotzdem in der Innenstadt. Ein Spruchband sollte allen zeigen: „SteWa bleibt - Nutzungsrecht jetzt, sonst knallt's". Erwartungsgemäß gefiel das der Polizei nicht. Nachdem niemand der Aufforderung nachkam, sich zu zerstreuen, sondern sich ganz im Gegenteil ein kleiner Demozug formierte, griffen die Beamten zu. Sieben Festnahmen vermeldet die Pressestelle. Alle seien wieder auf freiem Fuß und müßten mit einem Verfahren wegen Landfriedensbruchs rechnen. roga

Leipzig, den 6.Juli 1995

Stewa
BSE
Kopflos
Narcosis

Pressemitteilung

Kriminalisierung alternativer Projekte setzt sich auch außerhalb von Connewitz weiter fort

Bezugnehmend auf die Ereignisse vom 30.6./1.7./2.7. und 4.7. in Leipzig

Nach der Räumung der Häuser in der Sternwartenstrasse am 30.6.95 wurden durch eine Allgemeinverfügung des Ordnungsamtes Leipzig mit Wirkung vom 4.7.95 die Räumlichkeiten der Kneipe BSE-Stall, des Kinos „kopflos" und des Clubs „Narcosis" in der Weißenfelserstraße 49/51 geschlossen. Dies geschah anders als sonst, ohne vorherige Ankündigung bzw. Fristsetzung. Eine der Einrichtungen war seit mindestens drei Monaten bekannt und wurde auch geduldet- bis gestern. Somit bleibt offenbar auch außerhalb von Connewitz kein Raum für alternative und kreative Projekte Jugendlicher in Leipzig. Die Betroffenen streben nun eine Lösung im Rahmen von Verhandlungen an.

Zu der momentanen Situation erklären die Vertreter der einzelnen Projekte:

„Die unangekündigte Schließung von alternativen Projekten und Clubs auch außerhalb von Connewitz macht uns einerseits ratlos und andererseits wütend. Was sollen wir nunmehr von den Versprechungen der Stadt, neben dem Erhalt der Connewitzer Szene, vor allem Projekte in anderen Stadtteilen zu unterstützen, noch erhalten? Als man solche Unterstützung zusagte, glaubte man offenbar, das wir niemals auch außerhalb von Connewitz Projekte betreiben wollen. Das heißt dann aber auch, das wir seitens der Stadt zu keinem Zeitpunkt als glaubwürdige Verhandlungspartner angesehen wurden sind. Somit dienten alle Gespräche aus ihrer Sicht nur dazu, uns zu beruhigen und hinzuhalten. Zum anderen fügt sich für uns das Vorgehen der Stadt und des Landes, sowohl in Connewitz als auch außerhalb, in ein großes Bild genereller und pauschaler Kriminalisierung aller Projekte die nicht unter staatlicher Aufsicht und Kontrolle organisiert und durchgeführt werden. Dabei scheut man sich auch nie davor, immer wieder die Polizei zu mißbrauchen, die allein schon deshalb sauer auf uns sein muß. Überzogenes Auftreten und Äußerungen wie am 30.6.95 wie „... Verhaftungen, macht mehr Verhaftungen !..." seitens der Polizei sind also nicht verwunderlich, vielmehr erklärbar. Bezeichnend ist für uns, daß man sich wiederholt juristischer Hilfskontruktionen bedient und die im angezeigten §15, Gewerbeordnung vom Gesetzgeber zugestandenen Spielräume dieser „Kann-Bestimmung" nicht zu Verhandlungen mit uns nutzt. Wir streben eine einvernehmliche Lösung im Rahmen von Verhandlungen an. Bei diesem muß endgültig geklärt werden , unter welchen Bedingungen alternative Projekte in Leipzig überhaupt eine Chance haben. Der Unerträgliche Zustand des Hinhaltens muß aufhören und endlich Klartext geredet werden. Außerdem fordern wir das Land und die Stadt auf, uns als glaubwürdige Verhandlungspartner anzusehen. Das wir es sind, haben wir mit kreativer Arbeit auch außerhalb von Connewitz bewiesen.

Nun sind die anderen am Zug!

„Nirgends steht geschrieben, daß die Geduld eines Mieters grenzenlos sein muß“
(Kurt Biedenkopf in der LVZ vom 15.4.1995).

Unsere Geduld hat eine Grenze

Wir sind mit dem Baustadtrat von Berlin-Prenzlauer Berg Matthias Klipp einer Meinung, daß nämlich nur noch „Besetzungen helfen, um die Verantwortlichen auf diese Probleme aufmerksam zu machen“

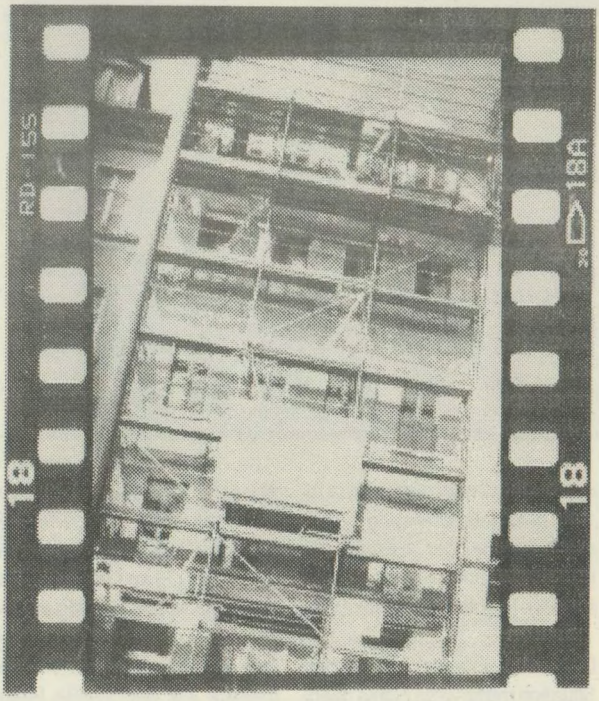
Deshalb haben wir heute, am 7.7.1995, ein Haus in der Limburger Str. besetzt.

Wir sind Leute, die zum Teil keine eigene Wohnung mehr haben oder denen die Wohnung zu teuer geworden ist. Wir kommen aus besetzten Häusern, die die Stadt räumen ließ oder wurden aus Schwarzwohnungen vertrieben, wir kommen aus schrecklichen und überteuerten Neubau-StudentInnen-Wohnsilos oder einfach aus anderen Städten und haben hier keine Wohnung gefunden. Andere wiederum wollen mit den Menschen in einem Haus zusammen leben, arbeiten und wohnen, mit denen sie sich das wünschen und damit gleichzeitig gegen die verfehlte Wohnungspolitik protestieren. Für die meisten von uns, so verschieden wir auch sind, treffen wohl viele der Gründe zu.

Das Haus, welches wir heute bezogen haben, steht unseres Wissens schon seit geraumer Zeit leer. Es ist in der Verwaltung der LWB und restitutionsbelastet.

Einige von uns haben im letzten Monat schon einmal ein Haus besetzt, am 9. Juni in der Fröbelstraße. Entgegen einer anderweitigen Abmachung mit der LWB wurden wir am Tag des Bekanntwerdens, am 13. Juni, auf Initiative des Staatsschutzes von der Polizei geräumt.

In dem Haus, welches einer Münchner Erbengemeinschaft gehört, sollen Büroräume entstehen. 150.000 Quadratmeter Büroflächen stehen in Leipzig leer, 10% des Gesamtbestandes. Bald kommen da die 500 m2 von unserem Haus hinzu - und auf der anderen Seite sind das 500 m2, die uns zum Leben fehlen, die als Wohnraum verloren gehen.



Genauso schlimm ist die Schließung dreier unkommerzieller Kulturprojekte in Plagwitz, die Anfang dieser Woche vom Ordnungsamt versiegelt wurden. Es geht dabei um die Kneipe BSE-Stall, das Kino kopflos und den

Club Narcosis. Während die Stadt in offiziellen Verlautbarungen immer verkundet, daß es ja nicht nur Connewitz gäbe und auch in anderen Stadtteilen alternative Wohn- und Kulturprojekte eine Chance kriegen müssen, wird jetzt deutlich, daß dieses Argument immer nur gegen Connewitz verwendet wurde („macht euch mal nicht so wichtig"), aber damit nie eine positive Positionierung gegenüber Alternativen in anderen Stadtteilen gemeint war.

Da sich an unserer persönlichen Situation mittlerweile nichts geändert hat, und die Zustände, gegen die wir protestieren, natürlich auch noch die Selben sind, sehen wir uns dazu gezwungen, wieder zu besetzen. Eine erneute Räumung wird daran nichts ändern. Leere Häuser gibt es genug in Leipzig - und oft umzuziehen sind wir seit Jahren gewohnt.

Daß dies nicht in unserem Interesse liegt, möge klar sein. Die Fakten werden von anderen geschaffen und wir können nur noch, wenn auch sehr beschränkt, reagieren.

Wir sehen nicht ein, warum laut Statistischem Bundesamt 800.000 Wohnungen im Westen und, 400.000 im Osten leer stehen müssen, gleichzeitig es aber in der BRD 880.000 Wohnungslose gibt, von denen 45.000 permanent auf der Straße leben. Besonders betroffen davon sind junge Leute, AusländerInnen und psychisch Kranke, aber auch die Zahl der obdachlosen Frauen und Drogenabhängigen ist in letzter Zeit übermäßig angestiegen. Häufigste Ursache für die Obdachlosigkeit sind, zumindest in Sachsen, Mietschulden. Die Dunkelziffer der obdachlosen Menschen und die Zahl derer, die akut von Wohnungslosigkeit bedroht sind, Mietrückstände haben oder vorläufig bei FreundInnen & Bekannten Unterschlupf gefunden haben, dürfte bedeutend höher liegen, als die offiziellen Zahlen angeben. Schätzungen gehen von über 3 Millionen Menschen aus, die von der Wohnungsnot betroffen sind. Im Winter 1993 sind mindestens 28 erfrorenen Obdachlose entdeckt worden, vom Winter 1994 sind uns 8 Fälle bekannt.

In Leipzig sieht es folgendermaßen aus: 1.200 Menschen wurden als obdachlos registriert, weil sie von den städtischen Notunterkünften Gebrauch machten, weitere 1.500 sind akut von der Obdachlosigkeit bedroht. Die Stadt verfügt insgesamt über 265 Schlafplätze für Obdachlose in speziellen Häusern und Gewährleistungswohnungen. Nicht verwunderlich, daß bei diesem Mangel 1994 der erste Obdachlose schon im Oktober erfroren ist.
Weit über 10.000 Wohnberechtigungsscheine hat die Stadtverwaltung ausgestellt. Dagegen stehen ca. 40.000 Wohnungen leer, davon sind nach offiziellen Angaben 25.000 in einem bewohnbarem Zustand. In nächster Zeit werden 22.000 zusätzliche Wohnungen dieses Schicksal teilen. 11.000 Häuser stehen komplett leer. In vielen anderen sind nur einige Wohnungen belegt.
In Leipzig gibt es zur Zeit über

10.000 MietschuldnerInnen, die insgesamt mit 40 Millionen DM bei der LWB in der Kreide stehen. Jene LWB, die in den Jahren 1991 und 1992 über 800 Millionen DM verschlampt hat, will jetzt jene Mietrückstände rigide eintreiben. Bei Nichtbezahlung folgen innerhalb eines Monats zwei Mahnungen und direkt darauf kann die Kündigung erfolgen. So kam es allein 1994 zu 300 Zwangsräumungen, die der LWB hunderttausende Mark gekostet haben. Wieviele freiwillig und kostengünstiger gegangen sind, wissen wir leider nicht.

Wie großzügig die LWB früher mit Geld umgegangen ist, als es nicht um arme MieterInnen ging, sondern um finanzkräftige Unternehmen, sei noch einmal kurz geschildert. Unter der Leitung des von Lehmann-Grube nach Leipzig geholten Karl Trabalski renovierte die LWB für 500 Millionen DM bekanntermaßen restitutionsbelastete Häuser, die zum Teil heute immer noch leer stehen. Nutzen davon hatten maximal die EigentümerInnen, die Sanierungskosten sparen konnten. Die restlichen 300 Millionen DM gingen durch falsche Auftragsvergabe und zu geringe Gewerbemieten drauf. So schusterte Trabalski befreundeten Unternehmen sinnlose und völlig überteuerte (Bau-)Aufträge zu, ohne sie vorher öffentlich auszuschreiben. Große Unternehmen zahlten lächerliche Mietpreise, z.B. die Telekom für ihr Gebäude in der Breitenfelder Str. nur 2 DM pro Quadratmeter und ein bekanntes Schuhgeschäft 1 DM/m 2 anstelle der 65 DM/m2, die eigentlich hätten verlangt werden müssen. Und McDonalds am Brühl kam mit einem sechstel des eigentlichen Preises davon.
Das alles geschah unter den Augen des Aufsichtsrates (u.a. damaliger Bürgermeister R. Ahnert, Nils Gormsen, P. Kaminski, H. E. Gemkow, Jürgen Zimmermann) und des alleinigen Gesellschafters, Lehmann-Grube. Dementsprechend wurde ein Untersuchungsausschuß, der diese Sachverhalte aufklären sollte, von der Stadt behindert und plötzlich wußten alle von nichts mehr.

Pressemitteilung

Polizeieinsatz zum Verdacht Hausbesetzung

Ort : Leipzig-Südwest, Limburger str. 65

Zeit : 07.07.95 14.10 Uhr - 16.30 Uhr

Durch das Ordnungsamt der Stadt Leipzig wurde der Polizei die Besetzung des genannten Hauses mitgeteilt.
Dieser Sachverhalt wurde durch Unbekannt schriftlich mitgeteilt. Am Grundstück wurden 15 - 20 Personen, die sich ruhig verhielten, angetroffen. Am Haus wurden 7 Stoffplakate (Bettlaken) festgestellt. Der Inhalt deutete auf eine Hausbesetzung hin. Im unbewohnten Haus befanden sich keine Personen. Bei dem angetroffenen Personenkreis wurde eine Personalienfeststellung durchgeführt und der Platzverweis ausgesprochen.
Eine männliche Person verweigerte die Personalien und mußte zur Identitätsfeststellung vorläufig festgenommen werden. Nach Identitätsfeststellung wurde die Person wieder entlassen.
Der Personenkreis verließ umgehend den Ort und es machte sich keine Anwendung von polizeilichen Zwangsmitteln erforderlich.
Durch den Grundstückseigner wurde die bauliche Sicherung des Hauses veranlaßt.

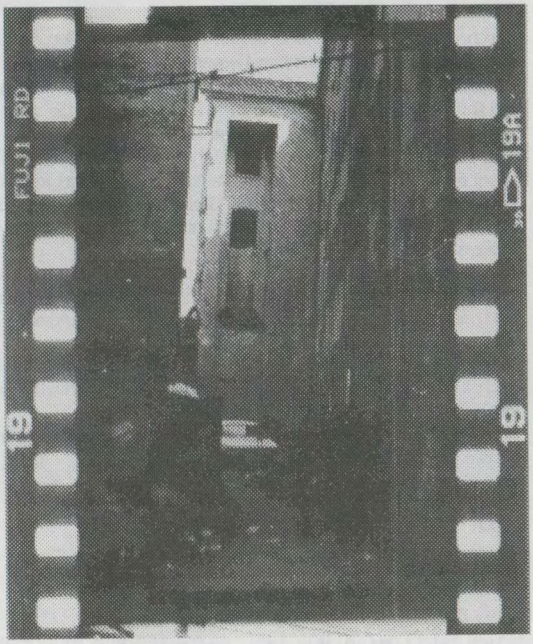
Rusch

Leiter der Pressestelle

Die Bullen nehmen die Scheinbesetzung ernst. Das leere Haus wird "geräumt" und der Eigentümer zur "baulichen Sicherung" veranlaßt.

Und als ob sie nicht draus gelernt haben: Im Juni diesen Jahres geriet der Beigeordnete für Umweltschutz und Ordnung, der Herr Tschense in die Schlagzeilen, weil er dem Patenonkel seines Sohnes einen günstigen Bauauftrag ohne vorhergehender Ausschreibung zuschustern wollte.

herzigkeit, sondern weil das Polizeigesetz Obdachlosigkeit verbietet.
Trotzdem fragen wir uns, warum wir mit Polizeigewalt geräumt wurden, wenn die Polizei gleichzeitig Wohnungen für Obdachlose beschlagnahmt (oder dies zumindest in Erwägung zieht - oder war das nur ein medienwirk-



Die Stadtverwaltung hat während der Aktionstage gegen Wohnungsnot, Obdachlosigkeit und soziale Ausgrenzung im September 1994 angekündigt, mit Hilfe der Polizei leerstehenden Wohnraum zu beschlagnahmen. Sie will zu diesem Mittel auch bei restitutionsbelasteten Häusern greifen, um Obdachlosen eine Bleibe zur Verfügung zu stellen. Die Stadt tut dies nicht aus Barmsames, aber leeres Versprechen, nach dem Motto: „Wir tun alles, was in unseren Kräften steht...“). Vielleicht kann die Polizei das nächste Haus für uns besetzen, anstatt uns zu räumen!

Die Wohnungsproblematik umfaßt natürlich mehr, als die ständig wachsenden Zahlen der Obdachlosen. Die meisten Menschen kommen gerade so um die Runden, zahlen brav ihre Miete, die ca. ein fünftel des Einkommens ausmacht, auch wenn sie mit ihrer Wohnsituation nicht zufrieden sind und beschweren sich bestenfalls mal beim Vermieter wegen einer erneuten, unbegründeten Mietsteigerung. Wohnungspolitik funktioniert viel subtiler und umfassender, als jene alljährlichen Schreckensmeldungen von erforenen Obdachlosen.

Die Menschen sollen aus den Innenstädten vertrieben werden. Es entstehen die bekannten Schlafsiedlungen, weit außerhalb der eigentlichen Städte; die gigantischen Einkaufszentren, auf der grünen Wiese; die kalten Glas- und Betonfassaden der Bürohäuser in der Innenstadt, wo es Leben nach dem Dienst- und Ladenschluß nicht mehr gibt; und als Zugeständnis an das Protestpotential - sofern es vorhanden ist - Stadtgebiete, wo sich alternative Kultur, von Polizei und SozialarbeiterInnen beäugt, mehr schlecht als recht entfalten kann. Wohnen, Arbeiten, Kultur und Einkaufen werden voneinander abgekoppelt - und zusammengehalten durch die zähen Staus auf den Straßen und den Verstopfungen in den Parkhäusern.
Durch Luxussanierungen und Zweckentfremdung von Wohnungen zu Büroräumen werden viele alteingesessene MieterInnen und kleine Läden gezwungen in der Innenstadt und in besonderen Wohnlagen, wie Waldstraßen-, Musikerviertel, Gohlis usw., den Anwaltskanzelein, Luxusbou-

tiquen, Tiefgaragen usw. Platz zu machen. Von 1993 bis zum Mai 1995 nahmen die Verkaufsflächen in der Innenstadt von 49.000 auf 67.000 m2 zu, 29% der Büroflächen befinden sich in der Innenstadt. Schon jetzt ist Leipzig nach Frankfurt/M zweitgrößte Bankenstadt der BRD mit mehr als hundert Kreditinstituten. Und nicht zufälligerweise sind die Banken auch die größten Absahner der Wohnungspolitik - 40% der Bankkredite fließen in den Wohnungsbau. Die kleine Läden dagegen gehen pleite und die MieterInnen weichen auf entferntere, runtergekommene Stadtviertel aus. Doch auch da greifen Zwangsluxussanierungen, die auf die Miete umgeschlagen werden, und steigende Wohnnebenkosten. Zwischen 1989 und 1994 stiegen die Abwassergebühren um durchschnittlich 52,4%, Wasser um knapp 30%, die Kosten für die Müllabfuhr um 105,7% und für die Straßenreinigung um ca. 25%. Im gleichen Zeitraum verteurte sich die allgemeinen Lebenshaltungskosten aber „nur" um 18,6%. Daß die Wohnnebenkosten sich zur zweiten Miete entwickeln konnten, liegt an der in den meisten Orten uneingeschränkten Monopolstellung der Unternehmen in diesem Bereich.

Während viele MieterInnen immense Summen für ihre Wohnung berappen müssen und andere vergeblich nach einer Wohnung, die sie auch bezahlen können, suchen, stehen viele tausende Luxuswohnungen leer, die niemand bezahlen kann, die sich aber trotzdem als Spekulationsobjekt für die ImmobilienhändlerInnen mehr lohnen, als der Bau von Sozialwohnungen. (5 Milliarden betrug der Umsatz der Immobilienhändler 1994 in Leipzig.) Kein Wunder, daß die Anzahl der Sozialwohnungen in den letzten Jahren gesunken ist, da weniger neue gebaut werden als alte auf den freien Markt entlassen.

Das sächsische Innenministerium hat für das Jahr 2005 ein Überangebot an 200.000 leerstehenden (Luxus-)Wohnungen allein in Sachsen prognostiziert. Doch schon jetzt fehlen in der BRD 2,5 Millionen Wohnungen - Tendenz steigend. Und die bundesweit 3,7 Millionen Quadratmetern an Bürofläche, die 1994 aufgrund mangelnder Nachfrage nicht vermietet wurden, sollen auf über 5 Millionen anwachsen.

Der Bau von Luxuswohnungen und Bürogebäuden ist auch das Resultat einer verfehlten Steuerpolitik: je teurer das Haus desto höher die Steuerabschreibungen, desto mehr Gewinn für den Bauherrn, selbst wenn nicht vermietet wird.

Für den Osten kommt verschärfend hinzu, daß jetzt das Vergleichsmietensystem eingeführt wird und viele Wohnungen wegen, zum Teil nur sehr vagen, Restitutionsansprüchen verfallen, leergewohnt und nicht neu vermietet werden.

Im Westen gibt es in jeder Ge-

meinde einen Mietspiegel, der sich aus den Mieten der einzelnen Häuser ergibt. Ein Vermieter ist dann aufgrund des Mietspiegels an gewisse Grenzen gebunden. Hier im Osten ist das Problem, daß es noch keine Mietspiegel gibt und damit zu befürchten steht, daß viele Vermieter eine Miete festsetzen werden, die weit über Westniveau liegt. Nach der Mietfestsetzung kann die Miete - entgegen dem Einigungsvertrag - in nur 2 Jahren um 20% erhöht werden. Zusätzlich dürfen von den Sanierungskosten 3 DM/m2 (in Ausnahmefällen mehr) auf die Miete umgeschlagen werden.

Im Osten sind 8 Millionen Menschen von Restitutionsansprüchen auf die Häusern, in denen sie leben, betroffen. In anderen osteuropäischen Ländern gibt es eine derartige Regelung nicht, daß Eigentümer „ihre" Häuser, die seit Jahrzehnten nicht mehr ihnen gehörten, zurückbekommen. In einigen Ländern Osteuropas kam es maximal zu Entschädigungszahlungen. Zu den Restitutionsverhandlungen selbst, die sich manchmal jahrelang hinziehen, ist zu sagen, daß nach dem Vermögensgesetz gesetzliche Vertreter bestellt werden können, wenn sich bei notverwalteten Häusern die Eigentümer nicht melden oder Erbengemeinschaften verstritten sind. Diese Vertreter nehmen dann alle Rechten und Pflichten wahr, wie z.B. eine Bewohnbarmachung und Neuvermietung. Doch trotz des Instandsetzunggebotes nimmt die Stadt ihre Möglichkeiten nicht wahr, obwohl die Hälfte der von der LWB verwalteten Wohnungen restitutionsbelastet sind

Es zeichnen sich aber noch mehr Folgen der Umstrukturierung, der Vertreibung des Lebens aus den Städten, der Entstehung von Trabantenstädten für die sozial Schwachen usw. ab, als Probleme mit der Miete und Obdachlose auf den Straßen. Die Vereinzelung in den eigenen vier Wänden, die zum heilen Schutzort vor der bösen Außenwelt mit Alarmanlagen ausgebaut und mit Plüschsofa hochstilisiert wird; die Entsolidarisierung auf der Straße (was auf ebenjene Obdachlose besonders hart zurückfällt); die Entfremdung von einer nur noch schlauchenden Arbeit, die es dann nötig macht, abends beim Bier vorm Fernseher oder in der Stammkneipe abzuhängen und einmal im Jahr auf den Autobahnen andere Länder gen Strand zu pilgern.

Dem wollen wir unser Wohnkonzept entgegensetzen. Wir wohnen hier gemeinschaftlich - und wollen trotz Arbeit oder Studium außerhalb unseren Lebensschwerpunkt hierher verlegen. D.h. nebem dem Aspekt des reinen Wohnens, beabsichtigen wir im Haus eine Volxküche zu eröffnen, die von uns betrieben wird und wo zum Selbskostenpreis warmes Essen ausgegeben wird. Außerdem soll ein Kinderladen aufgebaut werden, die Mitarbeit von zwei Pädagoginnen in Ausbildung wurde uns fest zugesagt. Langfristig planen wir Räume für obdachlose Leute freizuhalten, die unseren niedrigschwelligen

Angebote in Anspruch nehmen können.

Falls die Stadt Verhandlungswillen zeigen sollte, legen wir gerne ausführliche Projektbeschreibungen vor. Jetzt ist hier aber nicht der Platz dazu. Erstmal gilt es die Leipziger Linie zu brechen. Diese nach den Auseinandersetzungen im November 1992 erarbeitete städtische Strategie soll Neubesetzungen unter allen Umständen verhindern. Gleichzeitig wurden damals schon bestehende Projekte zu Vertragsverhandlungen gezwungen, schrittweise dezentralisiert und „befriedet". Häuser, die sich nicht diesem Schema unterwarfen, wurden wie auch alle Neubesetzungen geräumt. Die Sternwartenstraße, seit 1989 besetzt, ist nur ein Beispiel dafür.

Bei keinem der seit 1992 geräumten Häuser wurden bis dato mit Baumaßnahmen - außer dem Zumauern der Fenster und Türen - begonnen. Das, obwohl alle BewohnerInnen mit dem Hinweis auf die bald beginnenden Sanierungsarbeiten aus ihren Häusern vertrieben wurden.

Daß die Stadt dieses Konzept unerbittlich durchsetzt, hat sie mit den Räumungen in den letzten Jahren gezeigt. Doch je mehr Häuser sie räumt, desto mehr werden wir, die neue Häuser brauchen. Wir wollen keine Almosen von der Stadt, aber so lange Wohnungen leer stehen, Menschen auf der Straße leben müssen und wir (Frei-)Räume brauchen, werden wir gegen die Leipziger Linie und den Leerstand kämpfen.

Ein Teil der in den letzten Wochen und Monaten geräumten Häuser und Projekte versucht jetzt über den Verhandlungsweg mit der Stadt, ihre Objekte zurückzubekommen oder Ausweichobjekte zu finden. Wir wünschen ihnen dabei viel Erfolg. Da wir aber wissen, wie schwierig es ist, dabei der Stadt auch nur die kleinsten Erfolge abzuringen (siehe die ausversehen geräumte Ernestistr. 9, die seit Jahren auf ein Ersatzhaus wartet), versuchen wir es über eine Besetzung.
Ebenso unterstützen wir die Klage der Sternwartenstr. gegen die unrechtmäßige Räumung und fordern die Einstellung aller Verfahren im Zusammenhang mit den Protestaktionen letzte Woche.

Wir wissen, daß für die meisten Menschen Besetzungen aus vielfältigen Gründen nicht in Frage kommen - und sei es nur, daß sie mit der Polizei nicht in Konflikt kommen dürfen, weil sie dann ihren Job verlieren oder als AusländerInnen abgeschoben werden. Deshalb solidarisieren wir uns mit allen anderen individuellen oder gemeinschaftlichen Protesten und Aktionen gegen Mietwucher, Immobilienspekulationen u.ä.

Ernesti-, Aurelien-, Auerbach-, Fröbel-, Sternwarten-, Weißenfelserstraße und alle geräumten Schwarzwohnungen & -häuser sind unvergessen!

Presseerklärung zur Hausbesetzung in der Limburger Str.

Sagt nicht, ihr hättet nichts gewußt

Eine Chronik deutscher Abschiebepolitik

6.5.95

· Der Bundesrat billigt ein Gesetz, nach dem AusländerInnen, die in Deutschland eine **Straftat** begangen haben, ihr ausländischer **Führerschein** entzogen werden kann.

16.5.95

· Eine Sprecherin des Brandenburger Inneministeriums teilt mit, daß eine Arbeitsgruppe der Inneminister von Bund und Länder die Voraussetzungen dafür prüfen, ob es in Zukunft möglich ist, das abgelehnte AsylbewerberInnen, deren genaue Herkunft nicht feststellbar ist, in irgendein Land der **„offentsichtlichen Herkunftregion" abgeschoben** werden können.

23.5.95

· Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof erläßt **Haftbefehl gegen Beate Krauth** wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Ihr wird zur Last gelegt, spätestens seit Oktober dem **K.O.M.I.T.E.E.** anzugehören und mit der PKK zusammenarbeiten.

29.5.95

· In Bayern läuft der **Abschiebestop für kurdische Flüchtlinge** aus. Refugio München, ein Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer, gibt eine Stellungnahme heraus, in der sie sich gegen die Abschiebungen von KurdInnen aussprechen. Refugio hat seit Juli 1994 insgesamt 26 Patienten untersucht, bei denen Asylanträge abgelehnt wurden. Alle diese Menschen wurden Opfer von Folter und in drei Fällen mußten Kinder der Ermordung nächster Angehöriger zusehen. Der unsichere Aufenthaltsstatus und die drohende Abschiebung in die Türkei mit erneuter Gefahr von Verfolgung und Mißhandlung verschärft ihre psychische Situation - Folgen sind Angst, Depression und Aussichtslosigkeit.

9.6.95

· Hessens Innenminister Gerhard Bökel (SPD) kündigt die **Abschiebung von KurdInnen** in die Türkei an.

11.6.95

· Der **„Kurdische Elternverein" in München** weist nachdrücklich alle Berichte zurück, die Vereinsräume in der Lindwurmstraße seien „als bayerische PKK-Zentrale entarnt" wurden und von einer mutmaßlichen PKK-Funktionärin als Kommandozentrale genutzt worden. **Haydar Isik**, der Vorsitzende des Elternvereins, sagt vor JournalistInnen „Der Vorstand des Vereins hat noch nie mit irgendeiner politischen Partei zusammengearbeitet. Wir lassen uns auch von niemand instrumentalisieren. Der hauptsächliche Zweck des Vereins ist der Kurdisch-Unterricht für Kinder und Erwachsene. Ein gegen ihn und ein anderes Vorstandsmitglied eingeleitetes Ermittlungsverfahren ist bislang ergebnislos.

12.6.95

· Der Verein **„Asyl in der Kirche"** stellt gegen den Leiter des Landeseinwohneramtes, dem die Ausländerbehörde untersteht, Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung, da seit Anfang des Jahres in mindestens zehn Fällen **gegen Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien Abschiebehaft** angeordnet wurde. Dabei wird die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte ignoriert, die mehrfach bestätigt haben das eine Abschiebung nicht möglich ist, weil sich die jugoslawische Regierung weigert, die Flüchtlinge aufzunehmen. Eine gerichtliche Anordnung, die Abschiebehaft zurückzunehmen, blieb bisher folgenlos, klagt Reese (Mitarbeiterin der Flüchtlingshilfsorganisation) den Senat an.

· SPD und Bündnis 90/Grüne rufen die Verantwortlichen der Bundesländer nach dem Auslaufen des **Abschiebestops für KurdInnen** zur Zurückhaltung auf. Die Grünen-Fraktion im Bundestag forderte die Länder auf, KurdInnen auch künftig nicht abzuschieben.

· Die Polizei nimmt vier Rumänen, die „illegal" über die **Grenze** zwischen Tschechien und der BRD gekommen sind fest. Vier weitere können flüchten.

13.6.95

· Der 41jährige **Äthiopier Mulugeta D.** steht wegen **schwerer Körperverletzung** vor Gericht. Er hat Olaf D. im Oktober 92 niedergestochen, nachdem dieser ihn mit rassistischen Sprüchen beschimpft und tätlich angegriffen hat. Er schlug ihn mit einer Schnapsflasche und Mulugeta D. fürchtete um sein Leben, doch für Staatsanwalt und Richter steht fest, das es sich nicht um Notwehr handelte.

· Der **Namibier Lukas Nghidinwa** bekommt eine Aufenthaltsgenehmigung für drei Monate, hat aber keine Möglichkeit eine Arbeitserlaubnis zu bekommen. Unklar ist, warum die Aufenthaltserlaubnis befristet ist, da ein Ende des Verfahrens, das seit Mai 1991, als er Opfer eines **rassistische Überfalls in Wittenberge** wurde, läuft, nicht abzusehen ist.

14.6.95

· In Erkelenz findet eine Protestkundgebung gegen die **Abschiebungen von Roma** aus Mazedonien, die jetzt in NRW leben, statt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Anmelder, weil das Motto **„Gestern vergast - heute abgeschoben"**, den Rechtsstaat beleidigen würde.

16.6.95.

· 8000 BauarbeiterInnen demonstrierten in Berlin gegen Billiglöhne auf dem Bau. „Wir wollen das Ende des Lohndumpings. Es muß endlich dazu kommen, daß für **ausländische Bauleute** in Deutschland die gleichen Tarife gelten wie für deutsche Kollegen" (**Entsenderichtlinien**), sagte Ernst-Ludwig Laux, Chef der IG Bau-Steine-Erden gegenüber der LVZ. Durch die niedrigeren Löhne entsteht eine Wettbewerbsverzerrung auf Baustellen. Dadurch werden dermaßen die Kosten gedrückt, daß Firmen, die nur Deutsche beschäftigen arg in Bedrängnis kommen. Bernhard Günther Chef des Bezirksvorstandes Leipzig der Gewerkschaft sieht angesichts der 40000 ostdeutschen arbeitslosen Bauleute den sozialen Frieden in Gefahr: „Noch können wir unsere Kollegen ruhig halten. Es fragt sich wie lange noch?" Laux schlägt in die gleiche Kerbe: „Müssen erst Bauwagen brennen, ehe gehandelt wird?"

· Der Verein **„Navcha-Kurd Berlin e. V."** hat für die am folgenden Tag in Bonn stattfindende, Demonstration Busse vom Busunternehmen „Action & Fun Tours Gmbh" geordert, von denen auch eine mündliche Zusage vorlag. Doch eine Woche später wußte man nichts mehr von dem Angebot: ein Mitarbeiter habe ein falsches Preisangebot gemacht, man könne sie für den doppelten Preis haben. Das Vereinsmitglied Deniz glaubt, daß der **Staatsschutz** dahintersteckt, der Druck auf das Busunternehmen ausgeübt hat.

17.6.95

· 15 Monate nachdem es in **Augsburg** zu Zusammenstößen zwischen **KurdInnen** und der Polizei kam, liegen der Staatsanwaltschaft Augsburg **1.069 Strafanzeigen** gegen namentlich bekannte KurdInnen vor. 60 Anzeigen sind gegen Unbekannt erstattet wurden, 55 sitzen in Haft und gegen 40 wird Anklage, meist wegen schweren Landfriedensbruchs, erhoben.

· Bei der Verfolgung durch einen Polizeibeamten kommt in der Nähe des S-Bahnhofs Köpe-

nick (**Berlin**) ein 37jähriger **Vietnamese ums Leben**. Er wird bei der Flucht über die Gleisanlagen von einem Zug erfaßt.

· In Bonn **demonstrieren 100.000 Menschen** für eine politische Lösung in **Kurdistan.**

19.6.95

· Drei **Kreuzberger Schüler** müssen sich vor Gericht wegen **schweren Landfriedensbruchs** verantworten. Nachdem diese und mehrere MitschülerInnen im vergangenen November in **Marzahn** einen Film über Gewalt drehen wollten, waren die vorwiegend türkischen Jugendlichen dort rechtsradikalen Provokationen durch Marzahner Jugendliche ausgesetzt, woraufhin diese in die Flucht geschlagen wurden. Eine Auseinandersetzung fand nicht statt. Das Gericht stellt die Verfahren vorläufig ein und wies für die Schüler sechs bzw. vier Mal Freizeitarbeit an. In der Begründung heißt es, daß jetzt Kontakte zwischen den zwei Schulen bestehen und die Angeklagten aus dem Vorfall gelernt haben.

· Die Bundesregierung erklärt auf eine Kleine Anfrage der PDS, daß dem **Exilparlament der Kurdinnen**, welches im April in Den Haag gegründet wurde, kein völkerrechtlicher Status zukommt. Auch die Gründung eines eigenen Staates lasse sich nicht aus dem Völkerrecht ableiten.

· Nach Einschätzung des Kölner Verwaltungsgerichtes müssen Asylbewerber immer noch **zu lange auf ein Urteil warten**. In Köln warten zahlreiche Kurden aus der Türkei schon über 5 Jahre auf eine Entscheidung.

· Skinheads schlagen drei junge Männer in **Harpstedt bei Bremen** zusammen. Dies ist der vorläufige Höhepunkt der letzten Wochen, in denen die Skinheads Sieg Heil grölend und anmachend durch den Ort ziehen. Die eintreffende Polizei braucht nicht lange nach ihnen zu suchen, sie kommen alle aus dem **Fallschirmpanzerabwehrbataillon** 272, **Wittkindkaserne**. Gegen sie wird Anzeige erstattet, aber nicht wegen Körperverletzung, sondern wegen Verwendung nationalsozialistischer Symbole.

· Der sachsen-anhaltinische Landesvorstand von Bündnis 90/Grüne fordert die Entlassung von **Wolfgang Kupke** (Ausländerbeauftragter des Landes und B90/G-Mitglied) - nach rassistischen Äußerungen von ihm. Er sagte, wer gegen Abschiebehaft eintrete, hebelt die gesamte Ausländerpolitik aus, und er sei nicht der Anwalt der „zigarettenhandelnden Vietnamesen-Mafia".

· **50 kurdische AsylbewerberInnen** besetzen in **Zeitz** die **Michaeliskirche** und fordern die Herausgabe von Verpflegungsgutscheinen zum individuellen Einkauf. Sie müssen die Kirche am Nachmittag verlassen und treten in Hungerstreik.

20.6.95

· Der **Hessische Verwaltungsgerichtshof** bestätigt mit einem Urteil eine frühere Entscheidung, wonach abgelehnte AsylbewerberInnen nach Vietnam abgeschoben werden können. Der VGH nannte als Grund das unterschriftsreife Rücknahmeabkommen zwischen der BRD und Vietnam.

· Die **Gewerkschaft der Polizei** (GdP) fordert Bund und Länder auf, sich auf einheitliche Regelungen zur Abschiebung abgelehnter AsylbewerberInnen zu einigen. Die unterschiedlichen Auffassungen belasten und verunsichern die BeamtInnen zusätzlich, sagt der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Dieter Wimmer in Frankfurt.

21.6.95

· Die **Bundesregierung** will sich an den **Grundsatzprozessen zum neuen Asylrecht** beim Verfassungsgericht aktiv beteiligen. Innenminister Kanther betont, daß keiner der Bausteine des seit 1.7.93 geltenden Asylrechts entbehrlich ist. Er verweist darauf, daß die Regelungen über **„sichere Drittstaaten"** und **„sichere Herkunftsländer"** mittlerweile auch in Dänemark, Frankreich, Großbritannien und in den Niederlanden gelten. Somit ist die deutsche Neuregelung „eng mit der Fortentwicklung des Asylrechts in Europa verbunden". Die Vorschriften über Drittstaaten und das Zurückweisen von Flüchtlingen auf Flughäfen sind die hauptsächlichen Punkte, die in Karlsruhe geprüft werden. Für Kanther hat das neue Asylrecht überwiegend Positives bewirkt. Die Zahl der AsylbewerberInnen ist von 440.000 (1992) auf 127.000 (1994) gesunken. Gleichzeitig stieg die Zahl der als politische Flüchtlinge anerkannten Menschen von 9.200 (1992) auf fast 26.000 (1994). Dies habe zu einem Rückgang der „Ausländerkriminalität" geführt. Kanther bewertete das neue Asylrecht ebenso als „eine wesentliche Ursache für den deutlichen Rückgang fremdenfeindlicher Gewalt".

22.6.95

· Bündnis 90/Die Grünen stellen einen Antrag, **Deserteure aus dem ehemaligen Jugoslawien** grundsätzlich nicht in die Kriegsgebiete zurrückzuschicken. Dies wird vom Innenausschuß des Bundestages abgelehnt. Die Koalitionsfraktionen beschließen stattdessen eine „besonders sorgfältige Einzelfallprüfung".

· In **Berlin** können **bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge** jetzt eine **formelle Aufenthaltsbefugnis** für ein Jahr bekommen. Diese Regelung ist mit dem Bundesinnenministerium abgesprochen und wird bundesweit angewendet. Dadurch wird den Flüchtlingen auch das Arbeiten ermöglicht. Diese Aufenthaltsbefugnis ist an Bedingungen gebunden, wie z.B. gültiger Paß und Nachweis darüber, daß der Lebensunterhalt durch legale Arbeit bestritten werden kann. Es werden 6.000 Antragsteller erwartet.

22.6.95

· Heinz Seidel, Referatsleiter der **Bundesanstalt für Arbeit** macht keinen Hehl aus seiner Meinung zu **ausländischen Restaurants**: „Schauen sie sich doch nur die Berichte der Kriminalämter an, dann wissen Sie, daß ein chinesisches Restaurant nicht nur ein Restaurant ist. In manchen Bezirken werden bis zu 50% der Gaststätten von Ausländern betrieben, damit gehen deutsche Arbeitsplätze kaputt". Er ist verantwortlich für die „Zwei-Köche-Weisung", wonach nicht mehr als zwei Köche aus dem außereuropäischen Ausland in einem Restaurant arbeiten dürfen, wenn keine Ausnahmeregelung vorliegt.

· Monika Hoffmann von der Hurenorganisation „Hydra" und Gabriale Silva Leite von „Davida" (Brasilien) stellen bei einer gemeinsamen Veranstaltung über „Rechte der Prostituierten in Brasili-

en und Deutschland" in Berlin klar, „daß Frauen die nach Deutschland kommen, um als **Prostituierte** zu arbeiten, keine Opfer von Sklavenhandel sondern **Arbeitsmigrantinnen** sind" und deshalb eine Aufdeckung der „Schwarzarbeit" und die darauffolgende Abschiebung keine Befreiung darstellen, wie Medien und PolitikerInnen immer weiß machen wollen: „Bei einer Akademikerin aus Lateinamerika wird nicht von Sklavinnenhandel gesprochen, bei Prostituierten aber doch. Der entscheidende Unterschied ist deshalb nicht die Tätigkeit, sondern der Klassenunterschied". Um diesen Klassenunterschied aufzuheben, fordern beide Hurenorganisationen die Anerkennung der Sexarbeit als Beruf.

· Um Kosten zu sparen, werden in der **Oder ertrunkene** und ans Ufer gespülte Flüchtlinge wieder zurück ins Wasser gestoßen. Für eine **Beerdigung** müßten die Gemeinden sonst ca. 1000 DM bezahlen und wenn der/die Tote identifiziert werden kann, kommen noch Rückführungskosten dazu, die man sich ersparen wil. **Neunzehn Mal** mußte 1994 eine Beerdigung bezahlt werden und in diesem Jahr sind es fünf. Die tatsächliche Zahl der ertrunkenen Menschen dürfte aber weitaus höher liegen, da die Flüchtlinge gezwungen werden, immer höhere Risiken einzugehen und an immer gefährlicheren Stellen die Oder oder Neiße zu überqueren.

· 200 Menschen ziehen durch **Frankfurt/O.**, um gegen die „Abschottungspolitik Deutschlands" und den BGS zu **demonstrieren**. Die Demonstration bildet gleichzeitig den Abschluß einer antirassistischen Radtour entlang der Grenze zu Polen. 50 Menschen sind unter dem Motto „Auf zur Grenze - die Grenzen auf" von Zittau nach Frankfurt/O. garadelt.

23.6.95

· Das **OVG Schleswig** (Oberverwaltungsgericht) gibt eine Grundsatzentscheidung bekannt,

wonach **KurdInnen** aus dem Osten und Südosten der Türkei in Schleswig Holstein **generell Anspruch auf Asyl** haben. Für KurdInnen aus den übrigen Gebieten der Türkei gilt das aber nicht.

24.6.95

· Eine Gruppe von ca. **300 Polen und Polinnen** hält sich auf dem Territorium einer Großhandlung in Markendorf (bei Frankfurt/O.) auf, um dort zu arbeiten oder einzukaufen, als gegen 8 Uhr morgens das Gebiet von uniformierten deutschen Beamten umstellt wird. Die Beamten drängen sie mit Gewalt und durch den Einsatz von Hunden in das Innere der Großhandlung. Ihnen wird jegliche Hilfe verwehrt, nachdem einige durch die schlechte Luft ohnmächtig werden. Außerdem werden auch einige von den PolizistInnen geschlagen.

25.6.95

· Bei einer Straßenkontrolle in **Taucha schießt ein Beamter** einen „Verdächtigen" auf der Flucht ins Bein. „Bei den Verdächtigen handelt es sich vermutlich um Rumänen" - so die LVZ.

· Einhundert polnische Jugendliche besetzen die Stadtbrücke in Frankfurt/O. und legen den Grenzverkehr für eine Stunde lahm. Anlaß ist die **größte Razzia gegen polnische Staatsbürgerinnen** in Ostbrandenburg, bei der ca. 300 Menschen festgenommen und dann ausgewiesen wurden (siehe 24.6.)

26.6.95

· Das Landratsamt Augsburg weist den Duldungsantrag für die Familie des untergetauchten Kurden **Fariz Simsek** ab.

· Der Gerichtstermin gegen Klaus Vack und Martin Singe, die im Dezember 94 mit 800 weiteren Menschen zu einer symbolischen **Entzäunungsaktion des Abschiebeknastes in Worms** aufriefen, ist geplatzt. Das Gericht will Sindes Anwalt Heinrich Comes vom Verfahren ausschließen, da dieser selbst einer der UnterzeichnerInnen war. Damit werde der §138 der Strafprozeßordnung wirksam, nachdem ein Verteidiger auszuschließen ist, „wenn er dringend oder in einem die Eröffnung rechtfertigenden Grade verdächtig ist, daß er an der Tat, die Gegenstand der Untersuchung bildet, beteiligt ist". Allerdings ist das Verfahren gegen Comes längst eingestellt.

27.6.95

· An einer **Razzia gegen die PKK** sind in **Hessen und Rheinland-Pfalz** 200 Beamte beteiligt. Es werden 37 Wohnungen durchsucht und 29 Menschen festgenommen. Nach Angaben der Polizei wurde umfangreiches Propaganda-Material beschlagnahmt und stehen die Beschuldigten in Verdacht, Schutzgeld erpreßt zu haben. Alle wurden nach der ED-Behandlung wieder freigelassen.

· Vor dem **Magdeburger** Amtsgericht beginnt der Prozeß gegen einen 33jährigen **Polizisten**. Ihm wird vorgeworfen, während der rassistischen Ausschreitungen am **Himmelfahrtstag 1994 in Magdeburg** einen irakischen Asylbewerber mit dem Gummiknüppel geschlagen und in den Genitalbereich getreten zu haben.

· Karl-Heinrich Schäfer, Präsident des hessen-nassauischen „Kirchenparlaments", kritisiert, daß **Jugendliche** ohne deutschen Paß in **hessischen Gefängnissen** schlechter behandelt werden als deutsche. Sie sind von Fortbildungsmaßnahmen ausgeschlossen und müssen ihre Strafe ohne Erleichterung verbüßen.

· Im Zusammenhang mit der Aktion des BGS gegen ca. **300 Polen und Polinnen** wird der Inhaber eines Anzeigenblattes festgenommen. Ihm droht Anzeige wegen Verstoß gegen das Ausländergesetz, weil er sein Blatt „schwarz" austragen lassen wollte. Das polnische Außenministerium reagiert auf die Aktion des BGS mit scharfem Protest. (siehe 24.6.)

28.6.95

· Der **stellvertretende Leiter des Münsteraner Ausländeramtes** wird unter dem Verdacht festgenommen, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse, für vier- bis fünfstellige Beträge, an „illegal" in der BRD lebende AusländerInnen verkauft zu haben.

29.6.95

· In der Hedwigstraße (**Berlin**) werden 240.000 unversteuerte Zigaretten durch die Polizei sichergestellt und dabei ein 29jähriger **Vietnamese festgenommen**. Der Staatsanwalt beantragte Haftbefehl.

· Die junge Welt gibt bekannt, daß der junge pakistanische Flüchtling **Peter Gill** im September vorigen Jahres mit Hilfe eines **fremden Passes** und unter falschen Namen nach **Indien zwangsabgeschoben** wurde. Die Abschiebung nach Indien wurde von der **ZAB in Münster** veranlaßt, die ihm auch den falschen Paß gaben. Er wurde innerhalb von drei Tagen wieder nach Deutschland zurückgeschickt, nachdem er mehrfach geschlagen wurde.

· Der Botschafter im Auswärtigen Amt, Klaus-Helmuth Ackermann, kritisierte vorsichtig die brutale Festnahme und Ausweisung von **300 Polen und Polinnen**. Eine offizielle Entschuldigung Bonns komme aber erst nach Abschluß der eingeleiteten Untersuchungen in Frage. Die unbefristete Ausweisung der 300 Betroffenen wird durch die Ausländerbehörde in Frankfurt/O. zurückgenommen. (siehe 24.6.)

30.6.95

· Der 33jähriger Magdeburger Polizist, der im Zusammenhang mit den rechtsextremen Ausschreitungen am **Himmelfahrtstag 1994** vor Gericht steht, wird freigesprochen. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß er den irakischen Asylbewerber nicht mißhandelt hat. Es stützt sich dabei auf die Aussage eines Mannes aus Togo, der keine Übergriffe des Angeklagten gesehen hat. Ursprünglich wurde gegen 15 Polizisten ermittelt,

nur bei einem kam es zu einer Anklage. (siehe 27.6.)

· Bei einem **Hearing** in Münchner Rathaus wird über die Sicherheit und die **„Ausländerkriminalität"** diskutiert. Christian Ude (SPD) meint zu Beginn, daß es darum geht, über dieses Thema zutreffend und vorurteilsfrei zu diskutieren. Der Polizeipräsident darf dann auch gleich „differenziert" anhand der Statistiken darlegen, daß AusländerInnen überproportional an Gewalttaten beteiligt sind.

· Das **OVG Koblenz** (Oberverwaltungsgericht) fällt erstmals Grundsatzentscheidungen über die Asylberechtigung **algerischer Staatsangehöriger**. Danach begründet weder das Verlassen Algeriens noch das Stellen eines Asylantrags einen Anfangsverdacht dafür, daß die Betroffenen bei Rückkehr nach Algerien „asylerheblichen Repressalien" ausgesetzt sind. Auch FIS-Mitgliedschaft

oder eine „islamistische Grundeinstellung" genügen nicht. Ein Verdacht auf repressive Maßnahmen nach der Rückkehr ergibt sich „aus einer nach außen wirkenden Bekundung aktiver Förderung der Heilsfront".

1.7.95

· Zweiter Jahrestag des Inkraftretens des neuen „Asylrechts".

4.7. 95

· Mitglieder der **Konförderation kurdischer Vereine** (YEK.KOM) treten in **Hungerstreik**. Sie wollen damit „gegen die Angriffe und Kriminalisierungspolitik der Bundesrepublick protestieren".

5.7.95

· Bei einem Großeinsatz gegen die **„organisierte Kriminalität"** werden im Regierungsbezirk **Chemnitz** 750 Fahrzeuge und 880 Menschen kontrolliert, hierbei werden zwölf Menschen festgenommen. Darunter sind neun Türken, ein Vietnamese und ein mit Haftbefehl gesuchter Mann aus dem ehemaligen Jugoslawien.

· Das Innenministerium gibt bekannt, daß die Zahl der **registrierten AsylbewerberInnen im Juni** gegenüber dem Vormonat leicht gesunken ist, von 9.369 auf 9.130.

· Die Stadt **Leipzig will stärker gegen Schwarzarbeit** vorgehen. Ordnungsamtsleiter Günther Wassermann kündigt an, daß künftig Baustellenkontollen mit Arbeitsamt, Zoll und Steuerfahndung abgestimmt werden: „Zusammen geht das viel besser".

6.6.95

· Die Türkische Gemeinde kritisiert, daß die Bundesregierung das Rahmenabkommen des Europarates zum Schutz **nationaler Minderheiten** nur unterzeichnet hat, weil die in Deutschland lebenden Türken nicht als nationale Minderheiten interpretiert werden.

· Das **Rücknameabkommen** zwischen der BRD und **Vietnam** wird unterzeichnet. Betroffen davon sind etwa 40.000 Menschen die bis zum Jahr 2000 abgeschoben werden sollen.

7.7.95

· 150 Flüchtlinge stürmen die Chefetage des **Bochumer Rathauses**. Singend und tanzend bringen sie ihre Forderungen nach Ersatz der **Lebensmittelzuteilung** in Form von Fertigfraß durch Auszahlung des Sozialhilfesatzes in bar zum Ausdruck. Ihr zusätzliches Ziel ist die Aufhebung der Sanktionen gegen einen ihrer Sprecher, Gnamba.

8.7.95

· Nach 5 Tagen beenden **KurdInnen** ihren ihren **Hungerstreik** mit einer **Kundgebung in Wiesbaden**. Sie setzten sich für eine politische Lösung in Kurdistan ein und wollen ein Zeichen „gegen die Angriffe und Kriminalisierungspolitik der BRD „ setzen.

9.7.95

· Bei einer großangelegten **Razzia im Münchner Rotlichtmilieu** werden mehr als 30 ausländische Frauen, die zu Animation, Striptease und zu Prostitution gezwungen wurden, vorläufig festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Sieben Nachtclubbesitzer müssen mit Anzeigen wegen der Förderung illegaler Prostitution rechnen.

· Der 17jährige **Kurde Kartal Atalay** wird von der Polizei in München verhaftet. Den ihm vorgeworfenen Diebstahl gibt er sofort zu. Doch sie wollten von ihm noch andere Geständnisse, dafür war ihnen jedes Mittel recht. Sie beschimpften und mißhandelten ihn. Kartals Vater erstattet Anzeige wegen Körperverletzung im Amt. Aufgrund dieser Anzeige ermittelt die Staatsanwaltschaft.

10.7.95

· Der **iranischen Familie Assadi**, die seit 5 Jahren in **Seehausen** (bei Leipzig) lebt, droht die Abschiebung. Gegen sie soll die „sichere Drittstaatenregelung" angewendet werden. Reza Assadi war 93 Tage in Italien, bevor er in die BRD kam - und das sind genau drei Tage zuviel, denn wer sich länger als drei Monate in einem „sicheren Drittstaat" aufhält, hat hier kein Anspruch auf Asyl mehr - so die Ausländerbehörde in Cemnitz. Ihre Duldung wird nur bis zum 30. Juli verlängert. Etwa 50 Menschen **blockieren** eineinhalb Stunden das Tor der Justizvollzugsanstalt **JVA Kassel-Wehlheiden**. Sie protestieren gegen die allwöchentlichen Abschiebungen, aus Kassel allein 200 Menschen in diesem Jahr.

11.7.95

· Axel Lüdders, Chef des Brandenburger Landeskriminalamtes, erklärt in Basedorf bei Berlin, daß zukünftig die polnischen und deutschen Polizeibehörden enger zusammenarbeiten werden, um der „ausufernden **organisierten Kriminalität im Grenzbereich** Herr zu werden".

· Nachdem in der vergangenen Woche mehrere Razzien auf verschiedenen Baustellen duchgeführt wurden, gibt es auch eine Razzia auf der MDR-Baustelle in der Kantstraße (Leipzig). Von 71 überprüften Bauarbeitern haben 51 ausländische Arbeiter keine „korrekten" Arbeitspapiere.

12.7.95

· Zwei **Algerier**, die in hessischen Gefängnissen sitzen, konnten sich erfolgreich gegen die **Verlängerung der Abschiebehaft** wehren. Das Oberlandesgericht hielt es für „völlig unvertretbar", daß sich die Ausländerbehörde erst nach Monaten um die Beschaffung der Rückreisedokumente bemühte und nicht unverzüglich nach ihrer Inhaftierung.

· Der bayerische Innenminister **Günther Beckstein** schreibt bezüglich **Kirchenasyl** an den Augsburger Bischoff Josef Damertz, „daß Kirchen ein **Kontingent** für aus deren Sicht schwierige Fälle eingeräumt werden könnte", allerdings „selbstverständlich gegen Übernahme aller dadurch entstehender Kosten". Der bayerische Staatsminister Erwin Huber präzesiert Becksteins Vorstoß: Soweit vollziehbare Ausreisepflichten bestehen, werden diese auch durchgesetzt. Gedacht sei an ein zahlenmäßig begrenztes Kontingent, nicht nur für rechtskräftig abgelehnte AsylbewerberInnen, sondern auch für Bürgerkriegsflüchtlinge, christliche TürkInnen oder in der Kirche Berufstätige.

· Der **Prozeß** gegen die mutmaßlichen Attentäter von **Solingen** geht vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht in seine Endphase. Der Bundesstaatsanwalt Fernholz räumt Ermittlungsfehler ein, dies rechtfertige aber nicht, klare Entscheidungen des Gerichts über Schuld oder Unschuld der vier Angeklagten zu verhindern. Für ihn ist ein rechtextremer organisatorischer Hintergrund der Tat auf jeden Fall ausgeschlossen, da es in der rechten Szene Solingens nie eine Ankündigung dieses Brandanschlags gegeben hat.

Kulle (SPD) macht bei der Stadtratssitzung in Frankfurt/O. klar, daß nicht die deutschen Behörden Schuld an der vorübergehenden „unrechtmäßigen" **Ausweisung von 300 Polen und Polinnen** sind, sondern die Verantwortung tragen die Betroffenen selber, da sie wissentlich ohne Arbeitspapiere in Deutschland arbeiteten. (siehe 24.6.)

· Die BewohnerInnen der Flüchtlingsunterkunft Nußborn in **Bremen-Mahnsdorf** treten in einen unbefristeten **Hungerstreik**.

13.7.95

· Gegen den **Sudanesen Jupiter Böhnlein** beginnt vor dem Amtsgericht Moabit in Berlin der **Prozeß**. Er ist wegen Beamtenbeleidigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung angeklagt. Er wurde nach einer **Demo am 3.10.94**, bei der er eine eskalierende Situation zwischen Christian, einem Berliner Linken, und einem Polizist schlichten wollte, mit ein paar Freunden eingekesselt und ED-behandelt. Die Eskalation brach aus, weil Christian die Dienstnummer und den Namen des Beamten forderte, nachdem dieser zu ihm sagte: „So was wie dich hätte man früher vergast". Da Jupiter Böhnlein nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis hat, droht ihm bei einer Verurteilung die Ausweisung in den Sudan, wo ihm unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen der Tod droht.

· In einem von **VietnamesInnen** bewohnten **Wohnheim in der Berliner Rhinstraße** führt die Polizei Durchsuchungen durch und stellt von vielen die Personalien fest.

· Die Polizei in **Potsdam** nimmt bei einer großangelegten Aktion 14 vermeintliche Verkäufer fest und beschlagnahmt 25.000 **Zigaretten**.

· Der **Ausländerbeauftragte von Sachsen**, Heiner Sandig, unterstützt den Vorschlag von Beckstein, den **Kirchen** bestimmte **Kontingente** zur Aufnahme von Flüchtlingen einzuräumen. Außerdem hält er die Zahl von 40.000 **VietnamesInnen**, die abgeschoben werden sollen, für überhöht.

14.7.95

· 40 Polizisten sind bei einer **Razzia** im Schwimmbad am Poststadion in Tiergarten (**Berlin**) beteiligt, bei der einige ausländischen Jugendliche in Handschellen abgeführt werden. Begründet wird die Razzia mit Auseinandersetzungen, die es am Vortag im Schwimmbad gegeben hat. Die Polizei wollte verhindern, daß es wieder, wie im letzten Sommer, eskaliert. Eine Augenzeugin berichtet, daß es total friedlich war, bevor eine Horde Polizisten auf das Schwimmbadgelände stürmte und die Jugendlichen festnahm.

· Die katholische Kirche in Bayern lehnt das von Innenminister Beckstein vorgeschlagene **Kirchenkontingent** ab. Die evangelische Kirche ist auch skeptisch und warnt davor, eine Politik des „Freikaufs" zu beginnen. Sie lehnt es ab, daß die Kirche in Fragen des Asylrechts zu einem „Staat im Staate" werde und sich der Staat dadurch aus der Verantwortung ziehen kann, die er gegenüber den Flüchtlingen hat. Die beiden Pfarrer, die z.Zt. in Bayern Kirchenasyl geben, sind ebenfalls skeptisch. Der Steppacher Pfarrer Peter Brummer (Familie Simsek) sagt: „Da wird viel Wind um nichts gemacht, da steckt wenig dahinter. Ich werte die Idee des Herrn Beckstein in erster Linie als Versuch, durch einen Befreiungsschlag in der Asyldiskussion aus der Defensive herauszukommen". Pfarrer Siegfried Feiner (Familie Akgüz) meint: „Wenn Herr Beckstein Flüchtlinge wie Herrn Simsek ausdrücklich von der Kontingentregelung ausnehmen möchte, dann zweifle ich an der humanitären Motivation, die hinter seinem Vorschlag steht".

· Das Landgericht **Berlin** spricht **drei Polizisten** frei, die wegen **Mißhandlung eines 35jährigen Iraners** angeklagt waren. Die Behandlung des Iraners gehört zu von amnestie registrierten ausländerfeindlichen Menschenrechtsverletzungen durch die Berliner Polizei.

15.7.95

· In der **westungarischen Stadt Györ** werden **18 Tamilen**, die auf dem Weg nach Deutschland waren, in einem LKW tot aufgefunden. Laut der ungarischen Polizei sind die 17 Männer und eine Frau bei Temperaturen von 36°C vermutlich **erstickt**. 19 weitere Flüchtlinge, die im Anhänger des LKWs versteckt waren, haben die Flucht überlebt und werden nach der Behandlung im Krankenhaus in der Flüchtlingssammelstelle in Györ untergebracht.

· Laut junger Welt steht eine offizielle Erklärung der Stadt **Bochum** über den Ersatz der **Sachleistungen** durch Sozialhilfe für Flüchtlinge von drei kommunale Massenunterkünfte kurz bevor. (siehe 7.7.)

16.7.95

· Bayerns Innenminister **Günther Beckstein** spricht sich gegen eine **doppelte Staatsbürgerschaft** aus. In seiner Begründung heißt es u. a., es dürfe auf keinen Fall der Eindruck entstehen, daß türkische und jugoslawische Staatsangehörige gegenüber der deutschen Bevölkerung bessergestellt sind und sie ohne weiteres zwei Staatsangehörigkeiten erhalten. Die doppelte Staatsbürgerschaft würde die Entstehung integrationsunwilliger Ausländergruppen in Deutschland begünstigen, die als nationale Minderheit mit eigener Sprache und eigenen Wertevorstellungen anerkannt werden wollen. Das Bewußtsein, im Falle wirtschaftlicher und politischer Probleme in Deutschland problemlos in einen anderen Staat wechseln zu können, mindere das Interesse, sich hier vorbehaltlos zu engagieren und zu integrieren. Die Staatsangehörigkeit setze ein dauerhaftes Bekenntnis zur Solidargemeinschaft eines Staatsvolkes vorraus, sie kann nicht gewechselt werden wie ein Hemd. Die meisten der hier lebenden Ausländer genießen hier soviele Rechte, daß sie überhaupt keinen Grund sehen würden, sich einbürgern zu lassen.

· In **Sachsen-Anhalt** sollen **keine vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen abgeschoben** werden, dafür sorgte jetzt die Rot-Grüne Regierung. Durch einen Erlaß des Landesinnenministers Manfred Püchel (SPD), sollen zusätzliche Anreize für Arbeitgeber geschaffen werden, arbeitslose ehemalige VertragsarbeiterInnen zu beschäftigen. Sie sollen Lohnkostenzuschüsse in Höhe der bisher ausgezahlten Sozialhilfe bekommen, wenn sie unbefristete bzw. für mindestens 1 Jahr gültige Arbeitsverträge abschließen.

· Aus einer **Berliner Abschiebehaftanstalt fliehen 10 Menschen.**

· Der **bayerische Kirchenasyl-Vorstoß** stößt bei der evangelischen Kirche in Deutschland und in der CDU auf Ablehnung. Hannes Schoeb sagt, es dürfe für die Kirchen „kein Sonderraum geschaffen werden, der nur als Deckmantel für die Schwächen des Asylrechts herhalten muß." Auch der sächsische Justizminister Steffen Heitmann kritisiert: „Der Vorstoß bedeutet eine Aushöhlung der Rechtsposition des Staates. Es muß völlig eindeutig bleiben, daß der Staat keine rechtsfreien Räume dultet."

· In **Hessen** können **bosnische Flüchtlinge** seit einem Monat anstelle der üblichen Duldung (6 Monate) eine **Aufenthaltsbefugnis** (1 Jahr) bekommen, aber nur wenn sie über eigenes Einkommen verfügen und nicht arbeitslos sind oder von Sozialhilfe leben.

17.7.95

· Der **afghanische Asylbewerber Abdullah A.** wird im AsylbewerberInnenheim in der Traunitzstraße in **München** erdrosselt aufgefunden. Die Kriminalpolizei geht davon aus, daß er Selbstmord begangen hat.

· Der Geschäftsführer der Flüchtlingshilfeorganisation Pro Asyl, Günther Burkhardt macht die Bundesregierung und deren Abschottungspolitik für den Tod der **18 Tamilen** mitverantwortlich. (siehe 15.7.)

· Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** (CDU) legt in Bonn den Entwurf eines **Entsendegesetzes** gegen das sogenannte Lohn- und Sozialdumping auf deutschen Baustellen vor. Durch das Gesetz soll verhindert werden, daß „ausländische Bauarbeiter zu Billiglöhnen arbeiten und dadurch kleine deutsche Unternehmen und Handwerksbetriebe aus dem Markt gedrängt werden".

18.7.95

· Die **Wohnung** einer Frau wird **durchsucht** und sie wird vorläufig festgenommen. Ihr wird vorgeworfen ein Transparent mit dem Symbol der verbotenen kurdischen Organisation **ERNK** aus dem Fenster gehangen zu haben.

· Frankreich schiebt 43 Flüchtlinge mit einer **Chartermaschine nach Zaire** ab. Dies ist Teil einer gemeinsamen **Strategie europäischer Län-**

der, nach der Flüchtlinge wöchentlich mit einer Chartermaschine abgeschoben werden sollen. Sieben der Flüchtlinge wurden außerhalb Frankreichs festgenommen: in Deutschland, Belgien und den Niederlanden.

19.7.95

· Der Senat von Hamburg muß die 1800 gewünschten Akten dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung des **Hamburger Polizeiskandals** nicht komplett aushändigen. Nach Ansicht des Verfassungsgerichts ist der Senat „nicht berechtigt und nicht verpflichtet, dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß Akten vorzulegen, die zu schützende personenbezogene Daten enthalten". Vorraussichtlich müssen 16 Polizisten wegen ausländerfeindlicher Übergriffe mit einer Anklage rechnen.

20.7.95

· Die **Pfarrei St. Raphael in Steppach** bei Augsburg wird von mindestens 15 PolizeibeamtInnen observiert. In ihr lebt die Familie des gesuchten Kurden **Fariz Simsek**. Die Polizeidirektion erklärt, daß „polizeiliche Aufklärungs- und Fahndungsmaßnahmen erforderlich sind, weil es Hinweise darauf gibt, daß sich Fariz Simsek im Raum Augsburg aufhält". Der UnterstützerInnenkreis geht aber davon aus, daß hier andere Motive eine Rolle spielen: die geplante Abschiebung von Sahize Simsek (19) und ihrer beiden Kinder Leyla (3) und Bilal (4), falls sie das Kirchengelände verlassen sollten. Der bayerische Landtag lehnte gestern die Petition zur Duldung Fariz Simseks ab. (siehe 26.6. und 14.7.)

· Laut BKA-Statistiken gibt es seit Januar 94 **keine Todesfälle aufgrund rassistischer Straftaten.**

· Pfarrer Hanns-Ewald Fehr, Geschäftsführer des Diakonischen Werkes Augsburg, kündigt an, daß sich derzeit eine evangelische Kirchengemeinde in **Schwaben** darauf vorbereitet, durch **Kirchenasyl** einen **syrisch-orthodoxen Christen** Schutz vor der drohenden Abschiebung in die Türkei zu geben.

· Der Bundesgerichtshof bekräftigt das Urteil, daß die **Blockade einer Autobahn** weiter als **Nötigung** anzusehen ist. Der BGH bestätigte in diesem Punkt das Urteil des Landgerichts Augsburg gegen einen **Kurden**, hob es es aber aus anderen Gründen als zu niedrig auf.

· 184 kurdische, türkische und deutsche Frauen und Männer treten auf dem Breitscheidplatz in **Berlin in Hungerstreik**. Sie solidarisieren sich sich mit den zehntausenden Kriegsgefangenen in Gefängnissen in der Türkei und in **Kurdistan**, die schon seit dem 14. Juli keine Nahrung mehr zu sich nehmen.

21.7.95

· 225 katholische und evangelische Geistliche aus **Schwaben und Oberbayern** stellen sich in einer ökumenischen Solidaritätserklärung hinter die beiden Pfarreien Zum Guten Hirten in Augsburg und St, Raphael in Steppach, die seit einigen Wochen **Kirchenasyl** gewähren.

· Das **Rücknahmeabkommen** von 40.000 Menschen wurde durch Bundesinnenminister Kanther und durch den stellvertretenden **vietnamesischen** Außenminister Nguyen Dy Nien nach einjährigen Verhandlungen unterzeichnet. Es tritt in zwei Monaten in Kraft und die Menschen sollen bis zum Jahr 2000 abgeschoben werden. (siehe 16.7.)

· Der Vorwurf der Bestechlichkeit bzw. Vorteilsnahme gegenüber **Dirk Assholt**, stellvertretender Leiter des **Ausländeramtes in Münster** hat sich auf den schwerwiegenden Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung ausgeweitet. Deswegen sind inzwischen fünf weitere Personen in Haft genommen wurden. Sie sollen für mehrstellige Beträge Aufenthaltsgenehmigungen etc. ausgestellt und Entlassungen von Abschiebehäftlingen gefördert haben. (siehe 28.6.)

· Ein 29jähriger **Libanese** ist auf der Flucht vor Rauschgiftfahndern der **Frankfurter Polizei** in den Main gesprungen und **ertrunken**.

· Von 213 Ermittlungsverfahren gegen angeblich illegal beschäftigte **Polen und Polinnen**, die bei einer **Razzia** in Frankfurt/O. festgenommen wurden, wurden 188 aus Mangel an Beweisen eingestellt. 21 sind wegen geringer Schuld straffrei ausgegangen. Nur gegen vier wurde Strafbefehl 20 Tagessätze à 5 DM beantragt. Die Ermittlungsverfahren gegen BGSler laufen noch. (siehe 24.6.)

· Berlins Ausländerbeauftragte Barbara John begrüßt das **Rückführungsabkommen mit Vietnam**, sieht aber gewisse Schwächen. Nach ihrer Ansicht ist das Verfahren von vietnamesischer Seite „überbürokatisiert" worden: „Monatelang werden Listen getauscht, bis sich der erste Vietnamese ins Flugzeug setzen kann".

22.7.95

· Die evangelische Pfarrgemeinde St. Ulrich in **Augsburg** nimmt den aus der Türkei geflüchteten 18jährigen **Semul Oguz in Kirchenasyl**.

23.7.95

· Um die **Grenzen zu Polen und Tschechien** „gegen Menschenschmuggel zu sichern" will Innenminister Kanther (CDU) die 4.800 Beamte noch einmal um **500 verstärken**. „Besonders schrecklich" nannte er den jüngsten Fall von Menschenschmuggel, bei dem achtzehn Tamilen in einem LKW erstickt sind.

· Das Auswärtige Amt dementiert Berichte, wonach Außenminister Kinkel sich am Donnerstag gegen die Aufnahme weiterer **Kriegsflüchtlinge aus Bosnien** ausgesprochen hat. Das von einer Nachrichtenagentur verbreitete Kinkel-Zitat: „Das wäre etwas, was die Bevölkerung hier aufbringen würde", ist zumindest aus dem Zusammenhang gerissen, sagte der Sprecher. Er wollte nur klarmachen, daß die Hilfe vor Ort Priorität habe, damit sie nicht ihre Heimat verlassen müssen.

24.7.95

· Die **Polizei hegt Zweifel** daran, daß die Brandanschläge der letzten Tage auf die von AusländerInnen bewohnten Häuser **rassistisch** motiviert waren. Es handelt sich um ein türkisches Gebetshaus, auf das am letzten Freitag in Bohmte ein Brandanschlag verübt wurde. Weiterhin wurde in der Nacht zum Sonntag ein vom Türken bewohntes, aber zur Tatzeit leeres Haus im hessischen Braunfels und in Neu-Wumsdorf in der Nacht zm Donnerstag das Haus einer siebenköpfigen jugoslawischen Familie angezündet.

Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS geht hervor, daß im vergangenen Jahr fünf Menschen in **Abschiebehaft Selbstmord** begangen haben (Angaben nur aus 9 Bundesländern). Über versuchte Selbstmorde gibt es nur aus fünf Bundesländern Angaben: seit Juli 94 kam es zu 9 Selbstmordversuchen, davon fünf in Sachsen-Anhalt.

· Für Bonner BürgerInnen und Polizisten ist Rassismus kein Thema. „Aus Bonn hat amnestie keine einzigen Fall dokumentiert" sagte Udo Behrendes, Chef der City-Wache in Bonn, auf einem Bonner Forum „BürgerInnen und Polizei". Anlaß zur Gründung dieses Forums war das **brutale Niederknüppeln** einer Demonstration von **Kurdinnen** im August vergangenen Jahres - durch die Polizei.

· Nach dem PolizistInnen Literatur von der PKK beschlagnahmen wollten, kommt es auf dem Breitscheidplatz (**Berlin**) zu einer Schlägerei mit **hungerstreikenden Kurdinnen**. Durch schnelle Auswertung der Fotos werden die „Täter" festgestellt und festgenommen. (siehe 20.7.)

Wie pflege ich Leib und Seele eines Asylanten bis zu seiner Abschiebung?

Endlich haben fleißige, gut bezahlte Staatsbeamte im sächsischen Innenministerium darauf eine Antwort gefunden. Während sie sonst bemüht sind, die rassistischen, aus Bonn kommenden Gesetze nach besten Kräften ihrerseits durch mindestens genauso rassistische Verordnungen und Durchführungsbestimmungen zu ergänzen, so haben sie jetzt erstmals tief in ihr Inneres geblickt und dabei entdeckt, daß sie sich um Leib und Seele der Gattung „ASYLANT" Sorgen machen.

Dem großen König Biedenkopf sei es gedankt, daß er bei Schaffung der Verwaltungsstruktur seines Freistaates die Möglichkeit, Richtlinien zu erlassen, mitbedacht hat. Dadurch hatten jetzt gestreßte Staatsbeamte endlich Gelegenheit, ihren Sorgen um das Wohlergehen der von ihnen verwalteten Asylanten Luft zu lassen und haben einer „Richtlinie zur sozialen Betreuung ausländischer Flüchtlinge" das Leben geschenkt. Durch wohl intensive Analyse vor Ort wurde im Innenministerium erkannt, daß es sich bei der Gattung „ASYLANT" um ein an den Rand gedrängte, benachteiligte Gruppe handelt. Deshalb wird der Zweck der Richtlinie folgendermaßen definiert:

1. Zweck

Das Zurechtfinden in die Lebensbedingungen eines unbekannten Landes, die Ungewißheit der Flüchtlinge über die Dauer des Aufenthalts und das Zusammenleben verschiedener Personen mit unterschiedlichem sozio-kulturellem Hintergrund kann durch Maßnahmen sozialer Betreuung erleichtert werden. Bisher leisten Verbände, Kirchen, Ausländerbeauftragte, Ausländer- und Unterbringungsbehörden sowie Betreiber die Betreuungsarbeit, wobei Behörden auch Verfahrensberatung durchführen. Durch das Recht auf Schulbesuch wird Kindern weitere Unterstützung zuteil. Bei der Betreuung darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß der Aufenthalt der Personen meist nur vorübergehend ist. Ein Rechtsanspruch auf Teilnahme an Betreuungsmaßnahmen, für die aufgrund dieser Richtlinie eine Kostenerstattung/ Kostentragung (nachfolgend: Kostenerstattung) gewährt wird, besteht nicht.

Unter den darauffolgenden Punkten nimmt natürlich die Kostenerstattung und sogenannte Zuständigkeitsregeln großen Raum ein, doch kommen die Erkenntnisse, welcher Art Betreuung die AsylantInnen während ihres vorübergehenden Aufenthalltes bedürfen, nicht zu kurz.

7. Erstattungsfähige Betreuungsmaßnahmen

Erstattungsfähig sind Kosten für Maßnahmen, die geeignet sind:
7.1 das Zusammenleben der Bewohner einer Unterkunft zu gestalten und den Kontakt der Bewohner zu fördern;
7.2 die gegenseitige Unterstützung der Bewohner der Unterkunft zu fördern und durch die Organisation des täglichen Lebens und Entwicklung des Verantwortungsgefühls für die Umgebung zu Eigenverantwortlichkeit der Bewohner beizutragen, zum Beispiel Reparatur- und Renovierungskurse, Anleitung zur Kinderbetreuung, Hinweise zur Alten-, Kinder- und Krankenpflege, um später Arbeitsgelegenheiten gemäß §5 Asylbewerberleistungsgesetz (...) wahrnehmen zu können;
7.3 den Bewohnern zu helfen, Konfliktsituationen zu vermeiden oder zu bewältigen, zum Beispiel Kurse zur Eigenhygiene, Kurse zur Sexualaufklärung/Geburtenregulierung, Maßnahmen zur Konfliktlösung bei Problemsituationen im Unterkunftsbereich;
7.4 zum Kennenlernen und gegenseitigen Verständnis zwischen Flüchtlingen und einheimischer Bevölkerung beizutragen, zum Beispiel gemeinsame Freizeitaktivitäten, gemeinsames Feiern religiöser Feste, dabei ist ein angemessenes zahlenmäßiges Verhältnis zwischen Einheimischen und Flüchtlingen Voraussetzung für die Förderung;
7.5 zur Erhaltung des Kulturgutes der Flüchtlinge beizutragen

oder durch Vermittlung von Kenntnissen die Ausgangslage der Flüchtlinge bei einer Rückkehr in das Heimatland zu verbessern;
7.6 den Flüchtlingen die Orientierung vor Ort zu ermöglichen, zum Beispiel Informationsveranstaltungen über den Umgang mit Behörden, Informationsveranstaltungen eines realistischen Deutschlandbildes, Erläuterungen und Hinweise zu den in Deutschland gültigen Bestimmungen und den als strafbar angesehenen Handlungen.

Um eine ordnungsgemäße Durchführung dieser Betreuungsmaßnahmen zu gewährleisten und um Mißbrauch der Fördergelder vorzubeugen, werden im Anschluß einige Ausschlußklauseln hinzugefügt, natürlich nur um Schaden von den AsylantInnen abzuwenden.

8. Nichterstattungsfähige Betreuungsmaßnahmen
Nicht erstattungsfähig sind Kosten:
8.1 für Maßnahmen, die den Grundsätzen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht entsprechen;
8.2 für Verfahrensberatung;
8.3 für Maßnahmen, die mit einem hohen Verletzungsrisiko verbunden sind, und für das Erlernen von Kampfsportarten.

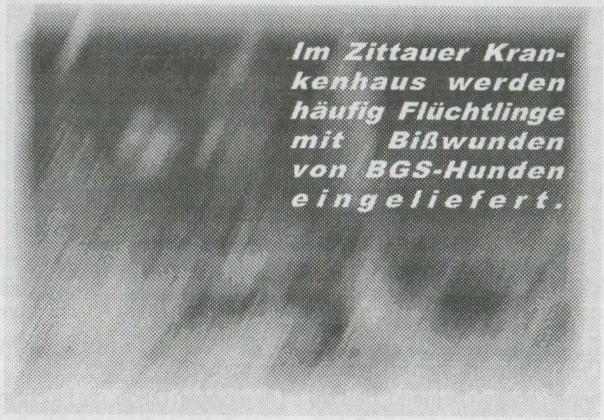
Durch diese Betreuungsrichtlinien haben die Völker der Welt endlich die Chance, Kenntnisse über Geburtenregelung und Eigenhygiene, über Hilfe zur Selbsthilfe und Alten- und Krankenpflege vor Ort, nämlich dort, von wo aus sonst entwicklungspolitische SpezialistInnen in alle Welt gesandt werden, zu erlernen. Damit kann in der Entwicklungshilfe viel Geld gespart werden, denn schließlich bezahlen die Flüchtenden Flugticket, Paß, Visa und Schlepper selbst. Endlich hat die lange Verfahrensdauer einen Sinn, nämlich die Aufklärung der AsylantInnen über wesentliche Dinge des Lebens, wo auch immer sie danach landen werden. Jedem/r Asylanten/in soll klar und deutlich gesagt werden, daß den Deutschen „ihre" feiheitlich-demokratische Grundordnung das höchste Gut ist, die sie bis aufs Messer gegen jeden Eindringling verteidigen werden. Durch die Einrichtung dieser betreuenden Maßnahmen werden diese armseligen, minderbemittelten Menschen endlich auf den rechten Weg gebracht, sie werden auf des Leben - im Ausland - in geeigneter abschreckender Weise vorbereitet, damit sie ja nicht nochmal in Versuchung kommen, in die BRD kommen zu wollen.
Die Verantwortlichen in Dresden haben endlich bemerkt, daß sie die Möglichkeiten des staatlichen Rassismus noch nicht voll ausgeschöpft haben. Bisher beschränkten sich ihre Verordnungen auf Verteilung, Unterbringung und Freßpaketbeschaffung. Endlich haben sie erkannt, daß dieses System noch eine Lücke hatte, die nun geschlossen worden ist. Nun wissen sie, daß entmündigte und eingepferchte Seelen der staatlichen Betreuung bedürfen. Die Besuchsbeschränkungen in den Lagern, Mangelernährung durch Meigos Freßpakete und Repressalien seitens der Wachleute werden nun überdeckt von Reparaturkursen und Freizeitaktivitäten, Maßnahmen zum Abbau der immer größer werdenden Aggression und der Sexualaufklärung. Dazu benötigt der Staat jedoch die fleißige Mithilfe sozial engagierter Helfer und Helferinnen, die im Auftrag von Wohlfahrtsverbänden oder anderen teppichflickenden Organisationen, selbstverständlich fest auf der Grundlage unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung stehend, diese Betreuungsaufgaben übernehmen. Ausgehend von einem überwältigendem Engagement wird davon ausgegangen, daß die Arbeitskraft der emsigen Sozialbienen nicht mehr 8 DM pro Stunde inklusive Nebenkosten in Anspruch nimmt und zum Glück des Innenministeriums werden sich wohl genug finden, die dieser diskriminierten und geknechteten Randgruppe die Zeit bis zu ihrer Abschiebung möglichst sinnvoll gestalten helfen wollen.
Die einzigen Dinge, die Flüchtlingen effektiv helfen könnten, ihre Abschiebung zu verhindern und sich gegen den Rassismus zu wehren, sind der Förderung nicht würdig, ja sogar gefährlich, denn der/die Asylant/in könnte aus seiner/ihrer Entmündigung heraustreten und zum denkenden Wesen werden.

Autonome Abschiebehilfe
„Soziales Gewissen"

"Ganz klar, die nehmen wir mit!"

Der Ostwall ist 30 km breit - Erlebnisse an der deutschen Ostgrenze

Es ist noch kein Jahrzehnt her, da wurde Sommer für Sommer unter der von Pablo Picasso erschaffenen Friedenstaube demonstriert, daß sportliche Freizeitbeschäftigung und Weltpolitik zusammengehören. Friedliebende Radamateure putzten ihre Zweiräder auf Hochglanz, um sich bei der Friedensfahrt für die Völkerverständigung abzustrampeln. Kein Wunder, daß sie zu Helden wurden. Namen wie Abdu



Im Zittauer Krankenhaus werden häufig Flüchtlinge mit Bißwunden von BGS-Hunden eingeliefert.

Schaparow oder Olaf Ludwig werden den fortschrittlichen Generationen wohl auch in hundert Jahren noch ein Begriff sein.

Doch die Zeiten haben sich gewandelt. Menschen wie Olaf Ludwig, eine Hoffnung der sozialistischen Sportwelt und kurz davor eine Legende im Radsport der progressiven Kräfte zu werden, fahren heute nicht mehr unter der Taube als Symbol des Weltfriedens. Sie haben ihre Ideale für schnöden Mammon aufgegeben. Und so verwundert es nicht, daß bei Profi-Ludwig von der Picasso-Taube nur noch das „T" übrig blieb, welches auch noch in unsäglichem pink leuchtet und von der Buchstabenkombination „elekom" gefolgt wird. Nachdem die Friedensfahrt sang- und klanglos abgewickelt wurde, bleibt nur noch die kommerzielle, nichtssagende und deshalb politisch völlig unbedeutende Tour de France.

In dieses Vakuum stieß eine Initiative von GraswurzelaktivistInnen aus Frankfurt/O., Köln und Kiel, die für den 15. bis 22. Juli 1995 zur antirassistischen Fahrradtour „Auf zur Grenze - Grenzen auf" riefen. Die Tour sollte entlang der ehemaligen Oder-Neiße-Friedensgrenze von Zittau nach Frankfurt führen. Uns war klar, daß ein solch politisch-sportives Ereignis nicht ohne Beteiligung aus der Sportstadt Leipzig stattfinden durfte. Also nichts wie den Sattel geölt und die Kette festgeschraubt und mit dem mittlerweile 30,-DM teuren Wochenendfahrschein und Tickets für die Räder mit dem Zug nach Zittau gefahren. Die Zugfahrt war aufgrund unserer Entscheidung für Regionalbahn statt des hektischen Regionalexpress äußerst geruhsam. Nach dem ersten Plenum, an der Tour nahmen etwa 30-35 Menschen teil, u.a. von verschiedenen antirassistischen Gruppen aus Berlin, Frankfurt/O., Göttingen und Köln, aber auch aus kleineren Städten in Ost und West, gab es erstmal einen kleinen, von den BetreiberInnen des örtlichen Jugendzentrums, das uns als Unterkunft zur Verfügung stand, vorbereiteten Imbiß. Anschließend berichtete Ulla vom Multikulturellen Zentrum in Zittau über die Situation vor Ort. Zittau im polnisch-tschechisch-deutschen Dreiländereck, das vor der Wende ein Zentrum der Textilindustrie war, hat von seinen damals ca. 60.000 Einwohnern heute noch rund 29.000. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 17%, aber weitere 20% sind nur durch wackelige ABM-Stellen und andere perspektivlose Maßnahmen kaschiert. Besonders hart war natürlich die Lage der ehemaligen

DDR-VertragsarbeiterInnen vietnamesischer Herkunft. Praktisch zum Straßenverkauf gezwungen, da sie auf dem hoffnungslos leergefegten Arbeitsmarkt wegen ihres „Nicht-Deutschseins" keine Chance hatten und bei Entlassungen aus dem selben Grund zu erst betroffen waren, verließen viele die Region.

Die hauptsächliche Arbeit des Multikulturellen Zentrums besteht aber in der Betreuung der am Stadtrand von Zittau in umzäunten Baracken untergebrachten Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien. Ungefähr 150 leben in dem sogenannten Heim, das vom Landratsamt nach den in Sachsen üblichen Standards betrieben wird. Für die Kultur sorgt eine von VW gesponserte Rolling Stones Fahne auf dem Heimgelände. Da der Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge zur Zeit relativ sicher ist, versucht das Multikulturelle Zentrum in Zusammenarbeit mit der Zittauer Gemeinde und „Frauen helfen Frauen" das Leben hier durch kulturelle Veranstaltungen und Treffen zu verbessern. So kann mit der „Aktion 55", einem staatlichen Projekt das die gemeinnützige Arbeit von FührentnerInnen für 200,-DM Aufwandsentschädigung im Monat ermöglicht, Deutschunterricht angeboten werden. Auch wurde muttersprachlicher Unterricht für die schulpflichtigen Kinder durchgesetzt. Was mit der Begründung, daß die Kinder nach Kriegsende wieder in „ihre Heimat" zurück müssen, akzeptiert wurde. Außer den Bürgerkriegsflüchtlingen leben in dem Heim noch zwanzig bis dreißig AsylbewerberInnen hauptsächlich aus Vietnam und Kurdistan kommend.

Eine besondere Rolle spielt an der gesamten Grenze der Bundesgrenzschutz (BGS). Die ersten Berichte aus Zittau, waren dabei schon ziemlich schockierend. So werden im Zittauer Krankenhaus häufig Flüchtlinge mit Bißwunden von den BGS-Hunden eingeliefert. Einer indischen Familie, die nach tagelanger Flucht völlig erschöpft vom BGS aufgegriffen wurde, verwehrten die Beamten sogar Wasser.

Obwohl ein 30km breiter Streifen hinter der eigentlichen Grenze mit immer größer werdendem Aufwand überwacht wird, hat sich die Zahl der beim illegalen Grenzübertritt aufgegriffenen Menschen von ca. 60 vor zwei Jahren auf zwei bis drei pro Tag heute verringert. Hauptursache dafür dürfte sein, das die Hälfte der Summen, welche die BRD im Zuge der Rücknahmeabkommen mit Polen und Tschechien gezahlt hatte, für die Aufrüstung der Grenze auf polnischer bzw. tschechischer Seite genutzt werden mußten.

Zwar sind die östlichen Grenzen der BRD die Außengrenzen der EU, aber mit der 1992 beschlossenen Grundgesetzänderung trat

auch eine Regelung in Kraft, die Flüchtlingen, wenn sie aus einem von der Bundesregierung als „sicher" kategorisierten Staat einreisen, das Recht auf Asyl abspricht. Dabei ist unerheblich, aus welchem Land der Flüchtling ursprünglich geflohen ist. Deshalb wird auch von der „Sichere-Drittstaaten-Regelung" gesprochen. Wie es der Zufall so will, sind natürlich alle Nachbarländer der BRD „sicher". Um die Drittstaatenregel praktisch auch auf Flüchtlinge anwenden zu können, die bei der illegalen Einreise geschnappt wurden, mußten Abkommen mit diesen Drittstaaten geschlossen werden, die diese verpflichten, die Flüchtlinge, welche es geschafft haben den Boden der BRD zu betreten, wieder auf ihr Staatsgebiet einreisen zu lassen.

Die meisten Flüchtlinge greift der BGS nicht direkt an der Grenze auf, obwohl dort Beamte zu zweit Streife laufen bzw. mit Autos Waldstücke, Furten und die neuen Wildzäune überwacht werden. Viel effektiver ist die 30km-Regel, die es erlaubt, Flüchtlinge, die innerhalb der 30km breiten „grenznahen" Region aufgegriffen werden, so zu behandeln, als seien sie direkt beim illegalen Grenzübertritt gefaßt worden. In der Umgebung von Zittau, werden sie in das BGS-Auffanglager in Ebersbach gebracht. Dort findet ein Verhör statt, in dessen Verlauf nach dem Fluchtweg und Fluchtursachen gefragt wird. Nicht vorgesehen ist die Frage, ob der Flüchtling Asyl in der BRD erhalten will. Ein solches Begehren müssen die Flüchtlinge aber ausdrücklich äußern, um überhaupt erstmal eine Chance zu haben, ins Asylverfahren zu kommen. Ebenfalls gegen die Flüchtlinge wirkt, daß in dem der Befragung zugrunde liegenden, standardisierten Fragebogen zwar die Antworten, nicht aber die Fragen festgehalten werden. Die verhörenden BGS-Beamten stellen häufig unzulässige Suggestivfragen, die die wirtschaftlichen Fluchtursachen auch bei politischen Flüchtlingen dominant erscheinen lassen. Ein Umstand der die Anerkennungschancen der Flüchtlinge, die es schaffen, ins Asylverfahren zu kommen, erheblich schmälert. Flüchtlinge, von denen der BGS glaubt, sie hätten illegal die Grenze übertreten oder die nicht ausdrücklich ihre Forderung nach Asyl bekunden, werden innerhalb von 48 Stunden nach Polen abgeschoben. Unterstützung bei seiner Jagd auf Flüchtlinge erfährt der BGS auch von Teilen der Bevölkerung. So bildet in ländlichen Gegenden die faschistische Dorfjugend Bürgerwehrähnliche Vereinigungen, die sich aktiv an der Hatz beteiligen. Trotz des damit verbundenen Angriffs auf das Gewaltmonopol des Staates ste-

Nicht vorgesehen ist die Frage, ob der Flüchtling Asyl in der BRD erhalten will. Ein solches Begehren müssen die Flüchtlinge aber ausdrücklich äußern.

hen die Verantwortlichen des BGS diesem Treiben nicht ablehnend gegenüber. Im Gegenteil. In Häusern in Flußnähe hängen die Büttel Plakate auf, in denen sie dazu aufrufen, Verdächtiges sofort zu melden.

Wer Flüchtlingen hilft, muß dagegen mit Bestrafung durch den Staat rechnen. So wurde ein Taxifahrer angeklagt, weil er Flüchtlingen half, aus der 30km-Zone zu kommen.

Der Terror des BGS richtet sich aber nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern gegen alle, die durch das rassistische Raster nicht als „Deutsche" zu erkennen sind. So werden in Zittau geduldete Bürgerkriegsflüchtlinge beim Einkaufen oder Spazierengehen vom BGS angehalten und zur „Überprüfung" auf die BGS-Station verschleppt. Zu dem Punkt an dem sie angehalten wurden, bringt sie natürlich niemand zurück.

Auch von rassistischen Mißhandlungen wird immer wieder berichtet. In einem Fall kam es sogar zu einer Anzeige. Trotz der offensichtlichen Mißhandlung liefen sich die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft aber tot, weil BGS und Zoll sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben versuchten und jeweils behaupteten von ihren Beamten sei niemand vor Ort gewesen.

Das nächste Etappenziel war Görlitz. Entlang des Neißeufers war äußerlich nicht viel davon zu merken, daß hier mit aller Macht Menschen daran gehindert werden, die Grenze ohne den richtigen Paß zu überschreiten. Keine Mauern, kein Stacheldraht verraten, daß hier die Mauer um Europa hochgezogen wurde. Aber 30km sind weit zu Fuß und auf den Wegen und Straßen patrouillieren Häscher.

Trotz Regen erreichten wir das BASTA an der Görlitzer Uferstraße. Nachdem die durchnäßte Kleidung gegen trockene vertauscht und das reichliche Abendessen verzehrt war, erzählte Karen, die den Posten der Ausländerbeauftragten inne hat und zeitweilig zugleich Leiterin der Görlitzer Ausländerbehörde war, von ihrem Job. Ihren Angaben zufolge gibt es in Görlitz keine Beratungsmöglichkeiten außer ihr. Ihr Aufgabengebiet als Ausländerbeauftragte ist nicht festgeschrieben. Sie muß also die Existenz ihres Postens immer wieder rechtfertigen, ohne sich auf etablierte Standards berufen zu können.

Noch 1992 war die Bevölkerung in Görlitz Flüchtlingen gegenüber eher hilfsbereit. Damals kamen sehr viele Flüchtlinge in und bei Görlitz über die Neiße. Auf dem Bahnhof von Zgorcelec, der Zwillingsstadt von Görlitz auf der polnischen Seite, warteten in diesem Sommer bis zu 500 Flüchtlinge, vorwiegend Roma, darauf, daß der Wasserstand der Neiße niedrig genug sein würde. Viele, die vom BGS aufgegriffen wurden, versuchten ihr Glück schon bald aufs neue. Da sie immer wieder neu gezählt wurden, ist zu vermuten, daß die Statistiken jener Zeit, die auch immer wieder zur Stimmungsmache genutzt wurden, falsche Zahlen produzierten. Beendet wurde diese Situation durch Polizeiaktionen auf polnischer Seite. Regelmäßig wurden auf dem Bahnhof von Zgorcelec Razzien durchgeführt und Roma von dort nach Warschau transportiert. An einer politischen Lösung bestand kein Interesse.

Mit der Aufrüstung und der Medienhetze hatte sich auch die Sympathie der Bevölkerung für die Flüchtlinge immer mehr abgekühlt. Beklagt werden die KleinhändlerInnen aus der Nachbarstadt, die Blaubeeren, Pilze und steuerfreie Zigaretten anbieten, was aber die GörlitzerInnen nicht daran hindert, die billigen Waren zu kaufen.

Karens Arbeit als Ausländerbeauftragte wird in der Stadt, die ihre Stadträte nicht nur in Niederschlesien sondern auch noch in Mitteldeutschland ansiedelt, immer schwerer. Zwar gibt es viele grenzüberschreitende Prestigeprojekte, aber die Realität sieht anders aus. Im deutsch-polnischen Kindergarten kommen ganze drei Kinder aus Polen und die Namengebung ist der Kindergärtnerin unangenehm, weil sie befürchtet, die deutschen Kinder könnten von ihren Eltern nicht mehr gebracht werden. Oder das von Karen initiierte multikulturelle SchülerInnentreffen, das zwar von den SchülerInnen gut angenommen wurde, dessen Wiederholung aber vom Schulleiter mit der Bemerkung, er wolle nie wieder so viele dreckige und schlampige Ausländer in seiner Schule sehen, abgelehnt wurde.

Das die 880 offiziell in Görlitz nicht ruhig durch die Stadt gehen

können, wenn sie wie Nicht-Deutsche aussehen, erfuhr ein Mitglied der Tour am eigenen Leib. Nur wenige Meter vom BASTA entfernt wurde er auf offener Straße angehalten. Offensichtlich war sein Teint zu dunkel und sein Haar zu kraus. Nur seine exzellenten Sprachkenntnisse ersparten ihm den Weg zur Wache.

Am schlimmsten haben es aber wahrscheinlich die getroffen, die im Görlitzer Knast, gleich hinter dem Landratsamt in der City, auf ihre Abschiebung warten müssen. Trotz ihres besonderen rechtlichen Status werden sie wie Strafgefangene behandelt. Dazu zählt unter anderem, daß sie nur eine Stunde pro Monat Besuch empfangen dürfen, der dazu auch noch eine Erlaubnis braucht. Das machte der Anstaltsleiter noch einmal klar, als am nächsten Morgen einige von uns während einer Protestaktion vor dem Knast Einlaß verlangten. Ohne Besuchserlaubnis geht nichts. Und Auskünfte über die Situation der elf bis zwölf in Abschiebehaft Gehaltenen (hauptsächlich aus Pakistan, Türkei, Ukraine, Rumänien und Algerien) bzw. der 120 ausländischen U-Häftlinge wollte er auch keine geben. Von uns auf einen Hungerstreik von 1994 angesprochen, war er sehr überrascht, daß wir darüber überhaupt etwas wußten. Da wären damals Verfahrensfragen der Anlaß gewesen, die Ausländerbehörde habe das geregelt. Ansonsten großes Schweigen. Fakt ist, daß aus Görlitz durch die Ausländerbehörde häufig schon abgeschoben wird, bevor die Bundesbehörde endgültig über die Anträge entschieden hat.

Das Interesse der Bevölkerung vor dem Knast war, obwohl am Eingang zur Görlitzer Einkaufsmeile durchaus genug potentielles Publikum anwesend war, gleich Null. Abgesehen von einem Sparkassenmitarbeiter, der auf dem Weg zur Mittagspause die Wegesicherheit seiner Kundschaft gefährdet sah. Aber so richtig ernst war auch ihm die Sache nicht.

Interesse bekundete dagegen der BGS. Eine Beamtin und ein Beamter in Zivil bekannten sich zwar nicht zu ihrem Auftraggeber, aber bekundeten den Willen sich unserer Tour anzuschließen. Ein politisches Motiv hätten sie nicht, nur Langeweile und wir wären da genau das Richtige. Leider konnten wir ihren Wunsch nicht erfüllen und so folgten sie uns mit ihren getarnten Dienstfahrrädern in gehörigem Abstand und hielten Kontakt zu den Zivilfahrzeugen, die uns von jetzt ab ganz offensichtlich und ständig begleiteten.

Mit der amtlichen Begleitung konnte jetzt auch die längste Etappe nach Bad Muskau in Angriff genommen werden. Einen Zwischenstopp legten wir in Rothenburg ein. Etwas außerhalb der Stadt ist die Polizeifachhochschule gelegen. Der Neubaublock ist frei zugänglich und kaum bewacht, allerdings waren auch Sommerferien. Kurz hinter der Polizeifachhochschule liegen Wohngebäude des BGS. Von dort wurde unser Besuch an der Fachhochschule schon mißtrauisch durch den Feldstecher beobachtet. Es muß wohl Eifersucht gewesen sein, denn als wir an den drei Grünröcken vorbeikommen, werden wir sofort in ein Gespräch verwickelt. Eine Redeerlaubnis hat von den drei anwesenden Offizieren offensichtlich nur einer: Einemann, seit 20 Jahren dabei, Einsätze u.a. in Gorleben und ganz eindeutig ein Psychobulle.

Die psychologischen Einsätze gibt es, wie Einemann selbst sagt, seit Gorleben. Den Bürger in Uniform sollen sie raushängen

lassen. Das Anliegen von DemonstrantInnen ganz toll und legitim finden, ja mitunter sogar damit sympathisieren, aber bitte keinen ernsthaften Widerstand! Und sie selbst hätten nun mal ihre Befehle, so sei das in der Demokratie. Die Politik entscheidet und die Polizei gewährleistet die Rechtssicherheit für die Bevölkerung, auch wenn sie persönlich lieber mitdemonstrieren wollte.

Einemann hat die nötigen rhetorischen Fähigkeiten und eine Schulung in Staatsbürgerkunde erfolgreich absolviert, so daß er als Kontaktbulle für unsere Tour eingesetzt wurde. Besonders befähigt ihn aber seine Diplomarbeit über Migrationsströme.

Er erzählt uns in der Tat alles, was zu erwarten war: „Der BGS hat laut §2 BGS Aufgabengesetz den Schutz der Sicherheit der Grenze zu gewährleisten", rasselt er herunter. Was aber kann die Sicherheit einer Grenze in Friedenszeiten gefährden? Illegale Einreise, das ist jede Einreise, die nicht über einen Grenzübergang erfolgt, weil so Straftäter ins Land gelangen könnten. Da Flüchtlinge erst mal keine Straftat begangen haben, ist das Asylbegehren von Menschen, die aus einem „sicheren Drittstaat" einreisen, eine Straftat. Wie sonst wäre das Engagement des BGS für Abschiebungen mit dem BGS-Aufgabengesetz in Einklang zu bringen? Auch Einemann ist nicht mit allem einverstanden, was in der Asylgesetzgebung passiert, aber die Demokratie und außerdem habe er sich nun mal für den BGS entschieden. Irgend jemand muß es ja machen. Aber das heißt nicht, daß er keine kritische Meinung habe, schließlich sei er auch in einer Partei! Und dann gibt es schließlich noch uns, ganz toll!

Nachdem uns das Elend der Beamtenseele (Zwei Herzen wohnen, ach, in meiner Brust!) schon fast zu Tränen gerührt hat, wird es bei der Frage des Umgangs der BGS-Beamten mit Flüchtlingen wirklich kriminell. Stories von Beamten, die wegen organisatorischer Schwierigkeiten (!) am Wochenende nicht versorgten Flüchtlingen aus eigener Tasche Wasser bezahlen oder sogar ihr Pausenbrot teilen, waren schon hart, aber der mit Aléte gefüllte Kühlschrank der Kollegen für die kleinen Flüchtlingskinder ließ alle Dämme brechen.

Mißhandlungen? Von solchen Menschenfreunden? Nein, das kann sich Einemann nicht vorstellen. Bei dem Fall der indischen Familie, der Wasser verwehrt wurde, müsse doch unbedingt der Staatsanwalt eingeschaltet werden. Seine Vorgesetzten würden sowas auch immer sehr genau nehmen und sind für jeden Hinweis dankbar. Das Abgeschobene oder Menschen, die jeden Tag die Allmacht der Polizei spüren, nicht unbedingt klagen, hat im Verständnis von Rechtsstaat, das Einemann uns weis machen will, keinen Platz.

Wichtig war Einemann dann noch die Bemerkung, daß sein eigentlicher Kampf den Schleppern gelte. Die sind doch die eigentlichen Verbrecher, nehmen Flüchtlingen Geld ab und versprechen sie in blühende Landschaften zu führen. Dies verwirrte die aus dem Westen angereisten GenossInnen dann doch ein wenig. Dieses Berufsbild kam ihnen doch bekannt vor. Ob die 50% aus dem Westen rekrutierten Kräfte des BGS sich nicht daran erinnerten, daß es sich hier um Fluchthelfer handle. Eine Berufsgruppe von höchstem gesellschaftlichen Ansehen. Das bei den aus Ostbeständen Übernommenen ein gewisses Ressentiment bestehe, sei wegen der Indoktrination noch verständlich, aber die in Frieden und Freiheit Aufgewachsenen...

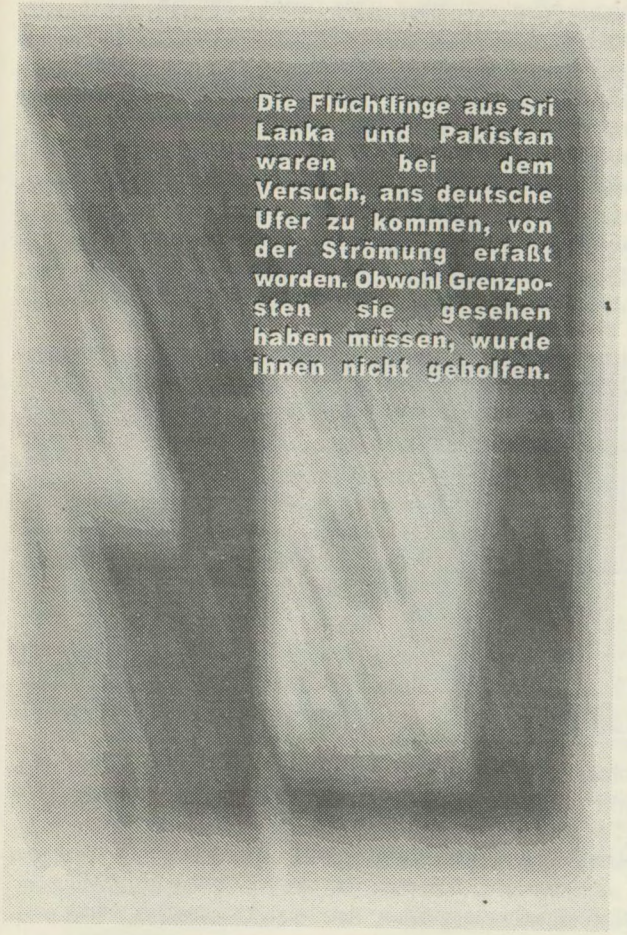
Blieb nur noch die Frage zu klären, wie das denn mit der Befragung der Flüchtlinge sei, bei der nicht nach Asyl gefragt wird. Da müßten wir wohl eine falsche Information haben. Zum Beweis wird einer der Stummen losgeschickt ein Formular zu holen. Als er wenig später wiederkommt, stellt der Chef nach einem längeren (suchenden) Blick auf das Formular fest, es sei das falsche. Ein richtiges ist leider doch nicht zur Hand, aber Chef Popp, der sich schon freut, unsere Bekanntschaft in Frankfurt zu machen, wird dann eines bereit halten. Um´s vorweg zu nehmen, auch das hat nicht geklappt.

Etappenziel Bad Muskau. Der BGS hat ein Massenaufgebot zusammengezogen, wie es die Eingeborenen noch nie gesehen haben. Da wir den Etappensieg aber knapp verpaßten, muß bei unserer Ankunft der Jubel schon vorbei gewesen sein. Trotz einem deutlichen zweiten Platz in der Mannschaftswertung hatte sich

schon Langeweile breit gemacht. (Blöde Heidelbeeren!)
Um die Enttäuschung zu verarbeiten, machten wir eine kleinere Nachtwanderung am Ufer der Neiße entlang. Die Landschaft ist recht idyllisch, aber in jedem Garten ein Hund und jeder dritte Hund völlig zur Bestie mutiert. Einer heulte in ohrenbetäubender Lautstärke mindestens eine halbe Stunde hinter uns her. Mitten in der Nacht! Vom BGS war abseits der Straßen nichts zu sehen. Nachdem der Schmerz gestillt und das Team neu eingeschworen war, wählten wir die Straße für den Rückweg. An einer Kreuzung tauchte plötzlich ein dunkelgrüner VW-Bus aus der Nacht auf und verreckte in der Kurve. Unterdessen gaben wir uns im Schatten eines Zaunes betont unauffällig. Als der Motor wieder heulte und der Fahrer das Fahrzeug auf unsere Höhe gesteuert hatte, schrie es aus dem Fenster: „Wassn hier los!"
Wir verließen den Ort des Geschehens schnellen Schrittes, blieben aber wenig später hinter einem Bauwagen stehen. Unter Fluchen verließen zwei Männer, zumindest mit Taschenlampen das dunkelgrüne Auto und liefen langsam in unsere Richtung, drehten aber kurz darauf wieder ab. Wenig später kam ein zweiter Bus, der dem ersten bis aufs Haar glich. Die beiden verschwanden im angrenzenden Waldstück, welches daraufhin in Hundegebell versank. Wir beendeten unsere Pause und setzten den Rückweg fort.
Nach einer Weile tauchte hinter uns wieder ein dunkelgrüner Bus auf. Dann tat er etwas unerwartetes. Er blieb, lange bevor er uns erreicht hatte, stehen und schaltete auf der nicht gerade kleinen Straße das Licht ab. Wir setzten unseren Weg unbeeindruckt fort. Plötzlich rast das dunkelgrüne Gefährt mit hoher Geschwindigkeit an uns vorbei, wendet weiter unten und kommt jetzt direkt auf uns zu. Als es uns erreicht springen zwei Männer raus, rennen auf uns zu, blenden uns mit Taschenlampen und brüllen: „Ausweis!" Wir verstehen nichts, bleiben aber trotz der bedrohlichen Situation erst mal ganz ruhig. Die schreien weiter das Wort Ausweis in verschiedenen Sprachen und werfen uns Nationalitäten zu. Das Ganze ist äußerst verwirrend, da der eine immerzu sagt: „Die nehmen wir mit, ganz klar, die nehmen wir mit!" Dazu kommt noch, daß sie unsere Schuhe anfassen. Faschos? Schuhräuber? Es stellte sich heraus, wir waren in eine Grenzkontrolle des BGS geraten, und was soll ich sagen, als sie herausbekamen, daß wir Deutsche waren, waren sie ziemlich sauer. Was uns nach alledem überraschte, sie waren in der Lage, vollständige Sätze zu sprechen.
Wir wurden aufgeklärt, daß es unsere Pflicht gewesen wäre, unsere Ausweise, die einer langwierigen Funküberprüfung unterzogen wurden, sofort zu zeigen. Was blieb uns, als zu versichern, daß wir Touristen mit den örtlichen Gepflogenheiten nicht so vertraut sind und wenigstens den Ruf „BGS!" erwartet hätten. Wir wüßten gar nicht, was hier los sei! „Die gehen doch alle stiften, während ich 'BGS' rufe." Im unsachlichen Teil der Unterhaltung wurde uns „undeutsches Aussehen" attestiert, sonst wäre das alles gar nicht passiert, wir konterten damit, die Beamten hätten gut Faschos sein können, was ein müdes Lachen hervor rief. Fazit: Mit Leuten wie uns macht der Job als Grenzer keinen Spaß! - „Ach! Mit was für Leuten macht´s denn Spaß?" - (Schluckt die Illegalen runter.) „Na mit Leuten, die mit uns kooperieren!"
Der Rest des Heimwegs verlief, abgesehen von einer auf polnischer Seite gezündeten Leuchtspur und den unvermeidlichen Hunden, friedlich.
Am nächsten Morgen wälzte sich eine nicht abreißen wollende Menschenschlange über die Brücke am Grenzübergang, die in der Nacht so verlassen gewesen war. Wer sich vom Strom der SchnäppchenjägerInnen mitreisen ließ, konnte am anderen Ufer das Ziel der Begierden besichtigen. Ein teilweise völlig überdachter Markt für Lebensmittel, Gartenzwerge, Sachen, röhrende Hirsche, Volksmusik und dergleichen mehr. Kaum EineR der GrenzgängerInnen verirrt sich hinter den Markt. Eine Situation, wie sie typisch ist entlang der Grenze. Unterdessen gibt die Theatergruppe unserer Tour Szenen zur Grenze, zur Bürokratie und zum BGS zum Besten. Doch die Blicke derer, die ihren eben erworbenen Gartenzwerg in Sicherheit bringen wollen, bleiben starr gerade aus gerichtet. Per-

sönlich angesprochen, ob sie nicht vielleicht ein paar Informationen zu der Grenze wollen, die sie gerade so selbstverständlich passierten, antworten sie mit einem knappen „Nein!".

sollte, in der Tat aber nur ein kleiner Platz mit vertrocknetem Springbrunnen neben einer Kaufhalle war, eine kurze Kundgebung mit Redebeiträgen zu unserer Tour und den 1994 bei Forst in



Die Flüchtlinge aus Sri Lanka und Pakistan waren bei dem Versuch, ans deutsche Ufer zu kommen, von der Strömung erfaßt worden. Obwohl Grenzposten sie gesehen haben müssen, wurde ihnen nicht geholfen.

Die nächste Station war Forst. Auf dem Weg dorthin begleiteten uns die Zivis sogar über Feldwege und auch die Präsenz uniformierter Kräfte wurde stärker. In Forst selber fand an einer Stelle, die wohl das Stadtzentrum sein

der Neiße ertrunkenen Flüchtlingen statt. Die Flüchtlinge aus Sri Lanka und Pakistan waren bei dem Versuch, ans deutsche Ufer zu kommen, von der Strömung erfaßt worden. Obwohl Grenzposten sie gesehen haben müssen, wurde ihnen nicht geholfen. Später versuchte der BGS die ganze Sache zu vertuschen. Nur durch die Hinweise polnischer Behörden bei einer Vermißtenrecherche einer antirassistischen Gruppe, kam die ganze Sache an die Öffentlichkeit. Einer der Ertrunkenen, ein tamilischer Flüchtling, wollte sich zu seinem Vater nach Nordrhein-Westfalen durchschlagen, wo er aufgrund der politischen Situation in Sri Lanka eine Duldung erhalten hätte. Zu den Ereignissen gibt es eine sehr bewegende Fernsehdokumentation. Die Forster Bevölkerung zeigte kaum Interesse. Auch nicht als die Theatergruppe zum zweiten Mal an diesem Tag versuchte, mit ihrem Straßentheater eine andere Art von Kommunikation aufzubauen.

Eigentlich sollte in Forst an diesem Tag noch eine Gedenktafel für die Ertrunkenen am Brückenkopf eines ehemaligen Übergangs über die Neiße angebracht werden. Aber der Stadtrat, hatte dies untersagt, weil angeblich erst noch die Eigentumsverhältnisse der zerstörten Brücke geklärt werden müßten. Als wir zu dem Bestimmungsort der Tafel kamen, war dort schon jede Menge BGS. Während sie die Autos in ca. hundert Meter Entfernung parkten, stellten sich vier BGS-Bullen, unter ihnen der Kontaktbulle Einemann, grinsend auf den Brückenkopf. Es war absolut widerlich, wie diese Typen in ihrer Uniform, die dafür steht, daß Flüchtlinge an dieser Grenze in den Tod getrieben werden, die Arroganz der Macht zelebrierten.

Es sind Fälle bekannt, in denen Grenzstreifen des BGS Flüchtlinge mit den Worten, „Ihr könnt hier nicht raus!", zurück in den Fluß schickten. In der lokalen Presse gab es darüber hinaus Berichte von Gemeinden, die Ertrunkene mit Bohnenstangen in den Fluß zurück stoßen, um nicht für die Beerdigungskosten aufkommen zu müssen. Die Zahl der in den Grenzflüssen Ertrunkenen dürfte damit um einiges die offiziellen Statistiken übertreffen.

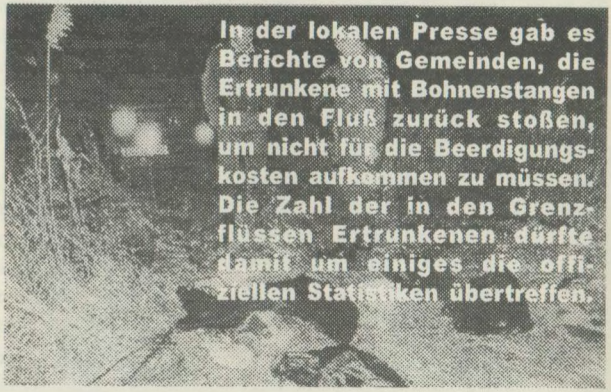
Bis zu unserem Nachtquartier etwas außerhalb von Forst folgten uns die uniformierte Polizeischergen. Mit großem Aufwand wurden wir bis zum nächsten Mittag offensiv observiert. Offensichtlich schätzen die Ordnungskräfte die Situation an der Grenze als so brisant ein, daß unabhängige Beobachtungen verhindert, die Beobachtenden aber zumindest eingeschüchtert werden sollen. Auch auf dem Weg nach Guben änderte sich nichts an der massiven Belästigung durch die Polizei.

Nachdem wir von Guben aus die Einsatzleitung verständigten, daß wir uns durch die Polizeipräsenz belästigt fühlten, hielten die Bullen etwas mehr Abstand, verfolgten aber weiter jede Gruppe. So kam es vor, daß drei Leute von fünf Bullen beobachtet wurden. Kein Waldweg war zu holprig, keine Situation zu blöd: Selbst beim Baden wachte das Auge des Gesetzes wachsam. Die Begründung war zuerst die Verkehrssicherheit und als das zu abstrus wurde, mußte uns Schutz vor nichtexistenten Faschisten gewährt werden.

In Eisenhüttenstadt befindet sich die einzige Zentrale Aufnahmestelle (ZASt) in Brandenburg, die hier Zentrales Asylbewerberheim (ZABH) genannt wird. Die ZASt ist am Stadtrand neben einem Neubaugebiet in einer ehemaligen Bullenkaserne untergebracht. Sie ist von einem martialisch wirkenden Zaun umgeben. Angeblich wurde er zum Schutz der Flüchtlinge aufgestellt, nachdem es im Herbst 1992 Überfälle von Faschos gegeben hatte. Am Eingangstor gibt es ein Häuschen mit Wachpersonal. Sie kontrollieren den Eingang und bedienen den elektronischen Türöffner.

Es gab eine Führung übers Gelände mit dem Leiter Lorsch und seiner Vertreterin Neumann: „Sicherheit ist oberstes Gebot." Seit 1990 sind der BOSS Sicherheitsdienst und die PETER Wohnheimbetreuung für sie ZASt zuständig. Monatlich werden hier ca. 350 Menschen „aufgenommen". ungefähr 20-40% werden wegen der „sichere Drittstaatenregel" zurückgeschoben. Flüchtlinge aus Bulgarien und Rumänien erhalten auf ihr Asylbegehren meist den Vermerk „offensichtlich unbegründet". Damit werden auch sie sofort abgeschoben. Kurden werden in die Kreise verteilt und erhalten unter Umständen eine Duldung. Flüchtlinge aus der GUS werden gleich nach Mecklenburg-Vorpommern weiter verteilt.

Ein Besuch der ZASt ist nur mit einem Passierschein möglich, für den wiederum ein konkretes Besuchsanliegen nötig ist. Die Flüchtling haben seit 1991 Chipkarten, die als Heimausweise dienen. Die Flüchtlinge sind dazu gezwungen, die Karten immer bei sich zu tragen. Bei jedem Betreten oder Verlassen der ZASt oder ihrer Bereiche, wie Kleiderkammer, Sanitätsraum, Ämter, müssen sie die Karten in ein Lesegerät stecken. Ohne die Chipkarten gibt es kein Essen, kein Taschengeld etc. (Ansonsten gibt es in Brandenburg für alle ausschließlich Sachleistungen.) Die Flüchtlinge waren von der ständigen Kontrolle sehr genervt, die durch



In der lokalen Presse gab es Berichte von Gemeinden, die Ertrunkene mit Bohnenstangen in den Fluß zurück stoßen, um nicht für die Beerdigungskosten aufkommen zu müssen. Die Zahl der in den Grenzflüssen Ertrunkenen dürfte damit um einiges die offiziellen Statistiken übertreffen.

einen zentralen Computer jederzeit nachvollziehbar machen, wo sich die Chipkarteninhaber aufhalten und was sie gerade machen.

In der ZASt leben derzeit etwa 300 AsylbewerberInnen, hauptsächlich allein reisende Männer. Es gab nur wenige Familien und ungefähr 15 allein reisende Kinder im Alter von bis zu 16 Jahren. Die Flüchtlinge kamen aus arabischen Staaten, Schwarzafrika, Vietnam, Rumänien und er Türkei. Die Leitung behauptet, daß sich Flüchtlinge durchschnittlich sieben Tage in der ZASt aufhalten, bevor über ihr weiteres Schicksal bestimmt wird. Flüchtlinge zeigten uns jedoch ihre Chipkarten und beschwerten sich darüber, daß sie schon seit Monaten in Eisenhüttenstadt schmorten.

Ein Teil der ZASt ist die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE), ein Neubau, gebaut nach dem großen Andrang 1992. Auffällig sind Trennwände aus Plexiglas zwischen den AntragstellerInnen und den BeamtInnen. Sie würden „dem Sicherheitsbedürfnis des Personals entsprechen", denn „Leute, die hier ankommen, sind nicht ganz gesund". Dies führt allerdings zu keinen Vorkehrungen gegen Ansteckung unter den Flüchtlingen.

Auch eine Außenstelle des Bundesamtes für die Ablehnung ausländischer Asylbewerber ist auf dem Gelände. Warum wir es nicht besichtigen konnten, blieb unklar.

Im Sanitätsraum werden alle Flüchtlinge auf TBC und Hepatitis untersucht. Ursprünglich gab es auch HIV-Tests, die jetzt aber nicht mehr gemacht werden. Behandelt wird in der ZASt niemand. Nur akut Erkrankte bekommen einen Krankenschein und werden an eine Ärztin in der Stadt überwiesen. Eine Behandlung erhält aber nur, wer dem Land Brandenburg auch zugeteilt wurde.

Zur Kleiderkammer kommentiert ein Flüchtling: „schöne Boutique hier". In der Kleiderkammer gab es neue Standardbekleidung für bedürftige Männer, Frauen und Kinder. Im Sommer stehen ihnen Sachen im Wert von 130,-DM im Winter von 200,-DM zu. Ansonsten gibt es in Eisenhüttenstadt auch Kleiderkammern.

Als Beispiel für die Unterkünfte bekommen wir nur einen leerstehenden Neubau zu sehen. Gleichzeitig ist Haus 7 überbelegt. 5 Leute sind in ein Zimmer gequetscht. die sanitären Anlagen sind kaputt, im Herbst stehen Rekonstruktionen an. Doch eine Unterbringung in dem Neubau lehnt die Betreiberfirma ab, weil sie auf einer räumlichen Trennung der Ethnien, alleinstehender Frauen und Kinder besteht. Und überhaupt, die Flüchtlinge beschweren sich angeblich gar nicht.

Außerdem verfügt die ZASt noch über ein Café, die Mensa und einen Kindergarten. Beim Personal der ZASt fällt auf, das es immer von „dem Flüchtling" als einer zu verwaltenden Sache spricht. Leiter Lorsch findet die ZASt „praktisch für die unwissenden Asylbewerber, denn hier ist alles an einem Platz". Die Flüchtlinge sehen das anders. Sie sind isoliert. Außerhalb der ZASt sind sie permanenten Bullenkontrollen ausgesetzt. Ein Algerier, der den Namen des Bullen erfahren wollte, der ihn zum x-ten Mal kontrollierte, ist von diesem statt einer Antwort zusammengeschlagen worden.

Die Beratung zum Asylverfahren leisten zwei MitarbeiterInnen der Caritas mit DolmetscherInnen. Es gibt auch SozialarbeiterInnen in der ZASt, denen aber untersagt ist, den Flüchtlingen irgend etwas zu sagen, was ihnen im Asylverfahren helfen könnte.

Am nächsten Tag erreichten wir, trotz unmenschlicher Hitze, Frankfurt. Den Abstecher zur BGS-Kaserne, den wir eigentlich angekündigt hatten, ließen wir aufgrund unserer Erfahrungen während der Tour ausfallen. Statt dessen schickten wir nur ein Dokumentationsteam vorbei, das ein Interview mit dem BGS-Chef Popp aufnahm. In der Innenstadt gab es zur Begrüßung eine illegale Grenzüberschreitung per Schlauchboot. Die Hüter des Gesetzes taten aber so, als bemerkten sie nichts. Am folgenden Tag endete die Tour mit einer von den FrankfurterInnen organisierten Demonstration gegen die Grenze und den BGS.

Radsportaktiv der Antirassistischen Gruppe - unterstützt von GöttingerInnen

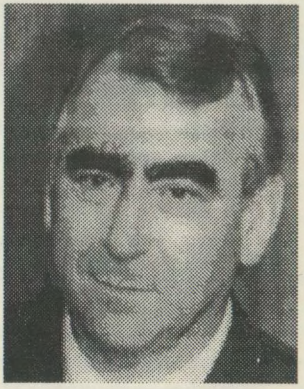
Während der Tour wurden Interview- und Videodokumentationen gemacht. Ein Reader zur Tour ist in Vorbereitung.

Kill Our Troops!

Die deutsche Luftwaffe über Bosnien im Einsatz. Diese Meldung ist weder Zukunftsmusik noch historisch, sie ist aktuell. Bis zu diesem Zeitpunkt steigen die ECR-Tornados der Bundeswehr zwar „nur" zu Übungsflügen über Bosnien von der italienischen Adriaküste auf, dafür stehen aber die Bodentruppen im kroatischen Split und betreiben dort ein Feldlazarett. Mit einem humanitären Einsatz hat das aber überhaupt nichts zu tun. Seit dem ersten großen Out of Area Einsatz der Bundeswehr in Somalia hat sich das Klima in der Bundesrepublik schon soweit in Richtung Kriegseinsätze verschoben, daß diese Verschleierung nicht mehr nötig ist. Am 30. Juni beschloß der Bundestag mit 386 gegen 258 Stimmen bei 11 Enthaltungen den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr seit ihrem Bestehen.

Damit sind erneut entscheidende Tabus, die in der BRD aufgrund der Lehren aus zwei Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgingen, aufgestellt wurden, gefallen. Als in den fünfziger Jahren die Wiederbewaffnung beschlossen wurde, geschah dies nicht gegen Widerstände und aus der konkreten Situation des kalten Krieges heraus. Die Bundeswehr war damals nicht anders denkbar, als daß sie ein Teil der NATO und für den Einsatz in Mitteleuropa bestimmt, also eine (wenn auch offensive) Verteidigungsarmee sei. Entsprechend sah die Verfassung auch nur Abwehr von Gefahren für die „Sicherheit Deutschlands" vor. Die Forderung nach Out of Area Einsätzen war unvorstellbar. Bereits im Zuge des Somalia Einsatzes wurde dieses inzwischen lästig gewordene Erbe durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgehebelt. Das Grundgesetz das in Artikel 87a Absatz 2 sagt: „..Außer zur Verteidigung dürfen Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit das Grundgesetz dies ausdrücklich zuläßt..", wird nun in „Ausnahmefällen" und auf Beschluß des Bundestages zu sogenannten „friedenserhaltenden oder friedensschaffenden Maßnahmen" in der ganzen Welt außer Kraft gesetzt. Seit dem 30. Juni ist klar, daß dabei auch die historische Rolle deutscher Soldaten kein Anlaß ist, einzuhalten. Damit feiert die militärische deutschen Außenpolitik nur fünfzig Jahre nach ihrer - aus gutem Grund völligen - Vernichtung fröhlich Urstände.

Es ist offensichtlich, daß es sich hierbei um ein konzeptionelles Vorgehen handelt. Dessen Perspektiven mal mehr, mal weniger deutlich auch von führenden Politikern der BRD gezeichnet werden. So schreibt Bundesfinanzminister Theo Waigel (CDU) unter der Überschrift „Für eine selbstbewußte Vertretung deutscher Interessen" in der Süddeutschen Zeitung vom 21.4.95: „..Es geht nun darum, die im Maastrichter Vertrag beschlossene gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik von einem intergouvernementalen Ansatz (d.h. Zusammenarbeit der EU-Regierungen - d.A.) zu einer supranationalen (d.h. über dem nationalen Rahmen organisierten - d.A.) europäischen Außenpolitik (...) weiterzuentwickeln. Vorstellbar wäre als institutionelle Neuerung ein »Europäischer Strategierat«, in dem sich die Außen- und Verteidigungsminister zusammen mit den Finanz- und Wirtschaftsministern auf ein gemeinsames Handeln der EU verständigen. Auf diese Weise würde das gewachsene Gewicht der EU in der Weltpolitik und Weltwirtschaft wirksamer zur Geltung kommen.." Was an dem von Waigel beschriebenen „Europäischen Strategierat" supranational ist, wird wohl sein Geheimnis bleiben. Viel eher ist zu erwarten, daß mit diesem Instrument die starken



"..Deutschland muß handlungsfähig sein, damit wir als Partner in Europa und in aller Welt ernst genommen werden.." Theo Waigel - Genau!!! Bravo Theo!

Mitgliedsstaaten der EU Einfluß auf außen- und auch militärpolitische Potentiale der gesamten EU bekommen. In diesem Zusammenhang ist auch die Stärkung des europäischen Militärbündnisses WEU zu sehen.

Wer den Ton in der EU angeben soll, ist auch klar, wenn Waigel für die europäische Einheit von „strengen Regeln" spricht, andererseits aber ein „Europa verschiedener Geschwindigkeiten" favorisiert. „Der langsamste Mitgliedsstaat darf nicht die Geschwindigkeit des europäischen Integrationsprozesses diktieren." Der schnellste schon, was dann die Konzeption eines Kerneuropas zur Folge hat, das die Regeln für alle festlegt. In diesem Sinn ist die Rede von einem Großmachtstreben der BRD-Eliten nicht ein Widerspruch zum EU-Gedanken, der wie Waigels Rede vom „Europäischen Strategierat" deutlich macht, vom neurechten „Europa der Vaterländer" bestimmt ist. Mit dem „gewachsenen Gewicht der EU" findet auch eine zunehmende Ablösung von der UNO, vor allem auch bei Militäreinsätzen, statt. Waigel dazu: „..Die Allianz muß die notwendigen Lehren aus dem Bosnien-Engagement ziehen. Sie kann nicht nur Ausführungsorgan anderer mit unbefriedigender Wirksamkeit sein. In Zukunft sollte die NATO nur dann im Auftrag des UN-Sicherheitsrates handeln, wenn die politische Zielsetzung von allen Bündnispartnern akzeptiert wird, wenn es ein durchführbares militärisch-operatives Konzept gibt und die Allianz dafür die Kräfte und Mittel ungehindert entfalten kann.." Daß damit nicht der Verzicht auf militärisches Engagement gemeint ist, wird deutlich, wenn die Aufgaben der NATO „im engen Zusammenwirken mit UN, EU, WEU und OSZE" neben der Verteidigung in „vorbeugende(r) Demokratie und Vertauensbildung, Stabilitätstransfer nach Mittel- und Osteuropa und in Krisenregionen jenseits ihres Vertragsgebietes sowie gemeinsame(r) Krisenbeherrschung" gesehen werden. Was mit „Stabilitätstransfer" und „Krisenbeherrschung" gemeint ist, hat die Bundesregierung in Jugoslawien schon exzellent vorexerziert, als sie mit ihrer Anerkennungspolitik gegenüber Slowenien und Kroatien, die dortige Krise nicht nur stabilisierte sondern in großem Maße auch noch inszenierte. Dies ist auch ein gutes Beispiel, wie Bedingungen geschaffen werden, die Waigel als Voraussetzung für den Einsatz deutscher Berufs- und Zeitsoldaten sieht: „..Die Gefahr für Deutschlands Sicherheit, für die Stabilität Europas oder für den internationalen Frieden..".

Damit hat die Bundeswehr ein breiteres Aufgabengebiet, als es die Armee der Großmacht USA für sich während des kalten Krieges in Anspruch nahm. Nachdem die politischen und juristischen Möglichkeiten geschaffen wurden, steht das Verteidigungsministerium allerdings vor technischen Problemen. Immerhin wurden die Streitkräfte bis 1989 nicht für sogenannte „Krisenreaktionseinsätze" ausgerüstet. Aber auch auf der Hardhöhe wurde erkannt, daß die Zukunft der seit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus überflüssig gewordenen Bundeswehr im Ausland liegt. Entsprechend wird bei Etatplanungen kräftig umgewidmet und auch betrogen. So wurde die Mannschaftsstärke für den 95er Haushalt mit 370.000 angegeben, der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, gab aber schon im September 1994 die Ist-Stärke mit 355.000 an. Es ist aber keine Truppenverstärkung geplant. Im Gegenteil, nach Angaben von Bundeskriegs-

bundesdeutsche Tornados nicht mehr nur auf Übeungsflügen über unserer schönen Heimat, sondern auch mal da, wo´s abgeht

minister Volker Rühe soll 1996 mit einem Truppenabbau auf 340.000 begonnen werden. Durch die falschen Zahlen schafft sich das Kriegsministerium zusätzliche Personalkosten, die in neues Material investiert werden. Auch die schon zum Kauf geplanten Kriegsgeräte werden entweder gemäß der im Weisbuch des Ministeriums von 1994 festgeschriebenen Priorität der „Ausrüstung der Krisenreaktionskräfte" umgeplant oder nur in wesentlich kleinerer Stückzahl gekauft. Die Landesverteidigung, also ihr zentraler Verfassungsauftrag, gerät in der Planung der Bundeswehr immer mehr zur Nebensache. Entscheidend werden die „Krisenreaktionskräfte", die in der Verfassung gar nicht vorgesehen sind.

Als Legitimation für die Umrüstung und den Einsatz der Bundeswehr müssen immer wieder angebliche Rufe der „Bündnispartner" nach deutscher Unterstützung herhalten. Gelang es der Bundesregierung bei Somalia durch verstärkten diplomatischen Druck eine solche Bitte zu erhalten, so ist im Jugoslawien-Konflikt niemand in irgendeinem internationalen Bündnis an einem Kampfeinsatz deutscher Soldaten interessiert. Die Legende, die Bundeswehr ECR-Tornados würden dringend benötigt, wenn die UN-Blauhelme abziehen, ist eine reine Propagandalüge. So verfügen auch die USA über ECR-Tornados, die auch schon in Bosnien eingesetzt wurden. Entsprechend zurückhaltend reagierten alle möglichen „Bündnispartner" auf die versteckten von der FAZ veröffentlichten Angebote von Rühe und Bundesregierung, die „Offenheit" für die Bitten um militärische Unterstützung forderten, die Rühe am 31.5. „bald" erwartete und die Bundesregierung am 1.6. für den 3.6. „nicht ausschloß". Trotz dieser deutlichen Signale und der Tatsache, daß das Kabinett sowohl am 13.6. als auch am 21.6. wegen fehlender Anfragen keine deutsche Militärunterstützung beschloß, gab es nicht einmal eine Diskussion über die mögliche Rolle deutscher Truppen beispielsweise bei der gemeinsamen „schnellen Eingreiftruppe" von Frankreich und Großbritannien. Sollten die „Verbündeten" wirklich ein Interesse an einer deutschen Militärbeteiligung gehabt haben, so hätte die französische Regierung, die nach Angaben Rühes das deutsche Militärangebot (!) positiv aufgenommen hatte, spätestens für den 21.6. für eine offizielle Bitte gesorgt. Statt dessen war die einzige Reaktion auf das verstärkte Drängen der Bundesregierung eine Mißstimmung während des Treffens der NATO-Kriegsminister in Brüssel am 8. Juni. Trotzdem beschloß das Bundeskabinett am 26.6. die Vorlage für die Bundestagssitzung am 30. Juni. Damit entstand ein Vorratsbeschluß, der bis zu diesem Zeitpunkt immer abgelehnt worden war. Die Reaktion am 27. Juni ist verhalten. Lediglich ein Sprecher des Außenministeriums in Paris begrüßt die Entscheidung.

Daß die Kriegspläne der Bundesregierung trotz offensichtlicher Ungereimtheiten den Bundestag passierten, erklärt sich inzwischen auch dadurch, daß selbst entscheidende Teile der Grünen, wie die Sprecherin des Bundesvorstands Christa Sager oder der Fraktions-

US-Satelliten-Aufnahme angeblicher Massengräber. Die Erde an den Baumreihen (Pfeil) ist frisch aufgeschüttet.

chef im Bundestag Joschkar Fischer, wie viele außerparlamentarische linke Intellektuelle (Bubis, Habermas) für eine militärische „Lösung" bzw. „hartes Durchgreifen" plädieren. Ihre Begründung, sie müßten Verantwortung übernehmen, damit auf dem Balkan eine stabile Situation entstünde, macht das Ausmaß ihrer Verwirrung deutlich. Vergessen sind die Lehren aus der Geschichte, daß es nichts Gutes ist, wenn deutsche Außenpolitik der ganzen Welt militärisches Heil bringen will. Dafür orientieren sich die KriegstreiberInnen lieber an der Schuldfrage, die es erlaubt, eindeutig gegen die Serben Stellung zu beziehen. Dabei bedurfte es weder der kroatischen Offensive, bei gleichzeitiger Ablehnung aller Friedensgespräche, noch der pro-serbischen Gegenpropaganda, welche die junge Welt gegen den herrschenden Nachrichtenmainstream druckt, um zu erkennen, daß bei den ethnischen

Konflikten, in denen sich langjährige Nachbarn plötzlich als Todfeinde gegenüberstanden, nicht einfach die Guten gegen die Bösen kämpften. Aber daß die meisten Kriegsberichte aus Kroatien um die Welt geschickt wurden, blieb nicht ohne Wirkung. Und so kann die US-Regierung jetzt, wo riesige Flüchtlingstrecks von Serben vor der kroatischen Armee fliehen, Satellitenaufnahmen präsentieren, auf denen zwar nichts zu erkennen ist, die aber eindeutig beweisen, das serbische Soldaten, Massenerschießungen durchführten.

Die Friedensbewegung hat dem nichts mehr entgegenzusetzen. Am 1. September demonstrieren Friedensbewegte mit offenen BefürworterInnen militärischen Eingreifens zusammen in Berlin für ein schnelles Ende des Krieges in Jugoslawien. Offensichtlich ist dabei egal, wie dies durchgesetzt wird, wenn nur am Ende die Kämpfe aufhören, also Frieden herrscht. Verwunderlich ist nur, daß die meisten der DemonstrantInnen die Bombenabwürfe auf Dresden zur schnelleren Beendigung des zweiten Weltkriegs als unmenschlich verurteilten, aber das ist wahrscheinlich eine ganz andere Geschichte.

Was jetzt nur noch helfen kann, ist, daß die high-tech Tornados abgeschossen werden und möglichst bald möglichst viele deutsche SoldatInnen in Zinnsärgen heimkehren. Aber solche Wünsche sind wohl nicht mit den Idealen der Menschlichkeit vereinbar, oder etwa doch?

Amo

Elsässer bleibt deutsch

oder

Grüße an die Anti-Nationale Heilsfront (Front Antinational de Salut)

Der 8.August 1995 ist inzwischen Geschichte. Ein weiteres Stück antinationaler Geschichte, versteht sich. Die Anti-Nationale Heilsfront (im Folgenden frei nach der algerischen FIS mit dem Kürzel FAS) hatte zu einer interessanten Veranstaltung eingeladen, auf der uns wieder einmal die „deutsche Sonderrolle in ex-Jugoslawien" erklärt werden sollte. „Sonderrolle"- Wir deutschen (Linken) sind also etwas Besonderes!

Ehrenmufti el-Sässer von der FAS saß ein wenig erhöht auf einer Art Ersatzpodium und dozierte über den Jugoslawienkrieg; es mußte nun endlich die letzte Muslim-Freundin und der letzte Kroaten-Freund kapiert haben, daß es auf dem Balkan **doch** eine gute Partei gibt - die der Serben! Vier Jahre Ethnologie-Studium und ich fahr´ auf die Konfliktanalyse mittels ethnischer Brille voll ab! Was anderes versteh´ ich sowieso nicht.

Die Kroaten sind schlecht, weil: sie sind Katholiken und sie sind alle Ustascha-Faschisten. Die Muslime sind schlecht, weil: jeder Muslim ist ein potentieller fundamentalistischer Ajatollah und übrigens bestehen die Muslime darauf, ein *Volk* zu sein, was nach Elsässer schlicht „Quatsch" ist. Die Serben schließlich sind gut, weil sie eine schlagfertige Partisanenarmee gegen die deutschen Faschisten aufgestellt haben und auch noch Erfolg hatten. Übrigens war Tito Kroate, aber das ist so irrelevant wie die Tatsache, daß meine Hausbesitzerin Deutsche ist. Zumindest, wenn ich Elsässers Spruch „..Der Unterschied zwischen Kroaten und Serben ist gerade mal so groß wie der zwischen Ossis und Wessis.." konsequent anwende.

Elsässers Geschichtsbild beeindruckt mich immer wieder. Er voll-

Dienstreise nach Süden - Picknick im Fliegerhorst

bringt doch tatsächlich das Kunststück, Weltgeschichte als deutsche Geschichte und das so historisch kontinuierlich wie möglich zu betrachten. In der linken Tradition des Germanozentrismus stehend, ist alles Unglück auf der Welt von zwei Faktoren abhängig: dem völkischen deutschen Nationalismus und dem deutschen Kapital. Na bitte - Deutschland ist also nicht *auf dem Weg zur Weltmacht*- es ist eine Weltmacht! Damit erklärt sich auch, warum eine Handvoll DemonstrantInnen durch Leipzigs Innenstadt zieht und ruft: „Deutschland hat nur eine historische Mission: Deutschland, halt´s Maul!" So einfach ist das! Ich bin begeistert! Da predigt der charismatische Elsässer, wie bereits das wilhelminische Deutschland durch die gezielte Unterstützung völkischer und separatistischer Tendenzen auf dem Balkan einerseits, jungtürkischer Großmachtbestrebungen andererseits zu Mord und Totschlag beigetragen hat. Das ist durchaus richtig bemerkt, *aber ein wenig einseitig.* Und dann wäre da Elsässers „Analyse" des Tschetschenien-Konflikts, bei dessen Bewertung ausschlaggebend ist, daß tschetschenische Kräfte in den 40er Jahren mit Hitler kollaboriert haben. Auch dieser Verweis ist historisch nicht von der Hand zu weisen, *aber eben ein wenig einseitig* dargestellt. Und genau das ist Elsässers Art, „Geschichte" zu schreiben. Im Sinne der eigenen, anti-deutschen Debatte werden wesentliche Ereignisse und Entwicklung einfach ausgeblendet oder umgedeutet. Die Rolle von britischen, französischen, amerikanischen und russischen Imperialismen wird entweder unterschlagen oder als genuin positiv dargestellt. So, als hätten zuerst deutsche und erst viel später französische und britische Agenten, Missionare und Konsuls sich im Osmanischen Reich herumgetrieben. So als seien tschetschenischer Nationalismus, Separatismus und Religiösität diesem „Bergvolk" wesenseigen und nicht etwa eine Reaktion auf den großrussischen Nationalismus in seiner mal christlich-orthtodoxen mal säkularen Ausprägung. Aber im Grunde genommen haben die Tschetschenen eh nix zu melden, denn: *„..Tschetschenien ist ein Teil des russischen Staates, so wie Kreuzberg Teil des deutschen ist, und zum Recht jedes Staates gehört die Durchsetzung seiner vollen Souveränität innerhalb seiner Grenzen.."* (Elsässer: "Keine Träne für Tschetschenien". in: Wenn das der Führer hätte erleben dürfen.) Nun, Elsässer bleibt es schuldig, uns die hunderttausenden nach Mittelasien deportierten Kreuzberger zu zeigen. Aber da wird ihm schon eine Ausrede einfallen.

Bildunterschrift zum selber machen (Bitte das Richtige ankreuzen!):
○ Das sind die Guten *○ Das sind die Bösen*

Was mich an des Elsässers Predigt am meisten gestört hat, war sein permanentes Selbstlob: „..Die Junge Welt ist die einzige linke Tageszeitung, die...", ja, die nicht laut genug aufheulen kann, wenn von FAZ bis TAZ die Kriegspropaganda mit Begriffen wie „Genozid", „ethnische Säuberungen" und „Rampe von Srebrenica" operiert. Der Witz dabei ist, daß genau so wie die Junge Welt-Anti-Kriegspropaganda die ethnische Brille nicht abnehmen kann, sie durch eigene Wortschöpfungen ihren Beitrag leistet, zur Relativierung der Verbrechen des NS-Regimes. „Die Moslem-Lüge", „Ab 5 Uhr 15 wird zurückgeschossen" u.ä. Wenn die deutschen Hof-Medien von Verschleppten und „ungewissen Schicksalen" nach dem Fall von Srebrenica sprechen, hält die Junge Welt dieser pro-muslimischen Propaganda die authentischen

Worte von holländischen Blauhelm-Soldaten entgegen: Den Moslems kann man nicht trauen, aber die Serben haben an die Bevölkerung Zigaretten verteilt. - Na bitte, die Welt ist doch in Ordnung, wir haben Verbündete unter den Blauhelmen!

Es ist schon grotesk, was eine linke Tageszeitung in den 90er Jahren zu bieten hat: Wenn es um Kategorien wie Ethnie, Volk und Nation geht, wird uns versichert, dies wären Konstrukte: alles Strategie der Herrschenden und das Produkt nationalistischer Akteure, die nicht wissen, was sie tun. Und die Massen, sie fallen drauf rein, anstatt zu erkennen, daß sie alle Individuen sind. Ich müßte auf den Kopf gefallen sein, wenn ich nicht annehmen würde, daß Ethnie, Rasse, Volk aber auch Klasse Ordnungsmodelle sind, mit denen das Recht über materielle und politische Ressourcen gesichert wird oder erlangt werden soll, und die zwischenmenschliche sowie Beziehung zwischen vermeintlich verschiedenen sozialen Gruppen regeln. Aber Elsässer muß auf den Kopf gefallen sein, wenn er nicht begriffen hat, wozu Kategorien, Begriffe etc.

erfunden werden und daß sie in einem bestimmten gesellschaftlichen und historischen Kontext zur Erklärung von Phänomenen, Prozessen und Zusammenhängen dienen und: daß sie zur Konstruktion neuer Wirklichkeiten dienen (können). Und Elsässer ist auf den Kopf gefallen, wenn er meint, „objektiv" und positivistisch mit Kategorien jonglieren zu können und dabei ignoriert, daß sich Gruppen durch ein „Wir"-Bewußtsein in Abgrenzung zu vermeintlich „anderen" definieren. Und dieses „Wir"-Gruppen-Bewußtsein als Prozeß ist nicht nebensächlich oder eine Konzession an verirrte „Völkerschaften", die für sich das „Selbstbestimmungsrecht" á la UNO-Charta einklagen, sondern ein zentraler Aspekt, wenn wir z.B. über bosnische Muslime sprechen. Alles andere wirft die Sozialwissenschaft um Jahrzehnte zurück!

Gäbe es Elsässer nicht, hätten wir beim Frühstück nichts zu lachen! Eine köstliche Angelegenheit ist seine offensichtliche Paranoia, wenn es um Muslime geht. An jenem Abend malte Elsässer eine schreckliche Vision an die Wand: zwischen Balkan und den Erdölquellen im Kaukasus entstehen bald „lauter kleine Kalifate", die, von Ankara protegiert, die nach Deutschland führenden Pipelines bewachen werden. Bemerkenswert wie Elsässer mit Begriffen aus dem universal-geschichtlichen Nähkästchen umherwirft. Er hätte ja auch von „Emiraten" sprechen können, aber das gibt die religiöse Bedeutung, auf die es Elsässer ankommt, nicht wieder. Elsässers Islam-Bild steht dem christlich-guten-abendländischen des Mittelalters in nichts nach. Weil Izetbegovic für islamisch-fundamentalistische Propagandaschriften im serbisch-antifaschistischen Knast war und jetzt für die Errichtung eines Gottesstaates in Bosnien steht..., weil die Islamische Heilsfront (FIS) in Algerien nur durch Terror von sich Reden macht..., weil die palästinensische Hamas den einzigen Nationalstaat mit Existenzberechtigung, nämlich Israel (vgl. Konkret-Artikel: Nationalrevolutionär) bedroht, deshalb sind Muslime generell fundamentalistisch und ihre Frauen tragen lächelnd Kopftücher. Ich sehe das bestimmt auch so. Wurden ich und meine Freunde doch neulich in der Mensa von einem algerischen Migranten als „Kinder Hitlers" belächelt.

Ja, ja, wer kommt schon mit seinem Erbe zurecht.

Und weil das so schwierig ist, braucht der Mensch Orientierung, Erklärung, Trost, Symbole, kurz: Religion und/oder Ideologie. Die

Grenzen zwischen beiden Kategorien sind oft fließend und es ist eine Frage der theoretischen Grundlegung, ob ich die neue germanozentristische anti-nationale linke Tendenz als Heilslehre qualifiziere. Vieles spricht dafür: eine klare, von einem Schleier vieler (heiliger) Tabus umgebene Freund-Feind-Rhetorik; ein klar analysiertes und herausgestelltes „Wir"-Bewußtsein als linker, *heiliger Rest* umgeben von den Feinden der Finsternis (dem deutschen Kapital und ihrer Politmafia) sowie deren Handlangern (Die Grünen, SPD, PDS, Wildcat, die nette Bäckerin von nebenan), die die letzten, vom „völkischen Wahn" rein Gebliebenen vom Pfad des konsequenten Anti-Nationalismus abbringen wollen; eine klare Symbolsprache, klar festgelegte Rituale und viele Mythen! Das hervortretendste Charakteristikum aber ist das Märtyrium: indem die Verbrechen des NS-Regimes qualitativ und quantitativ mit nichts in der Welt vergleichbar sind, (was interessieren mich Hiroshima, Halabca oder Indigene) erhöhen wir als deutsche, anti-nationale Linke unsere eigene Bedeutung in einer jeder Siegeszuversicht beraubten Situation der Niederlage!

Wenn die ethnische Brille abgelegt ist, wenn Geschichte nicht länger nur als deutsche Geschichte begriffen wird, wenn die Antwort auf schwarze Propaganda nicht weiße Propaganda ist, sondern differenzierte Sicht und Darstellung, dann wäre es vielleicht möglich, eine in der Tat anti-nationale internationalistische Gegenkraft aufzubauen.

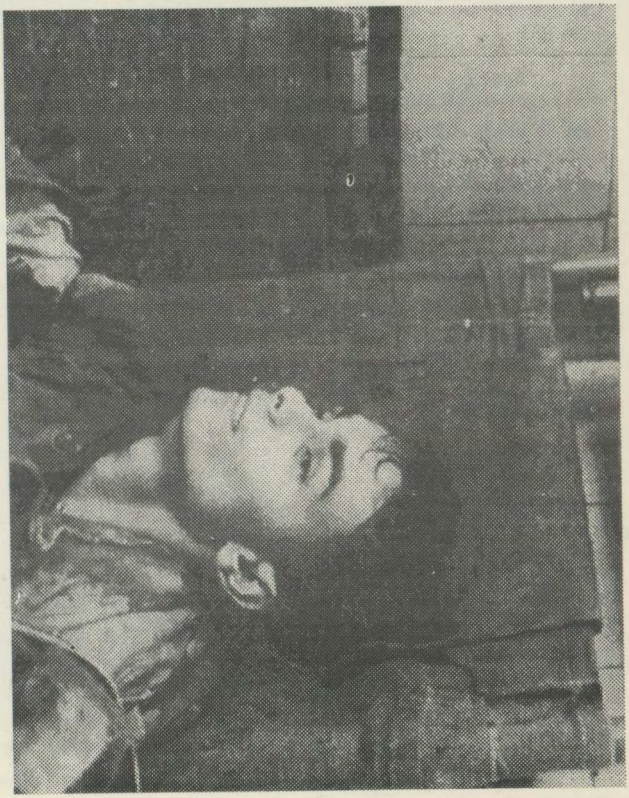
Mit anti-nationalem Gruß,
Kahina!

Was tun, wenn es brennt ?

Am blauen Adria Strand treiben ja nun schon seit Jahren eher Leichen als weiße Segel, wie es im Lied heißt, und das soll nun auch kurz hier bei uns zum Gegenstand der Gedanken werden, auch wenn ihr langsam angeödet seid von dem Thema. Das ist sogar vielleicht das typischste und erschreckenste Ding an der Sache, daß sich seit Jahren unsere Nachbarn vor der Haustüre abschlachten und wir nichts anderes zu tun haben, als dabei prinzipiell wegzuschauen.

Die Frage ist wirklich: Was tun, wenn es brennt?, und man neigt hier schnell zu Lösungen, die von denen der Kriegsparteien nicht allzuweit entfernt sind und den Konflikt eher auszuweiten drohen, statt zu lösen.

Häufig ist, wenn von diesem Krieg berichtet wird, von den „Serben", den „Kroaten", den „Moslems" die



Rede. Aber auf allen Seiten haben wir es mit Menschen zu tun, die in ganz unterschiedlichem Verhältnis zum Krieg stehen: den gewählten oder selbsternannten Regierungen, den militärischen Gruppen und Armeen und ihren Führungen, der Bevölkerung. Alle gleichermaßen in einen Topf zu werfen und sie für die Entwicklungen verantwortlich zu machen, ist nicht korrekt. Die Bevölkerung Jugoslawiens oder Bosniens ist überdies gar nicht mehr so klar in irgendwelche ethnischen Kategorien zu zersplittern. Viele Menschen haben sich in Mischehen und über andere Bande dermaßen vermischt, daß dieses Schubladendenken genaugenommen nur den Konflikt forcieren hilft. Ein Großteil der Flüchtlinge, die in die BRD kommen, sind derzeit aus dem ehemaligen Jugoslawien, aber nicht, um sich am bundesdeutschen Kuchen gesund zu stoßen, sondern um dem Krieg zu entfliehen. Ist es nicht legitim, daß sich die Männer der Einberufung zum Völkerschlachten entziehen, daß sie es ablehnen, sich zwangsrekrutieren zu lassen, für irgendeine Seite? **Kriege können nur geführt werden, wenn die Menschen mitmachen.** Das Verhalten der Bundesregierenden zu den Flüchtlingen spricht für sich. Nach der Devise „das Boot ist voll", werden die Tore geschlossen und schickt man lieber Truppen in den Süden, um Ordnung zu schaffen. Mit Alibispenden oder Säbelrasseln waren die Deutschen schon immer gut, Hauptsache die Ruhe im eigenen Haus bleibt erhalten. Jetzt schreit man allerorts nach dem Einsatz von UN-Waffengewalt und Intervention und wer da nicht mitmacht, mache sich mitschuldig am fortgesetzten Töten. - Was für ein Zynismus! Danke SPD, Grüne und CDU für diese Tips! Genaugenommen müßte die UNO schon alle Jugoslawen abschlachten, damit dort endlich Ruhe herrscht. Aber nur durch den Willen der dort lebenden Menschen ist dieser Krieg zu stoppen. Nicht durch Waffengewalt! Hier gewinnen wieder antimilitäristische und kriegsdienstverweigernde Forderungen Bedeutung, nicht Säbelrasseln, wie es in der Geschichte schon zwei mal zu Weltkriegen geführt hat.

Sicher sind die Lösungen nicht ganz einfach, gerade für Alibiorganisationen wie UNO oder Nato, die nachweislich ja eh andere Interessen vertreten. Auch von den Einzelländern versucht ja jedes seine eigenen Interessen und Vorteile im Konflikt geltend zu machen, und da ist es natürlich einfacher, den Teufel an die Wand zu malen, als die Widersprüchlichkeit der eigenen Politik zuzugeben.

Ich will jetzt nicht das schreckliche Gesicht der Bundesrepublik skizzieren, das machen ja schon andere in ihren Texten, aber es ist natürlich wichtig, nicht zu vergessen, welche Rolle unser Mutterland in der ganzen Angelegenheit spielte und spielt. Olle Genscher hat mit der Anerkennung von Slowenien und Kroatien das Auseinanderbrechen Jugoslawiens erst mal vor der Welt legitimiert. Andererseits müssen wir uns fragen, was wir getan haben, um die Friedenskräfte dort zu unterstützen, die sich seit Ausbruch der Konflikte für Frieden oder zumindest gegen den Krieg stellen. Wie verhalten wir uns zu den Menschen, die sich der Rekrutierung oder durch Desertion dem Krieg entziehen, bzw. gegenüber der Politik in diesem Land, das die Leute zurückschickt ins Schlachtfest. Und jetzt wird sogar schon militärisch mitgemacht! Vielleicht schleppt ihr oder eure Freunde schon in ein paar Jahren keine Schieber im Altersheim beim Alibizivildienst, sondern amputierte Soldatenbeine zur Müllkippe.

Es gibt noch genug Fragen, dafür aber wenige eindeutige Antworten...

A.R.

akkustisch vorgewarnt

Anti-Imperialismus „...von marokko bis ägypten, von palästina bis tschetschenien und von tadschikistan bis zu den philippinen...“

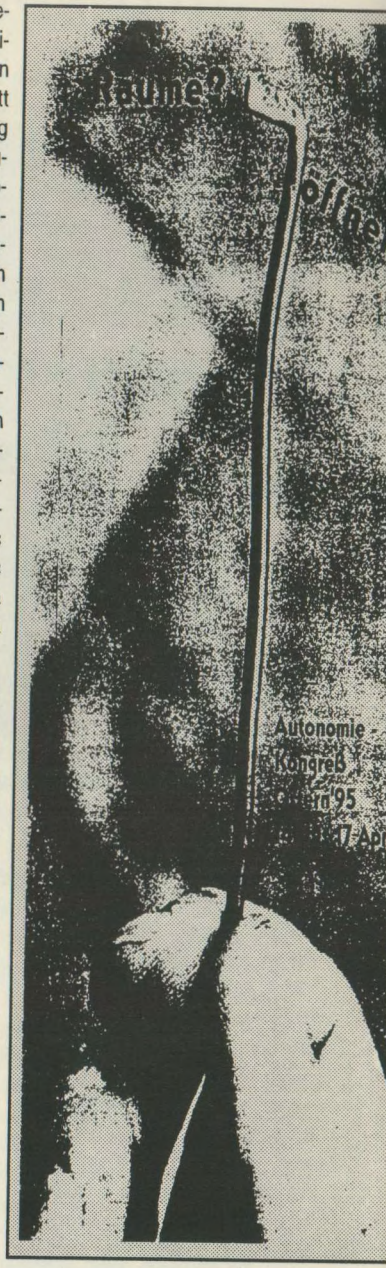
auch die "radi" war im Juni im Visier der Staatsschützer. Fünf Menschen, denen die Mitarbeit an der "radi" vorgeworfen wird, sitzen zur Zeit im Kanst. Einen Monat später melden sich die Anti-Imperialitischen Zellen. Auch ihnen haben die Durchsuchungen gegolten.

Am 13.7., einen Monat nach den bundesweiten Razzien gegen ca. 80 linke Objekte, flattert der französischen Nachrichtenagentur Agence France Presse in Bonn eine Erklärung einer Antiimperialistischen Zelle auf den Tisch. Gegen eben diese Gruppe richtete sich die Staatsschutz-Aktion vom 13.6. unter anderen. Der Fahndungserfolg blieb erwartungsgemäß niedrig und folgerichtig schätzen die AIZ in ihrer Erklärung die Razzien als eine Aktion „zur Einschüchterung linker Fundamentalopposition“ ein. Daß nun linke Militante Erklärungen schreiben und verschicken, ist nicht sonderbar und seit Jahrtausenden so eingebürgert. Daß allerdings der Verfassungsschutz sich entschließt, die Erklärung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, in dem er sie mit einigen einleitenden Worten versieht und in seiner Mailbox zum downloaden freigibt, das ist neu. Letztens hieß es noch, die AIZ seien mindestens so gefährlich wie die RAF der siebziger Jahre, und es ist auch noch gar nicht so lange her, da wurden Bücher, die die Diskussionen der RAF untereinander und mit ihrer Umgebung dokumentierten, ein Indiz für die „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“. Zu guter letzt wird der linken „Untergrund-Postille“ radikal, die sich am 13.6. auch im Visier der Fahnder befand, genau dieser Umstand vorgeworfen, nämlich daß sie durch die Veröffentlichung von Erklärungen „terroristischer“ Gruppen Werbung für eben jene gemacht habe. Nicht so der VS. Der veröffentlicht schonmal und

überläßt es dem mündigen Bürger und der der ebenso freien Bürgerin, sich ihr eigenes Urteil zu bilden, allerdings nicht ohne der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, die neue Positionserklärung würde die Isolierung der AIZ in der linksextremistischen Szene noch verstärken, da neuerdings Positionen vertreten werden, die in keiner Weise mit linkem Selbstverständnis zu vereinbaren sind.

Nachdem die AIZ in mehreren linken Zeitungen ob ihrer Praxis heftigst kritisiert wurden, steht es in der Tat schlecht um die Akzeptanz der Gruppe innerhalb der Linken. Denn wer sich die Option der „potentiell tödlichen aktion" gerade „in zeiten schwacher antimperialistischer kräfte" nicht nur offenhält, sondern „auch noch möglicht effektiv zum angriff kommen" will, hat doch irgendwie vergessen, das Revolution was mit der Lebenssituation von Menschen zu tun hat. Es kann gar nicht das Ziel sein, die mittlere Leitungsebene der CDU wegzubomben (abgesehen davon, daß das ja auch ziemlich viel Arbeit ist). Es geht doch wohl nicht darum, nur zu kämpfen, damit gekämpft wird, oder? Welche konkreten Erwartungen die „AntiimperialistInnen" hegen, wenn sie „wohngebiete der brd-eliten" im wahrsten Sinne des Wortes terrorisieren, verrät uns die Erklärung nicht. Es scheint so, als ob allein die Möglichkeit, daß da Verantwortliche weggesprengt werden können, Grund genug ist, es auch zu tun, wenn wir da lesen müssen: „...die vs-chefs beklagen sich darüber, daß bei der vielzahl der personen, an deren wohnsitz/arbeitsplatz die durchführung eines angriffs wie bei dr.blank (mittlerer CDU-Kader, auf dessen Wohnsitz die AIZ im April 95 einen Sprengstoffanschlag verübt haben - d.S.) erwartet werden könnte, so groß ist, daß ein wirksamer schutz unmöglich ist. es ist in der tat so, daß die zahl der entscheidungsträger, die in der brd die politik/die wirtschaft bestimmen, nicht einige hundert, sondern einige tausend beträgt. nicht alle von denen wollen so leben wie kriegsminister rühe, vor dessen haustür in hamburg-harburg sich die bullen einen festen stützpunkt eingerichtet haben..." Noch grotesker wird es allerdings im Anschluß als die AIZ ihre Vorgehensweise dokumentieren und uns zur Nachahmung ans Herz legen: „...unser vorgehen beim angriff vom 23.4.95 ist in folgendem sinne verallgemeinerungsfähig: a) ein sprengsatz wird deponiert, der als solcher ausdrücklich gekennzeichnet ist. b) eine akustische warnung kündigt die explosion an. c) es bleibt ausreichend zeit zwischen dem beginn der warnung und der explosion, um sich aus der gefahrenzone zu entfernen. d) die entscheidung, ob der angriff letztendlich am anvisierten ort zur geplanten zeit zu verantworten ist, stellt eine gewissensentscheidung aller dar, die an der durchführung des angriffs beteiligt sind..." Offensichtlich spielen die AIZ hin und wieder mit dem Leben der von ihnen anvisierten Zielgruppe. Nicht die gezielte tödliche Aktion auf Führungspersönlichkeiten wie Rohwedder oder Herrhausen wird hier propagiert, auch nicht die Zerstörung von Strukturen, Maschinen oder Gebäuden, die einem bestimmten Zweck dienen, wie das vielleicht eine klassische Guerilla betreiben würde, nein hier entsteht der Eindruck, es ginge nur darum, den „Eliten" das Leben ein bißchen zu versauern und dabei einen Toten hier und eine Leiche da im schlimmsten Fall mit einzukalkulieren. Wenn den Aktionen der AIZ wirklich jemand zum Opfer fällt, muß das daran liegen, daß er/sie gerade nicht hinhört, wenn die akkustische Warnung ertönt, oder eben sonst irgendwie taub ist. Als Vergleich muß in der Erklärung der AIZ der Anschlag der RAF auf das Springerhochhaus 1972 herhalten, als die telefonischen Ankündigungen der Sprengung nicht weitergeleitet wurden und die Springer-ArbeiterInnen im Gebäude damit in Gefahr gebracht wurden. Die Erfahrung, daß „Unbeteiligte" hier von den Herrschenden bewußt in die Auseinandersetzung einbezogen wurden, und zwar in einer Art und Weise, die den Antiimperialistischen Widerstand nur diskreditiert, verbietet einfach solche Aktionen. Derartigen Vorwürfen sehen sich die AIZ schon eine Weile ausgesetzt, stellenweise werden auch Stimmen laut, die den AIZ beschei-

nigen, lediglich die Konstruktion einer „neuen terroristischen Gefahr von links" zu ermöglichen, die dann solche unangenehmen Folgen hat wie eben den 13. Juni. Folgerichtig suchen sich die AIZ andere Verbündete, und finden sie in „unseren muslimischen Brüdern und Schwestern". Daß die Wahl ausgerechnet auf die islamischen kämpfenden Gruppen fällt, ist insofern nachvollziehbar, als daß hier weltweit die stärkste Fraktion von Menschen zu finden ist, die sich gegen die USA als Weltgendarm wehren. Auch die AIZ machen die USA als Inhaber der Führungsrolle innerhalb der 4 imperialistischen Großmächte (USA, EU, Rußland, Japan) aus, und das verbündet sie mit dem „irakischen Volk", den palästinensischen Milizen, die sich gegen die USA-Marionette Israel zur Wehr setzen, mit Lybiern und Tschetschenen. Die BRD-Linke, so fordern die AIZ, muß sich mit den Kämpfen, die auf islamischer Grundlage stattfinden, auseinandersetzen, weil diese zutiefst antiimperialistisch seien. Diese Kämpfe entspringen weltweit dem tiefen Widerspruch zwischen imperialistischem Machtanspruch und der islamischen Vorstellung einer einfachen und gerechten Lebensweise., schreiben die AIZ. Lobende Erwähnung findet in diesem Zusammenhang die Geiselnahme von Budjonowsk, die den Vernichtungskrieg des russischen Imperialismus gegen das tschetschenische Volk beendet und Verhandlungen erst ermöglicht habe. Die AIZ übersehen hier irgendwie völlig den nationalistischen und gar nicht anti-imperialistischen Charakter dieser Aktion, nämlich „TetschenInnen gegen RussInnen" (und umgekehrt) statt „unten gegen oben". Aber im Krieg sterben eben auch mal „unbeteiligte" ZivilistInnen. Völlig auf dem Boden der „Triple-Oppression-»Theorie«" stehend übersehen die kerneuropäischen AIZ natürlich auch nicht die Widersprüche zwischen ihren Ansprüchen und den Forderungen einer islamischen Heilslehre. Leider vergessen sie völlig, diese zu benennen, weisen lediglich darauf hin, daß sich in einem Verhältnis der „kritischen Solidarität" zu den Muslimen weltweit „...von marokko bis ägypten, von palästina bis tschetschenien und von tadschikistan bis zu den philippinen..." befinden.
Wohin uns das alles führen soll, bleibt bei der Lektüre des Positionspapieres unklar. Der Mischmasch aus linksradikalem Revoluzzertum und religiös-kämpferischem Antiimperialismus scheint wenig durchdacht und nach Abgrenzung schreiend. Der Verfassungsschutz schlußfolgert aus der Erklärung, daß ein neuer „Terroranschlag" der AIZ in nächster Zeit zu befürchten sei, weil ie sich mit der Erklärung unter Zugzwang gesetzt hätten. Da war das Stück Papier ja wenigstens dafür gut, daß sich der Verfassungsschutz nun in der Öffentlichkeit unter Zugzwang gesetzt hat, den Terroranschlag zu verhindern (You remember? Terror von links und so?). Wie sowas dann aussieht, wissen wir ja.



zum autonomie kongress reader 3

tach!
nun ist es schon eine weile her seit ostern, als sich viele in der TU berlin zum autonomie kongress zusammengefunden haben...eine bewertung scheint uns schwer zu fallen.
nun gut, das desaster oder der "abgesang der autonomen", was einige erwartet haben, war es dann nicht, aber auf der anderen seite war es bestimmt auch nicht der "qualitative sprung" ins 21 jahrhundert ...
ob eine chance vertan wurde dem auseinanderdifferenzierungsprozessen der autonomen linken etwas entgegenzusetzen, also die diskussion zu organisieren, läßt sich aus unserer sicht mehr an der vorbereitungphase des kongresses festmachen, als daran, was vor ort hätte besser gemacht werden können.
was klar ist: wir waren zu wenige, zu wenige haben den prozess hin zum kongress als den ihngen begriffen.
aus unserer sicht gab es durch die struktur (großplenas/+AGs) eine "inflationäre" themenauswahl, die verhinderte, den kongress als kristillisationspunkt zu nutzen...
wir denken, daß auf den großveranstaltungen schon die "entscheidenen fragen" gestellt worden sind...es blieb aber dann doch ein unorganisierter wunsch, daß diese dann in den AGs weiter erötert werden.
nichtsdestotrotz war der kongress für viele auch "produktiv" viele AGs bildeten sich spontan, die themenauswahl war riesig und nicht unbedingt immer beliebig.
kontakte aufzufrischen, genossInnen zu treffen, andere kennenzulernen war auch eine nicht zu unterschätzende ebene auf dem kongress...
wir halten es für richtig, bezugspunkte zu schaffen, die nicht unbedingt an einer aktion/kampange festgemacht werden. soziale/kommunikative räume zu öffenen gegen die sprachlosigkeit und vereinzelung ist auch unabhängig von großereignissen für eine radikale politik überlebensnotwendig. neben dieser basisbanalität, so schwer sie in der praxis sich darstellt, bleiben uns zur kommunikation ja dann noch unsere medien...
es scheint, als sei eine individualisierte reflexion über das, was geschrieben wird, immer mehr der normalfall in "unserem spektrum" ...selten ergeben sich diskussionen um das „wie weiter" an denen viele gruppen teilhaben bzw sich darauf beziehen...nun gut.
nichtsdestotrotz wollen auch wir zum papierberg beitragen, analog zu der idee des kongresses soll es einen weiteren reader geben, nummer drei also!
im gegensatz zu den beiden ersten readern geht es uns aber nicht darum, einfach nur die texte zu bündeln und dann euch vor die füße zu werfen...

die readeridee:
der reader verfolgt vom anspruch her das gleiche anliegen wie der kongress. er soll einen bezugspunkt schaffen, eine konzentration von dem, was da ist, eine bestandsaufnahme, kollektive reflexion/aufarbeitung und kritik...
wir denken daß "das neue", auf das viele warten, von dem viele meinen, daß es sich auf dem kongress nicht gezeigt hat, schon auch ansatzweise auf den kongress formuliert wurde.
im "markt der möglichkeiten" ist vieles an "brauchbarer" kritik verschwommen...

wir denken, daß auf den eröffnungsveranstaltungen und auch in einigen AGs der versuch gemacht wurde kritik zu üben, um daraus schritte abzuleiten wohin es gehen kann und warum es im heute so zäh ist, warum "die bewegung" auf der stelle tritt/im szene"ghetto" klebt...etc.
der reader soll keine "lieblose" blättersammlung werden sondern soll konzeptionell verständlicher und somit zugänglicher sein als die beiden vorherigen.
daraus folgt die einfache gliederung nach den drei tagen mit ihren mottos:

1. **autonomiebegriff , politisches selbstverständniss, die form des widerstandes**
2. **auseinanderdifferenzierung, solidarisierung und abgrenzung linksradikaler gruppen/strömungen untereinander**
   "wer macht hier eigentlich noch linksradikale politik"
3. **revolution, täglich oder gar nicht !**
   organisierung ? widerstand ? utopien ?

die redemanusscripte der eröffnungsveranstaltungen werden auf alle fälle abgedruckt. weitergehend wollen wir kurze einleitungen zu den texten schreiben.
es wird eine presseauswertung geben; einen pressespiegel wohl aber eher nicht.
die idee war ja ursprünglich, daß die AGs versuchen sollten ihr spezifisches thema in bezug zu den jeweiligen tagesmotten zu setzen...das ist meist aber nicht passiert.
für den reader wollen wir euch bitten, eure texte etc. so zu schreiben, daß sich im konkreten thema die kernfragen/ grundsätzlichen fragen widerspiegeln.
es sollten also keine ag berichte im sinne von einer reinen dokumentation des diskutierten geschrieben werden, sondern der versuch unternommen werden, die kritik - thesen - reflexionen - informationen perspektivisch "nach vorn gerichtet" zu formulieren.
<u>im diesen sinne begreift sich der reader dann auch nicht ausschließlich als eine dokumentation des kongresses!</u>
denn wir denken daß dokus, die am ereignis zu sehr kleben bleiben, dann auch von den meisten von uns so wahrgenommen werden ("ach das wurde da diskutiert..."), daß dadurch oftmals gute texte als alte gelesen werden und leider relativiert werden. (was sicher falsch ist!)
wie gesagt, der reader soll keine "lieblose papersammlung" werden, dh. auch daß wir das ganze teil setzen und auch eine auswahl der texte treffen werden.(schickt uns wenns geht bitte disketten/MAC o. DOS: word bis 5.0)
gestalterisch soll es "schön" sein ohne gleich eine "produktästhetik/form" zu bekommen. weiterhin überlegen wir daran den reader über einen verlag zu vertreiben, so daß wir den stress mit dem vertrieb vom hals haben und das teil dann auch noch länger erhältlich ist.
zusätzlich wird es ca. 5-10 totaldokus geben (in denen alles, aber auch alles drin ist) die wir archiven oder infoläden zur verfügung stellen werden.

redaktionsschluß ist der 1.oktober '95.... wir hören von euch!

die reader-redaktion
c/o kongressini mehringhof
gneisenaustr. 2a 10961 berlin

(Ge)schlechter Deal in Rußland

„Warum sollten wir Frauen beschäftigen, wenn Männer keine Arbeit haben und Arbeitslosenunterstützung beziehen? Laßt die Männer arbeiten und die Frauen sich um Haushalt und Kinder kümmern."
Gennadi Melikjan, Arbeitsminister Rußlands, auf einer Pressekonferenz am 10.2.1993

Nachdem wir im letzten KlaroFix was zur allgemeinen politischen Entwicklung in Rußland in den letzten Jahren geschrieben haben, hier nun der angekündigte Artikel zur Situation und den Kämpfen der Frauen dort. Es geht hier übrigens nicht um eine Vergleich mit den Verhältnissen hier bzw. in der früheren DDR. Das würde den Rahmen sprengen. Nichtsdestotrotz fänden wir eine Auseinandersetzung, die an den folgenden Thesen aufnimmt und sich auf die hiesigen Bedingungen bezieht, wünschenswert. Frauen spielten natürlich in allen ArbeiterInnenkämpfen in der Sowjetunion und später Rußland eine Rolle (z.B. in den Streikwellen und sozialen Bewegungen 1989 bis 1991, den Streiks in der Gesundheitsindustrie und den Schulen 1992). Aber darüber hinaus gibt es für Frauen noch eine andere Ebene von Ausbeutung und Unterdrückung - und von Kämpfen dagegen.

Lohn- und Hausarbeit

Die sowjetische Ökonomie beruhte entscheidend auf der Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft in der Lohnarbeit und Abpressung unbezahlter Hausarbeit. Der Arbeitszwang war faktisch durchgesetzt. Über 90 Prozent der Frauen im berufsfähigen Alter machten Lohnarbeit. Frauen waren eine Quelle billiger Arbeitskraft. Sie bekamen nur 60-70 Prozent des Lohns der Männer und arbeiteten da, wo schlecht bezahlt wurde (ungelernte Arbeiten in der Fabrik, z.B. im Textilsektor) und da wo sie ihre angeblich „frauentypischen" Fähigkeiten einsetzen konnten: im sozialen Sektor, in den Krankenhäusern und Schulen, Schreibarbeiten in der Verwaltung usw. Viele Frauen machten aber auch die körper-

lich schwersten und dreckigsten Arbeiten (Straßenbau, Gleisbau, Chemie- und Stahlindustrie, Landwirtschaft). Das hatte mehrere Gründe: dort wurden höhere Löhne und Prämien gezahlt, die Arbeiterinnen bekamen eher eine Werkswohnung, Kindergartenplätze usw. und außerdem konnten Frauen je nach Industriezweig fünf oder zehn Jahre früher in Rente, wenn sie einen der „dreckigen" Jobs machten. Insgesamt sicherte ihnen das ein ausreichendes eigenes Einkommen und mehr Unabhängigkeit von den (Ehe-)Männern. Männer hatten es einfach nicht nötig, die miesen Jobs zu machen, da sie mehr verdienten und - anders als die Frauen - auch größere Aussichten auf beruflichen Aufstieg verbunden mit besserer Bezahlung hatten.

Der Lohn der Frauen war in den meisten Familien für die Versorgung der Familie notwendig und machte im Schnitt 40 Prozent des Familieneinkommens aus. Frauen schafften aber nicht nur einen erheblichen Anteil des Familieneinkommens heran, sondern organisierten gleichzeitig noch die Versorgung der Familien durch unbezahlte Hausarbeit (Kindererziehung, Ernährung, Hygiene, usw.). Durch den chronischen Mangel an Versorgungsgütern, den niedrigen Technisierungsstandard in Haushalt und Küche, die Versorgung der Alten in den Familien usw. nahm die Hausarbeit viel Zeit in Anspruch. Die Männer ließen (und lassen) die Frauen zuhause schuften und verteidigten auf deren Kosten ihren ruhigen Feierabend.

Über die Kontrolle über die Hausarbeit erkämpften sich die Frauen in der Sowjetunion aber innerhalb der Familien eine gewisse Machtposition. Oft waren sie es, die das Haushaltsgeld verwalteten, damit der Mann es nicht versoff. Sie bestimmten über die Kindererziehung, die Organisation des Haushalts und Zusammenlebens usw. Ihr Einfluß in der Familie beruhte darauf, daß in der Mangelökonomie die Kenntnisse und gesellschaftlichen Fähigkeiten der Frauen erst die Versorgung und Organisierung des sozialen Lebens garantierten. Sie kannten die richtigen Läden, hatten die wichtigen Beziehungen, wußten, wen sie bestechen mußten, um an Mangelwaren ranzukommen, konnten sich und andere ernähren, kleiden usw. Wo der Sozialstaat nicht funktionierte - Kindergartenplätze reichten nie aus - übernahmen Babuschkas, die alten Frauen und Großmütter, die Kindererziehung und verbesserten über die unbezahlte Arbeit in den Datschen und Gärten die Lebensmittelversorgung ihrer Familien.

Die entscheidende Rolle im Zentrum der Familien hatte aber kaum oder keine Konsequenzen für den gesellschaftlichen Einfluß der Frauen. Auch die weitgehende rechtliche Gleichstellung der Frauen änderte daran nichts. Das öffentliche Leben, ob auf der Straße, im Betrieb oder in den Massenorganisationen, war von Männern dominiert. Diese bekamen die höheren Posten, wurden im Betrieb befördert, stellten die politischen Entscheidungsträger usw. Die Position im Zentrum der Familien gab den Frauen zwar dort eine gewisse Entscheidungsgewalt, aber die war auch mit einem 16-Stundentag bitter erkauft.

Kleinfamilie und Abtreibungen

Die Rolle der Frauen in der patriarchalen Arbeitsteilung ist durch offene und strukturelle Gewalt abgesichert: den staatlichen Arbeitszwang, körperliche Gewalt, die Ideologie von der „Familie als Keimzelle des Sozialismus" und eine religiös-repressive Moral. Beziehungen zwischen Männern und Frauen sahen und sehen dabei in erster Linie wie ein (ge)schlechter Deal aus, weil Ehe und Kleinfamilie als einzige Perspektive erscheinen. Frauen heirateten früh, um aus der Enge familiärer Kontrolle herauszukommen, die immer eine größere soziale Kontrolle für Mädchen und Frauen als für Jungen und Männer bedeutete. Sie wollten der Enge der Wohnsituation mit zwei bis vier Menschen in einem Raum entkommen, die ein Privatleben, die Verfolgung individueller Interessen oder Sexualität unmöglich macht. Wohnungen gab es nur auf Trauschein und das auch nur nach jahrelanger Warterei. So bedeutete die Flucht aus einer Abhängigkeit von der Familie der Eltern unmittelbar eine neue Abhängigkeit. Viele Frauen brauchten dann Jahre, um sich von Unterdrückung und Perspek-

tivlosigkeit in der Ehe zu befreien. In der Sowjetunion wurden 50 Prozent der Ehen geschieden. In 70 Prozent der Fälle wurde die Scheidung von Frauen eingereicht. Als häufigster Grund wurde der Alkoholismus der Männer genannt. Viele Frauen schickten ihre Männer auch ohne Scheidung in die Wüste.

Die sowjetische Familienpolitik schuf zusammen mit der Sexualmoral, die sowohl von der puritanistisch-stalinistischen Doktrin als auch orthodox-religiöse Traditionen beeinflußt war, ein sexualfeindliches Klima. Für die meisten Frauen hat Sexualität bisher wohl wenig mit Lust zu tun und blieb in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ein Tabuthema. Schwule und Lesben wurden und werden verfolgt. Auf dem Hintergrund von Tabus und Angst vor Schwangerschaft setzte sich ein männliches Sexualverständnis durch, das den Frauen wenig Raum für die Entdeckung und Entfaltung der eigenen Sexualität ließ. Die „sexuelle Revolution" in Rußland seit 1989 bleibt weitgehend die Durchsetzung dessen, was - wie eine russische Feministin es ausdrückt - „in Übereinstimmung mit dem männlichen Sexualverständnis im Bett zu geschehen hat".

Die Verantwortung für Sexualität und Verhütung war und ist Sache der Frauen. Wegen des Mangels an Verhütungsmitteln (vor allem auf dem Land), aber auch der Unkenntnis über den Umgang damit, wurde die Abtreibung das vorherrschende Mittel der Geburtenkontrolle. Die Praxis der Abtreibungen war und ist äußerst brutal (ohne Betäubungsmittel, Schlachthofatmosphäre). Schätzungen über die durchschnittliche Abtreibungszahl jeder Frau liegen bei vier bis zehn. Jedes Jahr haben zehn von hundert Frauen zwischen 15 und 45 haben eine Abtreibung - mehr als in jedem anderen Land. Meist laufen die Abtreibungen so ab, daß die Frau am nächsten Tag wieder arbeiten geht! Darüber hinaus gibt es heute eine neue Art von Klassenmedizin: Wer Geld hat, kann sich eine gute medizinische Betreuung, Medikamente, hygienische Verhältnisse kaufen, alle anderen werden gar nicht oder unzureichend versorgt. Das gilt auch für die Abtreibungskliniken.

Verschärfung nach Perestroika

Ziel der Perestroika, der staatlich gesteuerten Umgestaltung der Ökonomie seit 1985, war die Erhöhung der Produktivität und eine Intensivierung der Produktion. Die ArbeiterInnenklasse sollte zu mehr Arbeit gezwungen werden. Um das durchsetzen zu können, mußte das Regime die Klasse aber schwächen und spalten, um deren gemeinsame Kämpfe zu verhindern. So wurden z.B. einige (Fach-) ArbeiterInnen über neue Prämiensysteme und Aufstiegschancen in das Projekt der Neugestaltung eingebunden. Eines der wichtigsten Mittel der Klassenspaltung war die Nutzung und Verschärfung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

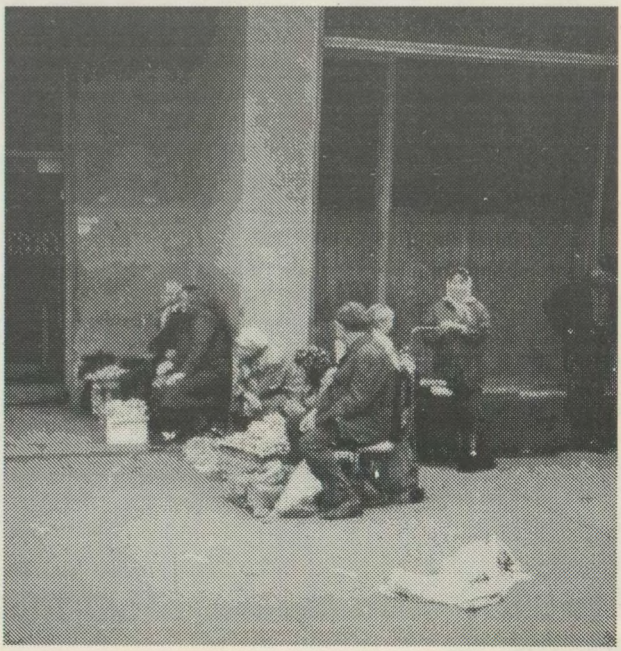
Am Anfang der Perestroika hat-

ten auch viele ArbeiterInnen ein Interesse am Aufbrechen der alten Ausbeutungsstrukturen, wollten die Verbesserung der Versorgung, mehr persönliche Freiheiten usw. Auch viele Frauen erkannten, daß sich vielleicht neue Chancen ergeben und sie sich bessere Lebensbedingungen erkämpfen könnten.

Einige Frauen konnten nun auch in Jobs arbeiten, die ihnen bisher weitgehend verwehrt waren, z.B. Journalistin, freie Berufe. Andere Frauen bewerteten selbst die Aussicht, jetzt nur noch Hausarbeit machen zu können, positiv, weil so die Mehrfachbelastung durch Lohn- und Hausarbeit wegfällt. (Was allerdings nur die Frauen der „businessmen" können, die genug verdienen, so daß „ihre" Ehefrauen nicht lohnarbeiten müssen.) Auch das „neue Frauenbild" in Rußland, die Frau als Sexualobjekt, geschminkt und verführerisch, wurde von einigen Frauen akzeptiert oder mitgetragen, weil sie die Prüderie und die unerotische Geschlechterbeziehung der Sowjetzeit satt hatten.

Insgesamt haben die Veränderungen seit 1985 (und nochmal verstärkt seit 1992) für die meisten Frauen aber eine Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen gebracht. Frauen wurden zuerst entlassen, müssen nun schlechtbezahlte Aushilfsjobs machen und unter ihrer Qualifikation arbeiten. Die Herausdrängung der Frauen aus der Lohnarbeit ist quasi offizielle Regierungspolitik. Schon 1988 gab es eine Kampagne dazu, die auch von den sowjetischen Frauenverbänden und -zeitschriften mitgetragen wurde. Frauen sind am meisten betroffen von der Verarmung, der Abschaffung oder Einschränkung vieler Sozialleistungen (Kindergärten, Kindergeld ...), der Verschlechterung der medizinischen Versorgung, der Entwertung der Renten usw. Sie machen Kleinhandel und prekäre Jobs, was oft kaum zum Leben reicht, oder gehen auf den Strich. Prostitution ist für einige Frauen noch der lukrativste Job, weil sie verhältnismäßig gut verdienen können. Aber auch da gibt es Unterschiede zwischen Bahnhofsstrich und den Diplomaten-Callgirls. In den Dienstleistungen werden Frauen in unqualifizierte Jobs gezwungen (Sekretärinnen, Verkäuferinnen...) und mit sexistischen Einstellungspraktiken konfrontiert („Keine Alten und Dicken!"). In den Fabriken machen sie weiter die miesen Jobs. Die drohenden Entlassungen, bei denen sie ganz oben auf der Liste stehen, und die Entsolidarisierung der männlichen Arbeiter verhindern mögliche Kämpfe. Dabei werden sie mittlerweile auch für diese dreckigen Arbeiten schlecht bezahlt.

Durch Entlassung bzw. die prekären Jobs des sicheren Einkommens beraubt und durch den Wegfall staatlicher Sozialleistungen (z.B. die Einschränkung der staatlichen Kinderbetreuung) noch mehr auf die Hausarbeit festgelegt, ist die Abhängigkeit der Frauen vom Einkommen der Männer gestiegen. Sie können ihren saufenden Ehe-"Partner" nicht mehr so einfach verlassen



- oder ihm damit drohen. Frauen sehen sich gezwungen, Unterdrückung und Gewalt in der Ehe länger hinzunehmen oder neue Wege zu finden, um mit den Ehemännern auszukommen. Der Einfluß der Frauen in den Familien schwindet. Der Markt für Lebensmittel hat sich so verändert, daß es fast alles gibt, wenn auch teuer: das Wissen und die Beziehungen der Frauen fallen also nicht mehr so ins Gewicht, dafür um so mehr der Lohn des Mannes. Die Scheidungsrate ist denn auch gesunken. Brutalität und Gewalt in der Familie und auf der Straße - auch die Zahl der Vergewaltigungen soll zugenommen haben - schränken die Bewegungsfreiheit und die Ausbruchsmöglichkeiten der Frauen weiter ein.

Frauenbewegung

Die Subjektivität der Frauen in Rußland, also ihr Verständnis der eigenen Lage zwischen kapitalistischer Ausbeutung und patriarchaler Unterdrückung, ihre Beziehung zu Männern, ist schwer greifbar. Abgesehen von den Scheidungen: Wo gibt es da Brüche, Ansätze, Kämpfe? Dabei ist zu berücksichtigen, daß es in der Sowjetunion - anders als in Westeuropa und den USA Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre - keine breite gesellschaftliche Bewegung gegeben hat, in denen auch der Widerspruch zwischen den Geschlechtern aufgebrochen wäre und Frauen die patriarchale Unterdrückung hätten breit thematisieren können. Die wenigen Versuche von Frauen in diese Richtung wurden vom Regime unterdrückt. So haben die Frauen in Rußland heute kaum eine (erlebte und verarbeitete) Geschichte gesellschaftlicher Organisierung und Kämpfe, auf die sie zurückgreifen können. (Die Schwierigkeiten bei den Diskussionen von westlichen und russischen Frauen bzw. Feministinnen haben wohl hier ihren Ursprung.)

Die staatlich verordnete Gleichberechtigung seit 1917 hatte nichts mit Frauenkampf für Befreiung zu tun. Unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung wurden alle Frauen zur Lohnarbeit gezwungen. Abgesichert wurde dies durch große Propagandabemühungen für den „Aufbau des Sozialismus". Gleichzeitig sollten sie ihre Rolle als „Müt-

ter" innerhalb der „proletarischen Familien" erfüllen. Die offizielle Frauenbewegung in der Sowjetunion, vorübergehend von Stalin verboten, aber ab 1945 reorganisiert, hatte vor allem die Aufgabe, die verordnete Gleichberechtigung nach außen hin zu repräsentieren. Ein „Antifaschistisches Komitee der Sowjetfrauen" - 1956 in „Komitee für Sowjetfrauen" (KSZ) umbenannt - sollte als Dachorganisation aller Frauenräte in Betrieben, Städte, Kreisen, usw. funktionieren. Nach 1986 versuchten die Perestroika-Reformer um Gorbatschow, Frauen in ihr Projekt einzubinden. Neue, formal unabhängige Frauenräte wurden in Betrieben und Kolchosen gegründet, alte reaktiviert. Die Frauenräte kümmerten sich um soziale Anliegen wie Werkhallen für schwangere Frauen, Kindergärten, Geschäfte auf dem Betriebsgelände, aber auch schlagende Ehemänner, Jugendliche usw.

Seit den späten 70er Jahren entstanden die ersten unabhängigen Frauengruppen, die fast alle von Frauen aus der Intelligentsia und Dissidentenkreisen gegründet wurden. Einige davon waren stark religiös geprägt. Bis Mitte der 80er Jahre wurden sie vom KGB verfolgt. Erst ab 1985 entwickelte sich im Zuge der demokratischen Öffnung (glasnost) langsam eine Debatte über die „Frauenfrage" in der Sowjetunion. Weitere unabhängige Frauengruppen entstanden. 1990 gründeten Wissenschaftlerinnen das „Zentrum für Geschlechter-Forschung" (CGI) als Institutsabteilung der Akademie der Wissenschaften. Das CGI versuchte die Bildung von Frauengruppen zu unterstützen sowie Informationsaustausch und eine Vernetzung zu gewährleisten. Zu diesem Zweck organisierte es mehrere überregionale Diskussionsforen. Die offizielle Frauenorganisation KSZ wurde mit Auflösung der Sowjetunion (Ende 1991) in die „Frauenunion Rußlands" umgewandelt. Die Führungsspitze blieb aber im Amt. Mit Unterstützung des Staates und der (alten) Gewerkschaften organisierte die Frauenunion vor allem Weiterbildungskurse für Frauen und soziale Hilfsprogramme für alleinstehende Mütter, Studentinnen und Rentnerinnen. Von der Regierung wurde sie auch weiterhin als Repräsentantin „der russischen Frauen" gesehen und bei Anhörungen und Beratungen hinzugezogen. Die im Dezember 1993 an den Wahlen teilnehmende Wahlblock „Frauen Rußlands" hängt personell eng mit der Frauenunion zusammen. Beide sind politisch konservativ und orientieren sich eher an der traditionellen Rolle der „sozialistischen Frau" als Lohnarbeiterin und Mutter. Sie setzen sich vor allem für eine Verbesserung der sozialen Absicherung der Frauen und die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ein. Auch von den kleinen unabhängigen Frauengruppen verstehen sich wenige als „feministisch" oder diskutieren die Befreiung der Frauen im gesellschaftlichen Zusammenhang. „Feminismus" ist für viele russische Frauen ein Schimpfwort: Von den Stalinisten wurde er gegen „Abweichlerinnen" benutzt, von den Medien wird er als „aggressive, männerfeindliche Haltung von Frauen im Westen" gezeigt. Viele unabhängige Frauengruppen bleiben - wie die meisten Frauen in Rußland - (noch) von den vom System angebotenen (bzw. durchgesetzten) Rollen und Identitäten als Mutter, „Hüterin der Familie" oder pflichtbewußte Arbeiterin beeinflußt, wenige greifen die Unterdrückungsstrukturen offensiv an. Natürlich spielt hier eine Rolle, daß Frauen in der gegenwärtigen Krise und angesichts der Feminisierung der Armut die Überlebensfragen (Verarmung, Ernährung, Gewalt) brutal aufgezwungen werden. Die unabhängige Frauenbewegung ist weiter akademisch geprägt, übt sich in der Rolle einer Interessenvertretung gegenüber der Regierung und organisiert soziale Projekte zur Unterstützung von Frauen „in Not". So thematisiert sie die Lage der Frauen und versucht, deren konkrete Probleme anzugehen. Ein Erfolg (auf der reformistischen Ebene): die organisierte Frauenbewegung (vom „Zentrum" bis zu den „Frauen Rußlands") schaffte es, das diskriminierende „Gesetz zum Schutz der Familie, der Mutterschaft, der Vaterschaft und des Kindes" zu kippen. Dieses sah unter anderem die Erschwerung von Scheidungen und ein Verbot von Abtreibungen vor, wurde aber 1993 nach Protesten vieler Frauengruppen wieder zurückgenommen.

wildcat leipzig

Feministische Überlegungen zum Aufstand in Chiapas

Wie kann der Feminismus die Ereignisse von Chiapas beurteilen? Von einem Traum und von einem Standpunkt aus, die sich nicht darauf beschränken, Gleichheit für Frauen innerhalb des bestehenden kulturellen Rahmens zu suchen, der sich auf Aggression, Konkurrenz, Kampf, Kontrolle, Herrschaft, Negation des Anderen (der Anderen) stützt. Sondern vorzuhaben, dieses Geflecht von Bildern voneinander, von uns selbst und von unserem Verhältnis zur Natur zu ändern - von einem Feminismus, der andere Logiken und Ethiken für das Leben sucht?

Für uns ist der Feminismus grundlegend pazifistisch und antikriegerisch. Niemals führt Aggression zu Freiheit und Frieden, auch wenn wir Feministinnen manchmal aggressiv sind. Der Krieg in allen seinen Formen war immer das Rückgrat der Macht, der Ordnung und der Herrschaft des Patriarchats. Vielleicht war deswegen der Krieg immer „Männersache", auch wenn einige Feministinnen gleiche Rechte für Frauen fordern und dafür kämpfen, zu männlichen Räumen und männlicher Logik zugelassen zu werden, also auch zum Militär. Das sind machistische Räume und machistische Disziplin (kein Platz für Schwache, Feiglinge oder solche, die nicht gehorchen können oder die eine eigene Meinung haben).

Feminismus ist antikriegerisch und pazifistisch, obwohl Feminismus grundlegend rebellisch ist, ein großer Akt der Rebellion. Die rebellischste aller Rebellionen. Die sich gegen alle Rechtfertigungen wendet, um den Anderen, die Anderen, die Andere, zu leugnen, die neue Formen des Zusammenlebens zwischen Natur und Kultur sucht. Eine zivilisatorische Rebellion, die von Frauen ausgeht, die aber alle betrifft.

Macht durch den eigenen und fremden Tod

Der Krieg in Chiapas ist auch rebellisch und besitzt eine Eigenart gegenüber den offiziellen Kriegen: Er erhebt das Wort gegen diejenigen, die es leugnen. Darin ähneln die Indios den Frauen: Sie sind das Andere, das unsichtbar gemacht wird, verschwiegen wird und unterdrückt wird. In vielen Analysen über die Situation der Indios könnte das Wort „Indio" durch das Wort „Frau" ersetzt werden und umgekehrt. Beide interessieren kaum jemanden. Für die Medien sind sie keine Nachricht, für die Behörden sind sie unsichtbar, für die Mehrheit sind sie sowas wie Minderjährige, die man nicht versteht (Marcos hat viele daran erinnert), die nicht wissen, was sie wollen. Ihre Kultur, ihre Identität ist eine „Andere", die nichts beiträgt zu „Entwicklung", „Fortschritt" und „Wissenschaft", die näher dran ist am „Primitiven", „Wilden", „Reproduktiven", „Natur" als an der „Kultur" und dem „Verstand".

Die Indios von Chiapas haben gegen die Unsichtbarkeit, die Stille, die Abwertung, die tägliche Verachtung und den täglichen Tod rebelliert. Sie haben gegen die Nichtanerkennung des Anderen rebelliert. Aber sie haben mit Waffen, Gewalt und Krieg rebelliert, das heißt mit Mitteln, die die Situation herbeigeführt haben, die sie bekämpfen. Der Krieg ist der blutige Kampf um die Macht durch den eigenen und fremden Tod. Macht, die auf diese Logik aufbaut, kann sich gleichwertig neben die sie unterdrückenden Macht stellen (so war es bei den zentral- und südamerikanischen Guerillas, die diese Gegenmacht letzten Endes nicht durch Waffen auflösen konnten) oder die Übermacht der einen über die anderen erreichen. Im letzten Fall wird der Sieger, unabhängig von seinen „guten Absichten" kurz oder mittelfristig wieder seine Logik den Anderen aufzwingen und damit den Teufelskreis des Systems weiterführen.

„Entwicklung" um die Menschheit zu zerstören

Der patriarchale Liberalismus hat „den Weg der EZLN-Guerilla" kritisiert, mit der Begründung, daß „Gewalt nie der Weg sein kann". Aber das ist eine heuchlerische Kritik, weil ihre Logik und Ethik selbst die der Gewalt sind. Das Patriarchat hat nicht nur die schlimmsten Formen der Armut hervorgebracht, der Unterwerfung, der Zerstörung und des Todes, sondern es hat auch

aus der „Entwicklung" ein Mittel zur Zerstörung der Menschheit gemacht. Die Technik ist nicht zum genießen des Lebens gemacht, sondern zur Kontrolle und Gehorsam durch die Drohung mit Zerstörung und Tod. Das Patriarchat kritisiert die Gewalt nur dann, wenn sie vom anderen kommt, wenn sie die Herrschaft der einen über die anderen in Frage stellt. Wenn aber Gewalt angewandt wird, um ihre eigene Logik durchzusetzen, wird sie unsichtbar gemacht. Es gibt nicht einmal das Bewußtsein über diese Essenz von Gewalt, die das patriarchale System am Leben hält. Innerhalb dieser Logik ist es sehr logisch, mit Gewalt und Krieg zu antworten. Der Aufstand von Chiapas hat das Spiel mitgespielt: Wenn die zerstörerische Macht ausschlagebend für das Recht ist, dann gibt es kein Recht ohne eine Gegenmacht: „Frieden ist nur möglich, wenn es zwischen den Parteien ein Gleichgewicht von tödlicher Macht gibt". Der Zweck heiligt die Mittel.

Aber die feministische Kritik greift die Grundlagen dieser beiden Delirien grundlegender und radikaler an. Egal ob von den Mächtigen oder den Entmachteten: Im Namen des Gemeinwohls bleiben die Freiheit und das Leben immer außen vor. Im Gegensatz zu den Rebellionen innerhalb des patriarchalen Systems sucht der Feminismus eine andere Dimension des Zusammenlebens. Dabei ist eine Ethik gesucht, die eben nicht davon ausgeht, daß der Zweck die Mittel heiligt, denn der Gegensatz von Form und Inhalt ist eine der Grundlagen des herrschenden Systems.

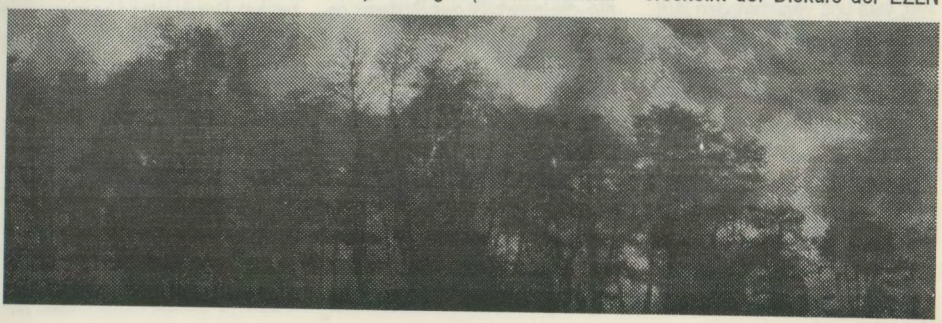
Der patriarchale Diskurs der EZLN

Jede Handlung sagt mehr als ihr verbaler Diskurs. Jede Handlung produziert explizite und implizite Symbole und Muster davon, was als möglich und wünschenswert angesehen wird. Ein kultureller (oder gegenkultureller) Diskurs situiert sich dadurch, daß er Werte schafft, indem er Gefühle, Wünsche und Aktionen verbindet. Wir finden den allgemeinen Diskurs der EZLN in zweierlei Hinsicht für äußerst patriarchal.

Erstens festigt er die Auffassung, daß Gewalt nur mit Gewalt bekämpft werden kann, und daß Gewalt legitim ist, wenn sie von den Entmachteten und Unterdrückten angewandt wird. Dagegen haben wir als Feministinnen schon viel gesagt. Zweitens hat die EZLN mit der gleichen Ethik, die sie zu bekämpfen vorgibt (die der ökonomischen und politischen nationalen und internationalen Macht) vorsätzlich die Rechtfertigung gesucht, um zu töten und zu sterben. Ihre Taktik, eine formale Kriegserklärung abzugeben, ein Gebiet unter ihre militärische Kontrolle zu bringen, in dem ein Alltag gelebt wird, Militäruniformen zu erlangen, zu verteilen und zu präsentieren, traditionelle militärische Strukturen und Posten einzuführen u.s.w. - mit all diesen Mitteln hat die EZLN Respekt vor den Regeln des „modernen" Patriarchats gezeigt, die entwickelt wurden, um die schrecklichen Konsequenzen seiner kriegerischen Obsession zu verharmlosen (die sogenannte Genfer Konvention); der Respekt sollte dazu führen, nach den gleichen Regeln als „kriegsführende Macht" anerkannt zu werden. Nach den herrschenden Kriterien ist das ohne Zweifel „eine sehr intelligente Taktik", aber für uns bedeutet das die Anerkennung des Systems des Todes und der Ausrottung, indem die „Notwendigkeit und Gültigkeit" betont wird, den Kriegswahnsinn zu regeln und sich in sie einzuordnen.

Politik als Feld des Pragmatismus

In seinen spezifischen Aspekten erscheint der Diskurs der EZLN



nicht so vereinfachend, sondern viel komplexer. Darum hat er eine weitverbreitete Sympathie geweckt. Dennoch muß der Diskurs genauer und aus feministischer Sicht analysiert werden.

Zuerst viel darin auf, daß das neoliberale ökonomische Modell als unhaltbar bezeichnet wird, daß es nicht das ist, als was es die Regierung verkauft. Daß es ein Modell ist, das trotz seiner wunderbaren makroökonomischen Erfolgszahlen mindestens 40 Millionen MexikanerInnen ausschließt und das

und Gleichmacherei, die jede reale Diversität, jede tiefgehende Kommunikation erdrückt. Mit der immer größeren Parzellierung des Wissens und des Verhältnisses zum Leben und zur Welt verstärkt sich auch das Gefühl der Unmöglichkeit von Utopien. Dadurch ist die Politik zu einem Feld des Pragmatismus geworden. Auf der einen Seite schien es, als ob die Rebellion ihren Sinn verloren hätte, daß es nur möglich sei, unter der mathematischen Kalkulation des Machbaren zu agieren, nur kurzfri-

dererweckt hat. Aber darüber hinaus hat sie das Recht wiederhergestellt, die Differenz einzufordern, sich der Gestze der Unterdrücker zu entziehen, die Würde auf anderen Wegen auszudrücken. Das Recht, eigene Alternativen auszuprobieren, das Recht anzuzweifeln, was Gut gegeben ist, oder was als Wert alles andere ausschließt. In anderen Worten hat die EZLN eine Hoffnung für die Differenz, die Vielfältigkeit geweckt. Das sind Elemente, die feministischer Phantasie Nahrung geben.

trotz seiner „Demokratie" - Versprechen diese nur für einige wenige möglich macht. Diese Informationen sind nicht neu, aber der neozapatistische Aufstand gibt ihnen eine neue Dimension, die darüber hinausgeht, sie nur immer wieder zu benennen. Wir meinen das Recht, gegen das zu rebellieren, was uns verschwinden läßt.

Mit dem Fall der Mauern und der patriarchalen Utopien ist das Ende dieses Jahrhunderts an eine große Hoffnungslosigkeit gelangt, an das Fehlen von zivilisatorischen Perspektiven, an eine absolute Relativierung von Gut und Böse und gleichzeitig an vertiefte fundamentalistische Moralvorstellungen, an eine verstärkte Gleichförmigkeit

stig zu handeln ohne den Bezug zum Wünschenswerten zu messen, ohne an eine wünschenswerte Zukunft zu denken, ohne Phantasie anzuspornen, da ja schon alles wünschenswerte gescheitert war. Auf der anderen Seite gab es eine verbreitete Praxis, daß nur die Methoden, Formen und Spielräume, die innerhalb des Systems gegeben werden, Fortschritt und Wandel erlauben - es war nicht möglich, aus der Legalität auszuscheren.

Rebellion wieder denkbar

Ein großer Teil der Symphatie und des Erstaunens über die EZLN läßt sich darauf zurückführen, daß sie die Möglichkeit zur Rebellion wie-

Dann ist da noch der explizite Diskurs der EZLN, der in den Kommuniques zu uns gelangt ist und den wir sehr glaubwürdig finden. Das steht in Verbindung mit dem oben Gesagten, da ein Teil der zivilisatorischen Hoffnungslosigkeit, mit der fehlenden Kommunikation zwischen Politik und Individuen zu tun hat. Der Aufstand begann ohne eine absolute Wahrheit oder eine messianische Sprache. Der Vorschlag der EZLN explizit betonte, nicht die Macht übernehmen zu wollen. Sie erkannten die Pluralität an und redeten und interpretierten nur von sich selbst aus, nicht im Namen von anderen. Das ist ohne Zweifel neu und viel demokratischer als die traditionellen po-

litischen Diskurse, damit unterscheiden sie sich von den Guerillas des Kontinents. Aber diese Haltung verliert sich von dem Augenblick der Verhandlungen mit der Regierung.

Die ausschließende Macht der Waffen

Bei den Verhandlungen zeigte sich wieder einmal der traditionelle, formale, selektive und männliche Stil, Politik zu machen: Zwei Kräfte, die als solche nicht das Ganze repräsentieren, verhandeln untereinander über das Schicksal von allen. „Alle" können mehr oder weniger sein, aber zumindest in Chiapas gibt es da diejenigen, die die EZLN unterstützen, diejenigen, die gegen sie sind, und diejenigen, die auf keiner Seite stehen. Und unter diesen letzten beiden sind nicht nur Viehzüchter und Kaziquen. „Alle" sind die Vielfalt dieser Region. Ein nicht repräsentativer Frieden schließt nur die ein, die die Macht der Waffen besitzen (die offiziellen oder die aufständischen) und ist damit der Wille, keinen Frieden zu erreichen. Das Schicksal einer Region und vielleicht auch der ganzen Nation (denn es ist nur wenig bekannt geworden darüber, was tatsächlich verhandelt wurde) gehört in die Hände der Vielfalt und nicht nur in die Hände derjenigen, die Waffen haben und durch diese Macht zeitweilig die ewig Mächtigen herausfordern können.

So zeigen der Krieg und seine Folgen eine Konfrontation, die nichts zu tun hat mit Diversität und Pluralität, auch wenn diese zum Diskurs und den ehrlichsten Absichten einer der beiden Parteien gehören. Früher oder später kann der Teufelskreis neu beginnen.

„Wer hat das Recht zu entschuldigen?"

Ein weiterer Aspekt des Diskurses der EZLN ist vielversprechender und weiterführender. Von den traditionellen Politikern gelangt ein flacher, phantasieloser, wiederholender, demagogischer und linearer Diskurs zu uns, in dem sich niemand wiederfindet. Der Diskurs des CCRI und besonders die Kommuniques des Subcommandante Marcos haben viele Menschen angesprochen. Ihr literarischer Charakter, vielleicht ein bißchen rethorisch und theatralisch, aber mit einer ständigen Verbindung zwischen Verstand und Gefühlen, hat meistens den Alltag berührt, die Fragen, Schmerzen und Hoffnung des unzufriedenen Individuums; ein Diskurs, der ohne Angst und gegen alle Gewohnheit vom persönlichen Standpunkt aus spricht und auf diese Weise kommuniziert und in Dialog tritt, der witzig ist und sogar ironisch. In diesem Sinn hat er Menschen aus Fleisch und Blut berührt.

Von einer Logik und einer symbolischen Ordnung aus, die nicht feministisch ist, hat er uns eine Lektion erteilt, von der wir lernen können. Diese Art von Kommunikation war die feministische Utopie von Kommunikation, die sich verloren hat, weil wir irrtümlich glaubten, daß wir nur dann gehört werden, wenn wir die Sprache des anderen sprechen. Die Sprache hat uns Frauen niemals benannt, und als wir lernten, uns zu stammeln, begannen wir, den Diskurs nachzuahmen, den wir ändern wollten. Wir sind zu Spezialistinnen in Frauenthemen geworden, mit einer Sprache, die nicht mehr kreativ ist, mit symbolischen Codes, die die männliche Vorstellungswelt unterstützen und nichts neues schaffen, die näher an den Sozialwissenschaften sind als am alltäglichen Leben.

Gekürzt aus Lateinamerikainfo, geschrieben von Frauen aus Mexiko-Stadt in der feministischen Zeitschrift „La Correa"

ChaotInnen aller Länder vereinigt euch!

Natürlich kommt ein Unglück nie allein. Und natürlich trifft es immer die am Härtesten, die eigentlich gar nichts dafür können. Mit dieser Träne im Auge schluchtzten am Wochenende um den 4. August die Komentatoren der Medienanstalten ins Sommerloch und beklagten die Ungerechtigkeit der Welt und das harte Schicksal Europas.

Während kroatische Truppen im nahen Bosnien ihren Eroberungsfeldzug gestartet hatten und sich die Tagesschaumattscheiben blutrot färbten, tobte zeitgleich in Hannover, mitten im Herzen der "Zivilisation", eine Schlacht zwischen "Punkern" und der ihnen "hilflos" ausgelieferten Bullizei.

Wir erinnern uns: 1994 lebte eine gute alte hannöverische Tradition wieder auf, die da in etwa so lautete: "Alle Chaoten Europas kommen einmal im Jahr in einer stinknormalen Spiesserstadt alle auf einen Haufen zusammen, und dann wird man schon sehen, wie das ausgeht."

Dieses Konzept hatte auf Seiten der "BesucherInnen" eigentlich immer für gute Stimmung gesorgt, wenn es auch meist auf Eiereien mit den Bullen hinauslief, aber selbst das hat ja bekanntlich etwas, zumal für Punks und "Gesocks", die ja eh nichts zu verlieren haben, als ihren mitlerweile sozialarbeiterisch gut behüteten guten Ruf.

So ging dann schon in der Anreisenacht die Post ab, brannten Barrikaden und lieferten sich Jugendliche Straßenschlachten mit den Einsatzkräften, und das gemütlich bis zum sonntäglichen Partyende. Geht man davon aus, daß man in den Aufrufen zu den Chaostagen 1995 ziemlich klarstellte, daß man diesmal Hannover nicht nur "in Schutt und Asche" zu legen gedachte, wie es die Presse 94 herausposaunte, sondern beabsichtigte, diesmal mit Atombomben und C-Waffen anzurücken, dann verwundert es schon, daß die Bullenstrategie auf "Deeskalation" hinauslief, wie sich die Einsatzleitung immer wieder weinerlich entschuldigte. So reisten, im Gegensatz zu den ca. 600 im Vorjahr, am Wochenende einige tausend Punks und andere Chaoten nach Hannover, auf der anderen Seite über 2.000 Polizeikräfte inclusive BGS aus dem gesamten Bundesgebiet. Das Resultat waren offiziell 200 verletzte Polizisten, 220 Festnahmen und etwa 1000 vorrübergehend in Gewahrsam Genommene.

Im Nachhinein muß man sich schon wirklich fragen, was hätten die Bullen denn anderes machen sollen? Immerhin war im Chaostageaufruf ganz klar davon die Rede, auch Verhaftungen nicht zu scheuen und im gegebenen Fall eine "Riesenknastfete" steigen zu lassen. Die Trumpfkarten steckten also von vornherein auf Seiten der Punks und Chaoten und die Bullerei hatte letztendlich nur die Möglichkeit zu wählen zwischen Straßenschlacht oder Schlachthaus und das alles vor den Augen der heißgemachten Presse. Letztendlich wurden sie vorgeführt und die vielgelobte gutbürgerliche Gesellschaft an den Rand ihrer Grenzen getrieben. Das war der lang verloren geglaubte Schlag der Punks in die Fresse der Spießer, der gut eingerichten WohlstandsbürgerInnen, der selbstgefälligen und heuchlerischen Politik. Wir stehen nicht am Vorhof der europäischen Friede-Freude-Eierkuchenrepublik, sondern wir sitzen auf einer Bombe, die tickt und deren Ticken verbissen unterdrückt wird von den Jubelgesängen der demokratischen Schulterklopfer. Konsequenterweise kann die Politik auf eine Situation, wie sie zu den Chaostagen provoziert wurde, nur mit Gewalt und Verschärfung von Gesetzen reagieren, muß sie sozusagen die Masken fallen lassen. Letztendlich ist es die Konsequenz, nach "innen" zu beweisen, daß sie gewillt ist, ihre Interessen wieder mehr mit Gewalt und Diktatur durchzusetzen, wie sie es außenpolitisch mit dem Einsatz der Bundeswehr in Kriesengebieten ja schon kontinuierlich tut.

Dieses nicht zu vermeidende OUTING fällt altgedienten DemokratInnen und Staats- dienerInnen natürlich sichtlich schwer und Situationen wie die Chaostage sind ein gutes Mittel, um diese "Zu-spät-kommer" mal richtig durchzuschütteln. So paßt es wie die Faust aufs Auge, wenn die Polizeieinsatzleitung, der Innenminister Niedersachsens und diverse PolitikerInnen übereinander herfallen und sich ihre Unfähigkeit vorwerfen. Beachtlich ist sogar, daß der Bundesinnenminister Kanther seine Untergebenen anpfeift und härteres Durchgreifen fordert. Die Zukkerbrot-Zeiten sind also vorbei, nicht nur bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen. Überall! Von dorther weht der Wind, wenn auch noch gemäßigt. Das beklagte auch Hannovers Polizei-Einsatzleiter, der sich in seiner Rolle als Puffer zwischen Punks und Politik mit Recht überfordert sah und die Verantwortung für den Zustand der deutschen Jugend an die gesellschaftlichen Instanzen weitergab. Aber wer kann diesen Gedankengängen an den Schreibtischen und Rednerpulten schon folgen, wo es um Militäreinsätze der BRD in Feindesland geht... Da kann ein kleiner Ober-Bulle lange jammern, woher dieses Gewaltpotential bei den Jugendlichen kommt, und seiner Angst Ausdruck verleihen, sich nicht nur Punks gegenüber zu sehen, sondern auch Hooligans und Skins und Autonomen und so. Wieder ein Pluspunkt für die Chaostage, bestand doch die Absicht, nicht nur ein schlaffes Punkrevival abzuhalten, sondern die Creme de la Creme der europäischen Chaoten an einen Tisch zu bringen, was auf der politischen Ebene Linken wie Rechten ja nie so recht gelungen ist. Hier wird es für den Einsatzleiter Zeit, seinen Verstand auszuschalten und sich in die gepanzerten Reihen seiner Strassenprügelkommandos einzureihen, oder seinen Verstand zu behalten und seinen Försterrock an den Nagel zu hängen und... ja und... (aber das ist schon wieder eine andere nicht so leicht zu beantwortende Frage).

Aus dem Schutt, den die Chaostage nicht nur in Hannover hinterlassen haben, kann man letztendlich einen vollen Erfolg der Sache herauslesen. Sicher wird sich das Land durch solche Ereignisse nicht verbessern, aber es wird deutlicher erkennbar und durchschaubarer. Bei solchen Anlässen Lösungen zu suchen, ist der falsche Ort. Das Konzept der Chaostage 95 ist vollkommen aufgegangen. Über mehrere Tage wurde eine deutsche Stadt in Atem gehalten, kamen sich unterschiedliche Jugendsubkulturen einen Schritt näher, und das nicht, um sich gegenseitig aufs Maul zu hauen. Polizei und Politik wurden vorgeführt, wie es breitenwirksam in diesem Lande schon lange nicht mehr gelingt, selbst die Faschos, die ja bekanntlich in hiesigen Landen auf ein breites SympathisantInnenpotential zurückgreifen können, mußten ihren Rudi-Hess-Gedenklauf auf Grund der Bullenpräsenz zurückfahren. Und zu guter letzt war das alles natürlich eine hervorragende Werbung für die Chaostage, die ja bekanntlich terminlich bis ins Jahr 2000 vorgeplant und ausgerufen sind. Sicher tun sich viele Fragen auf, z.B. warum sich vieles wieder auf die Nordstadt Hannovers konzentrierte und nicht wie geplant auf die City. Oder warum Chaos oder Spaß mit der Staatsgewalt haben immer in Gewalt und Straßenschlachten ausarten muß, liegt es an unserer Phantasielosigkeit oder am Gegner? Fakt ist zumindest, daß kein verbrannter "Un"-Deutscher, kein in den Verzweiflungstod gegangener Flüchtling, kein Bundeswehr-Tornado über Jugoslawien mehr in der Lage ist, die Durchschnittsgemüter der deutschen Volxseele zu erschüttern. Heute muß man die Tempel der Wohlstandsgesellschaft angreifen, die Supermärkte plündern und Privatautos umkippen, muß man das alltägliche Chaos aus dem Fernseher in die Stuben und Stadtviertel der Ruheständler umleiten. Und wem gelingt das schon noch? Den Pennern mit ihren Bierdosen vor der Kaufhalle? Den FAP-Nazis bei einem Aufmarsch auf irgendeinem abgelegenen Kriegerfriedhof? Den in Abschiebehaft sitzenden Flüchtlingen aus aller Welt?

Bei den Chaostagen haben es die Punks seit langer Zeit mal wieder geschafft, einen Fuß aus der Schublade herauszubekommen, die ihnen die Gesellschaft zugewiesen hat.

Wem gelingt das schon noch?

A.R.

P.S.: Nächste Chaostage: 2.-4.8.96, 1.-3.8.97, 31.7.-2.8.98, 6.-8.8.99, 4.-6.8.2000!

Termine und was los ist im September

1.9. Freitag

Ganztags Berliner Lesbenwoche Infos: Fax/Tel. 030/6183526

Antikriegstag, Open Air in Bergen/NDS zur Auflösung des Truppenübungsplatzes

Waldbad Zwenkau, 16 Uhr, 1. Leipziger Motorradfestival, mit Dr. Jenzz, Black Label, Factory of Art

mb, 21 Uhr, Oberkeller, DJ Donis legt auf...

ZORO, Konzert mit NFL (D) und The End of Earth (L.E.)

Camera Eutritzsch, 21 Uhr „Homo Faber" (BRD 1990)

Galerie Fiedler, Nikoleistr. 59, Ausstellung bis 5.10. des Frauenkultur e.V. Leipzig „Mensch und Symbol", L.Adler, R.Bühler, G.Francik, L.Krüger, G.Leppke, G.Pontus,S.-M.Plath, M.R.Enayat, G.Reinemer, M.Schluz-Fieguth, M.Spiller, C.Timmler"

2.9. Samstag

Ganztags Berliner Lesbenwoche Infos: Fax/Tel. 030/6183526

Waldbad Zwenkau, 10 Uhr, 1. Leipziger Motorradfestival mit Crain of Sand, Crosstown Traffic, J. Boss Band

Schaubühne Lindenfels, 15 Uhr, Das Große Beatles Wochenende im Freilichtkino Viktors Garten "The Beatles - Die Filme. Die Musik. Die Texte." U.a. "A Hard Days Night", GB 1964 und "Help" GB 1965

Conne Island, 20 Uhr, Konzert mit Slapshot, Bitter, Right Direktion Boston Hardcore, Frecking crew und oranjes

Camera Eutritzsch, 21 Uhr „Homo Faber" (BRD 1990)

Details

1.9., ZORO, NFL spielen melodischen Punkcore mit gelegentlichen RUN DMC HOP-Einlagen. THE END OF EARTH präsentieren langweiligsten Doom mit Überlängensongs.

YO LA TENGO, am 6.9 im Eiskeller zu sehen

6.9., Conne Island, YO LA TENGO gehen bis an die Grenzen des Erträglichen. Sie nehmen sich das Recht, Anforderungen an die HörerInnen zustellen, die 1995 einfach nicht mehr haltbar sind. Uns schlägt die pure und geballte Elektrik zeitgenössischer Gitarrenmusik entgegen. Turbulente Sessions, in deren Verlauf der eine oder andere Gitarrenkoffer fast in Flammen aufgeht und sogar die Orgel Feuer fängt. Mal spielen sie den schönsten Gitarrenpop, nur um kurz darauf in Feedback-Lärmstrudel einzutauchen, für die Worte wie laut,

3.9. Sonntag

Ganztags Berliner Lesbenwoche Infos: Fax/Tel. 030/6183526

Waldbad Zwenkau, 10 Uhr, 1. Leipziger Motorradfestival

Schaubühne Lindenfels, 15 Uhr, Das Große Beatles Wochenende im Freilichtkino Viktors Garten "The Beatles - Die Filme. Die Musik. Die Texte." U.a. "A Hard Days Night", GB 1964 und "Help" GB 1965

Camera Eutritzsch, 21 Uhr „Homo Faber" (BRD 1990)

4.9. Montag

Halle, 21 Uhr, Kellnerstr.10A (Versammlungsraum) Antifa-Öffentlichkeitsgruppe

Camera Eutritzsch, 21 Uhr, Film „Homo Faber" (BRD 1990)

5.9. Dienstag

Frankfurt/Main, 9.30 Uhr, Gerichtskomplex Frankfurt; Hammelgasse; Prozeßtag gegen Birgit Hogefeld; Kontakt: Info-AG, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel.: 0611/440664 (Freitags 18-20 Uhr)

Fauenkultur e.V. Leipzig, 15-18 Uhr, „Mihraban - Frauen im Asyl" Treffen ausländischer und deutscher Frauen

Frauenbibliothek MONAliesA, 19.30 Uhr, "Frau sein - frei sein", Über Chancen und gefahren des weiblichen Lebenswegs am Beispiel von Rotkäppchen mit Judith Jannberg (Österreich)

Camera Eutritzsch, 21 Uhr „Homo Faber" (BRD 1990)

6.9. Mittwoch

Conne Island, 20 Uhr, Konzert mit Yo La Tengo (Hoboken, USA), Notwist - zwei der genialsten Gitarrenbands des Universums, nur hier zusammen auf der Bühne. *Siehe Anhang!*

Camera Eutritzsch, 21 Uhr „Homo Faber" (BRD 1990)

7.9. Donnerstag

Frankfurt/Main, 9.30 Uhr, Gerichtskomplex Frankfurt; Hammelgasse; Prozeßtag gegen Birgit Hogefeld; Kontakt: Info-AG, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel.: 0611/440664 (Freitags 18-20 Uhr)

Conne Island, 21 Uhr, Offenes Antifaschistisches Plenum

mb, 21 Uhr, Eröffnungskonzert der 19. Leipziger Jazztage mit

Details

verzerrt und schräg kaum als Beschreibung ausreichen.

THE NOTWIST spielen auf eine hierzulande noch nicht gehörten Art und Weise, arbeiten Notwist auf der Grundlage ihrer einzigartigen Songs mit Sounds und Techniken, die sich nur scheinbar diametral gegenüber stehen. Noiseattacken treffen mit Banjo Loops, feingliedrige Popsongs werden mit wüsten Drumcomputersachen bombardiert, harte Metalpassagen mit extrem zerbrechlichem Gesang unterlegt und dadurch auf clevere Art und Weise wieder konterkariert. Die 4 Weilheimer zeigen souveränen Forscherdrang, haben damit ähnlich wie ihre Labelmates 18th Dye auch internationalen Erfolg, und sind der deutschen Szene wieder mal um Lichtjahre vorraus.

The Notwist

Köstritz Band, Gunther Hampel - Concept in Jazz/Rap
Grassi Kino, 22.30 Uhr „Out of Rosenheim" (USA 1987); Märchenhafte Komödie über eine Selbstbefreiung einer deutschen Touristin in den USA, die in einem einsamen Wüstenhotel hängenbleibt und den Laden mit Charme und Zauberkunststücken in Schwung bringt.

8.9. Freitag

mb-Terasse, 16 Uhr, Leipziger Jazz Tage, Gunther Hampel - Concept in Jazz/Rap
Grassi Kino, 22.30 Uhr „Out of Rosenheim" (USA 1987); Märchenhafte Komödie über eine Selbstbefreiung einer deutschen Touristin in den USA, die in einem einsamen Wüstenhotel hängenbleibt und den Laden mit Charme und Zauberkunststücken in Schwung bringt.
mb, 23 Uhr, UK Jazztage Nachtclub mit Ecki Gleim Trio, Modern Walking, Marcus Schinkel Quartett feat. Eric Vloeimans

9.9. Samstag

Leipziger Marktplatz, 10 Uhr, Tag der Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Behinderung; Buntes Markttreiben mit Kulturprogramm, Mal- und Bastelstrecke usw. unter der Schirmherrschaft von Lämmi Grube, Leipzig kommt! Wir sind dabei! Eieiei!

Anker, 21 Uhr, Konzert mit „Illdisposed", „Haggard" und „Disgust" (Deathmetal)
mb, 23 Uhr, UK, Jazztage Nachtclub mit Ecki Gleim Trio, Christinan Winninghoff Quartett, Ragman Connection

10.9. Sonntag

Grassi Kino, 22.30 Uhr „Out of Rosenheim" (USA 1987); Märchenhafte Komödie über eine Selbstbefreiung einer deutschen Touristin in den USA, die in einem einsamen Wüstenhotel hängenbleibt und den Laden mit Charme und Zauberkunststücken in Schwung bringt.

11.9. Montag

Conne Island, 18 Uhr, Infoladen, Vorbereitungstreffen zur Einberufung im Oktober
Halle, 21 Uhr, Kellnerstr. 10A (Versammlungsraum) Antifa-Öffentlichkeitsgruppe

Leipziger Spielgemeinde, 20 Uhr, „Judasfrau"; Ein Stück über die Lebenslüge einer Denunziantin nach der Erzählung „Die Vertrauensperson" von Helga Schubert. Bühnenfassung: Leipziger Spielgemeinde
mb, 21 Uhr, VT Konzert mit „Poems For Leila"
Grassi Kino, 22.30 Uhr „Out of Rosenheim" (USA 1987); Märchenhafte Komödie über eine Selbstbefreiung einer deutschen Touristin in den USA, die in einem einsamen Wüstenhotel hängenbleibt und den Laden mit Charme und Zauberkunststücken in Schwung bringt.

12.9. Dienstag

Grassi Kino, 16 Uhr und 22.30 Uhr „Out of Rosenheim" (USA 1987); Märchenhafte Komödie über eine Selbstbefreiung einer deutschen Touristin in den USA, die in einem einsamen Wüstenhotel hängenbleibt und den Laden mit Charme und Zauberkunststücken in Schwung bringt.

13.9. Mittwoch

Grassi Kino, 22.30 Uhr „Out of Rosenheim" (USA 1987); Märchenhafte Komödie über eine Selbstbefreiung einer deutschen Touristin in den USA, die in einem einsamen Wüstenhotel hängenbleibt und den Laden mit Charme und Zauberkunststücken in Schwung bringt.

14.9. Donnerstag

Frankfurt/Main, 9.30 Uhr, Gerichtskomplex Frankfurt; Hammelgasse; Prozeßtag gegen Birgit Hogefeld; Kontakt: Info-AG, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel.: 0611/440664 (Freitags 18-20 Uhr)
Conne Island, 21 Uhr, Offenes Antifaschistisches Plenum

ZORO, 2. ZORO (nicht nur) Hardcore gegen Konsum und Kommerz Festival; politisch korrektes **Nachmittagskino** (2 Filme); politisch korrekte Vinyl-

2. ZORO (NICHT NUR) HARDCORE GEGEN KONSUM UND KOMMERZ-FESTIVAL

14.-16.9., ZORO

Viele werden sich fragen, warum einige Leute immer noch nicht einsehen, daß Punk, Hardcore und all der restliche, mit gewissen Widerstands-/Protest-Ideen verbundene Underground längst hoffnungslos vermarktet sind, und alljährlich ein Festival unter dieser schon oft gehörten Überschrift veranstalten.
Hier geht es nicht um Originalität der Grundideen, - über die musikalische Seite sollte jede/r selbst befinden- sondern darum, mit einem außergewöhnlichen Ereignis darauf aufmerksam zu mahen, daß eine unabhängige selbstgemachte Konzert "Kultur" noch besteht und möglich ist, und eine Anpassung an allerorten steigende Preise und die Mutation von Konzerten zu Konsum- und Profit-Happenings nicht sein muß.
Auf keinen Fall soll damit eine perfekte, politisch korrekte Veranstaltung als Vorbild hingestellt werden. Dazu fehlt es auch an straight edge oder sonstig predigenden Bands. Aber das Einbeziehen möglichst vieler Leute in die Organisation, "konservative" 8 Märker pro Abend, der Verzicht auf superbekannte Stars auf der Bühne und damit verbunden ein rücksichtsvolles Publikum und viele weitere wichtige Kleinigkeiten machen das Festival zu etwas anderem als jene Megaveranstaltungen für billig (oder nicht) und viele Leute a la Dynamo in Eindhoven. Daß alle Bands für Spritkosten (200-400 Donx) spielen und sonst ach alle für umsonst die nötigen Arbeiten verrichten, scheint da fast selbstverständlich. Das am Ende vielleicht übrige Geld wird z.T. für Reparaturen im Zoro verwendet und zum wahrscheinlich größeren Teil an autonome Jagdsabotage/Anti-Lebendtransportgruppen (genaue Infos und Erklärungen über unsere Beweggründe dazu auf dem Festival) gespendet. Im letzten Jahr wurden 800 dm dem Ladronka-Squat in Prag und 600 dm für Material zum endgültigen Abdichten des Zoro-Dachs zur Verfügung gestellt. Nebenbei gibt eine Veranstaltung wie das Festival außerhalb der energie- und phantasiefressenden Konzertorganisation über Monate und Jahre hinweg einen Motivationsschub für Publikum und VeranstalterInnen, neben oder gerade mitten in der ganzen Multimedia-Scheiße weiter ´n Stück Protest zu leben.

Geld, das beim Festival übrigbleibt, kommt nach den Vorstellungen der VeranstalterInnen u.a. eingesperrten und gequälten Tieren zu gute

und Tapedealerei; veganes Essen und Trinken zu fairen Preisen, **20 Uhr,** Konzert mit Maggot, Slayer Overdrive (UK), Police Bastard (UK), War Collapse (SWE), Extinction of Mankind (UK)

15.9. Freitag

ZORO, 2. ZORO (nicht nur) Hardcore gegen Konsum und Kommerz Festival; politisch korrektes **Nachmittagskino** (2 Filme); politisch korrekte Vinyl- und Tapedealerei; veganes Essen und Trinken zu fairen Preisen; **19 Uhr,** Konzert mit Fleas and Lice (NL), Brawl (Irl), Subcaos (Por), Yacopsae (D), Mrtva Budoucnost (CZ)

mb, 20 Uhr, Innenhof, Gabi Frauendorfs Modenschau mit dem Leipziger Salon Orchester; Heiße Ware dreht ihre Runden im Löwenzwinger

Conne Island, 20 Uhr, Konzert mit Ignite, Earth Crisis, Shift, Undertow - Uniform Choice - Verschnitt trifft sich mit Power Hardcore und vegan Posse - alle USA

16.9. Samstag

Marktplatz, 10-14 Uhr, 16. Leipziger Buchmarkt mit Informationsständen der Lpz. Bibliotheken und Buchverkauf

Conne Island, 16 Uhr, Sound Navigator Out Door Soundclash - der erste Soundclash in der Zone, sechs Soundsystems und viele Toaster, Rapper: Silly Walks (Hamburg): Dancehall, Ruff Cutz (Hamburg): Jungle, Dub Me Ruff (Hamburg): Dub House, Irie Hifi (Hamburg): Dub/Roots, Corea (Hamburg): House, Far East (Leipzig): Dancehall. *Siehe Anhang!*

ZORO, 2. ZORO (nicht nur) Hardcore gegen Konsum und Kommerz Festival; politisch korrekte Vinyl- und Tapedealerei; veganes Essen und Trinken zu fairen Preisen; **19 Uhr,** Konzert mit Agathocles (BEL), Entrails Massacre (D), Tisic Let OD Räje (CZ), Jack off all traves (D), eventl. Luzivers Mob (D) ..und natürlich das nach wie vor allseits beliebte gemeinsame Aufräumen und Saubermachen!

17.9. Sonntag

Fretzdorf/Wittstock, Konzert für die freie Heide mit Keimzeit

18.9. Montag

Halle, 21 Uhr, Kellnerstr. 10A (Versammlungsraum) Antifa-Öffentlichkeitsgruppe

Details

16.9., Conne Island, **Sound Navigator Out Door Soundclash;** In Hamburg gibt es grundsätzlich ein starkes Bedürfnis nach einer glaubwürdigen Szene, in der sich politischer und musikalischer Anspruch verbinden.
Der Reggaeboom im Hamburger Untergrund war zwischenzeitlich so groß, daß es sogar Raver zu Reggaeveranstaltungen zog, wie dem Dub-Club vom Silly Walks Soundsystem oder den Gastspielen der Londoner IRATION STEPPAS, die ebenfalls auf Soundnavigator - dem Sampler vertreten sind.
Das Vorhaben, sich zu amüsieren, egal was kommt, diese Kampf-Amüsierhaltung - das paßt überhaupt nicht zum Reggae.

19.9., Frauenbibliothek MONAliesA, **"Blitzmädel, Heldenmutter, Kriegswitwe"** - Vortrag und Lesung zum Alltag von Frauen im Zweiten Weltkrieg. Neben den Auseinandersetzungen mit dem nazistischen Frauenbild und der Darstellung der NS-Frauenpolitik stehen an Hand von Interviews, Tagebüchern und Briefen die Erlebnisse und Aussagen unterschiedlicher Frauen im Mittelpunkt, die von Leid und Ängsten, Entbehrungen und Strapazen von der Grausamkeit des Krieges, aber auch vom Lebenswillen, der Menschlichkeit und der Friedensliebe der Frauen Zeugnis ablegen.

19.9. Dienstag

Frankfurt/Main, 9.30 Uhr, Gerichtskomplex Frankfurt; Hammelgasse; Prozeßtag gegen Birgit Hogefeld; Kontakt: Info-AG, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel.: 0611/440664 (Freitags 18-20 Uhr)

Fauenkultur e.V. Leipzig, 15-18 Uhr, „Mihraban - Frauen im Asyl" Treffen ausländischer und deutscher Frauen

Frauenbibliothek MONAliesA, 19.30 Uhr, "Blitzmädel, Heldenmutter, Kriegerwitwe" - Vortrag und Lesung zum Alltag von Frauen im Zweiten Weltkrieg mit Gerda Szepansky (Bln.), *Siehe Anhang!*

mb, 21 Uhr, VT Konzert mit Anne Katrin Bürger, Karola Nossek, Uschi Brühning und Babara Kellerbauer

mb, 21 Uhr, RT Konzert im Rahmen der interkulturellen Woche mit Inkarri (Nicaragua), Zinaldin (Algerien), ein Gospelchor aus Kamerun

20.9. Mittwoch

Rathaus Leipzig, öffentliche Stadtratsitzung

21.9. Donnerstag

Frankfurt/Main, 9.30 Uhr, Gerichtskomplex Frankfurt; Hammelgasse; Prozeßtag gegen Birgit Hogefeld; Kontakt: Info-AG, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel.: 0611/440664 (Freitags 18-20 Uhr)

Conne Island, 21 Uhr, Offenes Antifaschistisches Plenum

Leipziger Spielgemeinde, 20 Uhr, Premiere in der Thomaskirche; „Jedermann"; Das Spiel vom Sterben des reichen Mannes von Hugo von Hofmannsthal

Frauenkultur e.V. Leipzig, 20.30 Uhr, In der Reihe „Fauenportraits" AutorInnenlesung mit Ebba D. Drolshagen „Des Körpers neue Kleider - Die Herstellung weiblicher Schönheit"

mb, 20.30 Uhr, VT Buddhismus eine Modeerscheinung?! "Einführung in den Tibetischen Buddhismus" mit Lama Ole Mydal. Buddhismus ist in! Hingehen!

22.9. Freitag

Melsung, Wochenendseminar: "Welche Bedeutung hat europäische Sozialpolitik für behinderte Menschen?"; AG-SPAK; Adlzreiterstr. 23; 80337 München; Tel.: 089/774078; Fax.: 089/774077

Details

Die harten Jungs von MY DYING BRIDE spielenam 22.9. im Conne Island

22.9., Conne Island, **My Dying Bride und guests**; This is epic!! With influences that range from Black Sabbath to The Levellers, all slowed down to half pace; with songs that come in at an average of eight minutes long, and a vocalist whose dynamic range is surely unparalleled, this sounds like a 90's version of Carmina Burana.

22.9., Haus Leipzig, 17.GIG-antenstadl; STORMBRINGER N.T.L. melden sich nach sehr langer Pause zurück. Die musikalische Spannung wird sich erst am 22.9. löse: Totgeglaubte leben länger und besser. NARCOTIKA dagegen ist junger Funk-Hip Hop aus Leipzig. Außerdem gibts noch Power-Metal aus Berlin mit QUASI MODO. Von balladesk bis speedy.

QUASI MODO, am 29. 9. im Haus Leipzig zu sehen

Conne Island, 20 Uhr, Konzert mit My Dying Bride und guests (USA) - Metal, Doom, Gothik: nichts wiegt schwerer. *Siehe Anhang!*

Haus Leipzig, 20 Uhr, 17.GIG-antenstadl "Kreuzung" mit Stormbringer N.T.L. (L.E.), Quai Modo (Bln.) und Narcotika (L.E.), *Siehe Anhang!*

mb, 21 Uhr, VT Konzert mit „Die Braut haut ins Auge", vier Frauen aus St. Pauli geben den Herren die Wasserkante

Anker, 21 Uhr, Konzert mit Kurtis Blow (USA), Hip Hop Party (Ein Muß für alle, die drauf stehen)

23.9. Samstag

Melsung, Wochenendseminar: "Welche Bedeutung hat europäische Sozialpolitik für behinderte Menschen?"; AG-SPAK; Adlzreiterstr. 23; 80337 München; Tel.: 089/774078; Fax.: 089/774077

Halle, Antirassistisches Fußballturnier, Infos unter Subbotnik, Tel: 0345/2025537

Oberammergau, 4.30 Uhr, Demo gegen das Verfassungsgerichtsurteil „Kruzifix raus aus deutschen Klassenzimmern!", Kommt alle!

Conne Island, 20 Uhr, Konzert mit 108 und Abhinanda, die New Yorker 108 mit Leuten von Inside Out treffen auf die Schweden des Refused - Umfeldes.

ZORO, 21 Uhr, Konzert mit Scum of Toytown (UK), Aliens (PL), Kaptenegurrak (EUSKADI), La Fraktion (FR)

24.9. Sonntag

Melsung, Wochenendseminar: "Welche Bedeutung hat europäische Sozialpolitik für behinderte Menschen?"; AG-SPAK; Adlzreiterstr. 23; 80337 München; Tel.: 089/774078; Fax.: 089/774077

Schaubühne Lindenfels, 17 Uhr, „Scarface" USA 1931 OF Verfilmung der Lebensgeschichte von Al Capone.

25.9. Montag

Schaubühne Lindenfels, 19 Uhr, „Scarface" USA 1931 OF Verfilmung der Lebensgeschichte von Al Capone.

26.9. Dienstag

Frankfurt/Main, 9.30 Uhr, Gerichtskomplex Frankfurt; Hammelgasse; Prozeßtag gegen Birgit Hogefeld; Kontakt: Info-AG, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel.: 0611/440664 (Fr. 18-20 Uhr)

Details

23.9., ZORO, SCUM OF TOYTOWN aus Westengland bringen mit ihrer verdamt melodischen Ska/Punk-Mischung endlich wieder was für´s Tanzbein ins Zoro. Einflüsse von Reggae und Dub und vordergründig politische Lyrics lassen lassen ihre Nähe zu Bands wie Citizen Fish, Senser u.ä. nicht leugnen. ALIANS aus Piza erfreuen uns dann mal wieder mit ihrem schon typisch polnisch zu bezeichnenen "Hippie"-Triola-Punk. Feiste Sorte Partysound...

SCUM OF TOYTOWN

Halle, 21 Uhr, Kellnerstr. 10A (Versammlungsraum) Antifa-Öffentlichkeitsgruppe

Schaubühne Lindenfels, 19 Uhr, DEFA Retrospektive „Chemie und Liebe" 1948. *(siehe Anhang)*

27.9. Mittwoch

Schaubühne Lindenfels, 19 Uhr, DEFA Retrospektive „Chemie und Liebe" 1948. *(siehe Anhang)*

28.9. Donnerstag

Frankfurt/Main, 9.30 Uhr, Gerichtskomplex Frankfurt; Hammelgasse; Prozeßtag gegen Birgit Hogefeld; Kontakt: Info-AG, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel.: 0611/440664 (Freitags 18-20 Uhr)

Conne Island, 21 Uhr, Offenes Antifaschistisches Plenum

Frauenkultur e. V. Leipzig, 20.30 Uhr, in der Reihe „Frauenportraits": „Lyrik, Prosa und Musik" mit zwei jungen Leipziger Autorinnen; Musik: Ingeborg Freytag

Halle, 21 Uhr, See bei Hohenweiden, Rave mit Uwe und Adama (Distille Leipzig) Rec. De Weirl und Andrew (Lanetic Boom Rave I und II), Highlander Franky B., Henry L. Ein Wiederbelebungsversuch der Rave Techno Szene in Halle!

29.9. Freitag

Chemnitz, Tagung "Menschenrechte und Demokratie in ost-west-deutscher Perspektive"; (Militarismus, Flüchtlinge); Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie; Bismarkstr. 40; 50672 Köln; Tel.: 0221/523056; Fax.: 0221/520559

Friedberg/FFM, Kongreß geGEN - für gentechnikfreie Landwirtschaft; Kontakt: Genethisches Netzwerk, Schöneweider Str. 3, 12055 Berlin, Tel.: 030/6858030; Fax.: 030/6841183

Leipziger Spielgemeinde, 20 Uhr, „Jedermann", Das Spiel vom Sterben des reichen Mannes von Hugo von Hofmannsthal

Conne Island, 20 Uhr, Konzert mit Atari Teenage Riot und EC 90 R mit Alec Empire, dem Breakbeat-Pionier - die Fortsetzung des Punk mit anderen Mitteln. *Siehe Anhang!*

Haus Leipzig, 20 Uhr, Just Now! - Das kleine Festival der verstärkten Beatmusik (Teil 2) mit Remembrance (Tuzla), Eskimo (Chemnitz) und Days of Grace (Merseburg), *Siehe Anhang!*

mb, 21 Uhr, VT, Konzert mit

Details

26./27.9., Schaubühne Lindenfels **"Chemie und Liebe"**: Der 10. DEFA Film wurde die erste antiimperialistische Komödie des Studios. Er erzählt die Geschichte des Chemikers Aland und seiner Assistentin Martina, die beide im Lande Kapitalia eine Formel entwickelt haben, aus grünem Gras, Butter zu produzieren. Der Konzernchef Da Kosta versucht, die Erfindung an sich zu bringen - mit Hilfe verführerischer Frauen. Doch da hat er die Rechnung ohne Martina gemacht...

29.9., Conne Island, **Atari Teenage Riot** sind so ziemlich das aufregendste, daß die deutsche Musikszene zur Zeit zu bieten hat: Punkrock mit Computern! Ihre Konzerte arten in wilde Headbanging- und Stagediving- Events aus. Sie gelten als Speerspitze einer Underground-Clubbewegung. Während Techno immer öfter tot gesagt wird, entwickelt sich eine neue Undergroundbewegung um Atari Teenage Riot.

„The Lemmonbabies“, Ob diesmal die Quote der gebrochenen Leipziger Männerherzen überboten wird? Sicher ihr Trottel!

30.9. Samstag

Chemnitz, Tagung "Menschenrechte und Demokratie in ost-west-deutscher Perspektive"; (Militarismus, Flüchtlinge); Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie; Bismarkstr. 40; 50672 Köln; Tel.: 0221/523056; Fax.: 0221/520559

Friedberg/FFM, Kongreß geGEN - für gentechnikfreie Landwirtschaft; Kontakt: Genethisches Netzwerk, Schöneweider Str. 3, 12055 Berlin, Tel.: 030/6858030; Fax.: 030/6841183

Conne Island, 20 Uhr, House Night mit Felix Da Housecat (Chicago), dem Chef des Radical Fear Labels und dem Lückenschließer von Chicago House und Detroit Techno - unverzichtbar.

Haus Leipzig, 22 Uhr, Krakowbeat - Kult vom Band zum Tanz; Was BEATet mehr?

1.10. Sonntag

Chemnitz, Tagung "Menschenrechte und Demokratie in ost-west-deutscher Perspektive"; (Militarismus, Flüchtlinge); Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie; Bismarkstr. 40; 50672 Köln; Tel.: 0221/523056; Fax.: 0221/520559

Friedberg/FFM, Kongreß geGEN - für gentechnikfreie Landwirtschaft; Kontakt: Genethisches Netzwerk, Schöneweider Str. 3, 12055 Berlin, Tel.: 030/6858030; Fax.: 030/6841183

Hetendorf, 14 Uhr, Antifaschistischer Sonntagsspaziergang

2.10. Montag

Rekrutenverabschiedung, nähere Infos unter Tel.: 4411795

Details

REMEMBRANCE von Tuzla aus dem Kriegsgebiet Bosnien, haben sich nun in Leipzig niedergelassen

29.9., Haus Leipzig, Konzert mit REMEMBRANCE, die reifen Gothik-Metal bieten und von der traurigen Seite des Lebens berichten, ESKIMO, die mit Bass und elektrischem Schlagzeug für ein derb treibendes Rhytmusfundament sorgen, über dem eine verzerrte skandierende Stimme und eine recht freie Gitarre ihr Unwesen treibt, und mit DAYS OF GRACE, die zwar ihren eigenen Stil prägen, jedoch im Wesen von Bands wie "Paradise Lost", "Pantera" oder "Metallica" beeinflußt sind.

Boris: "Also, isch versuche ja auch zu sparen, wo´s geht."

Steuersparen

im Verein am schönsten.

ROLLING

KLAROFIX EXKLUSIV DABEI!

Unschöne Szenen am Rande des Spektakels: Die eingesetzte Presse geht aggressiv gegen die anwesende Polizei vor.

Noch ein letztes Mal werden alle Systeme durchgecheckt - vor allem der feuerspeiende Delphin.

Als ich Dienstag Morgen im Hauptbahnhof am Bahnsteig 12 auf den ICE aus Berlin wartete, schwanden meine Hoffnungen, einen der Rolling Stones, die heute abend die Bühne auf der Festwiese betreten würden, vor mein billiges Diktiergerät zu bekommen. Die Stones in Leipzig, erstmalig und extra ins Tourprogramm aufgenommen, da hatte ich, ohne spektakulären Presseausweis und ohne größere finanzielle Mittel von meiner Redaktion, nicht allzugute Karten mit einem der Giganten der Rockgeschichte ein Interview fürs KlaroFix zu bekommen. Wenn ich so neben mir die Journalistenteams vom FOCUS, den Badischen Nachrichten, dem TIME GUARDIAN oder CNN sah, wurde mir schon klar, daß da ein Blättchen mit mickrichen 5.000 Stück Auflage ziemlich ins Hintertreffen geraten mußte. Natürlich entdeckte ich in den letzten Reihen auch Aschenbach vom KREUZER und Urbanetz von der LVZ. Aschenbach hatte ich noch angerufen, bevor er nach Schkeuditz rausfahren wollte, denn in der gecharterten Tourboing saßen natürlich nur die Doubles der Stones, das hatte der findige KREUZER Kulturkolumnist sicher nicht bedacht. Jedenfalls hatte ich da ja immernoch einen Vorteil. Ich hatte '92 in Borna beim Bikertreffen Bekanntschaft mit Ian McLaughgy gemacht, der in Irland sein Haus gleich neben dem von Ron Wood hat und mit dem öfters im benachbarten Pub verkehrt. Mit Ian stand ich seit dem in sehr gutem Kontakt und er hatte mir auf jeden Fall die Zusicherung gegeben, wenn er nach Leipzig kommt, etwas für mich zu tun.

Natürlich bekam ich im Gedränge am Bahnsteig nicht viel zu sehen, vielleicht habt ihr die Bilder im Sachsenspiegel gesehen, wie die Bullen auf die Presse los sind, aber einen Treff mit Ian konnte ich für den Nachmittag noch ausmachen, der mir versprach, auf jeden Fall einen Interviewpartner mitzubringen.

Wir trafen uns wie verabredet am Nachmittag im Corso. Ich hatte mir einen Studenten, Stefan, zum übersetzen gemietet und Ian kam pünktlich und etwas angetrunken mit Dick Taylor, einem Musiker der Stones, aus dem Möwenpick Irish Pub um die Ecke in den Laden. Natürlich war ich etwas enttäuscht, keinen echten Roling Stone vors Diktiergerät zu bekommen, aber ich sollte eines Besseren belehrt werden. Dick war ein alter Schulfreund von Mick Jagger und hatte schon in dessen Schülerband getrommelt.

STONES IN LEIPZIG!

Nach dem Tod von Brian Jones und dem Ausstieg von Bill Wymann 1992 bekam die Band Probleme, ihren Sound aufrechtzuhalten und mußte auf eine ganze Reihe Gast- und Begleitmusiker zurückgreifen. Bei den Konzerten sind es heut kaum noch die vier Männer auf der Bühne, die für die Musik sorgen, sondern die Mannschaft im Hintergrund, die die Parts parallel für die Helden vorn auf der Bühne einspielen. Im Publikum bekommt das natürlich keine Sau mit, zumal das meiste Material ja eh über das Mischpult zurechtgefeilt wird. Aber nun zum Interview:

Hallo Dick, welcome in the Heldenstadt, wie geht´s den Stones? Mit dir hatte ich ja nun nicht gerechnet, eher mit Mick oder Keith, aber die haben wohl gerade keine Zeit was?

Dick: *Na, das nicht. Das läuft bei den Stones etwas anders. Wir haben eine P.R. Abteilung und die übernimmt die ganzen Image Geschichten, also wer wem was sagt. Und die Bezahlung natürlich, die spielt ja auch ´ne Rolle dabei.*

Heißt das, daß die Stones nicht mehr tun und lassen können, was sie wollen?

Dick: *Nein. Die Stones, das ist ja nicht mehr irgendeine Band, son-*

Das stählerne Ungetüm über der Bühne der Stones soll einen Delphin darstellen - das Symbol der aktuellen Tour

Heavy-Udo (26): "So muß Aufruhr klingen! Knallhart eben, die Jungs"

Ron Wood und Keith Richards (Bild gegenüber) sind die eigentlichen Hirne der Stones. "Der Rest ist nur ein bißchen Feuerwerk und Glimmer.."

dern ein Konzern. Ein Konzern mit seinen Abteilungen und Direktionsbereichen sozusagen. Da hat jeder seine Befugnisbereiche und da pfuscht auch keiner dem anderen rein in seine Angelegenheiten. Soweit sind wir alle Profis genug, um zu wissen, daß da ein Haufen Geld im Spiel ist und es nicht nach irgendwelchen Makken von einzelnen geht. Mick und die anderen sind natürlich irgendwie schon die Hauptfiguren. Die Chef-Etage sozusagen. Die haben schon viel Spielraum, um sich auszutoben mit irgendwelchen Sonderwünschen, also wenn einer mal über die Welt philosophieren möchte im Männermagazin des Vatikan, dann kann er das natürlich machen. Wenn es aber um den ganzen Betrieb geht, dann wird das schon besprochen untereinander, sonst funktioniert der Laden nicht.

Betrifft das nur das Management, oder kannst du auch mal sagen, eh Leute, den Song würd ich aber mal so und so spielen, oder im Programm stinkt mir das und das...

Dick: *Das geht natürlich nicht. Mick ist der Chef und hält die Fäden fest zusammen. Das Produkt Rolling Stones, das wir den Leuten anbieten, muß sich ja verkaufen, da kannst du nicht ´ne Techno-Scheibe rausbringen mit der Aufschrift Rolling Stones, oder du kannst nicht die ganzen Musiker und den Chor zur Band zählen. Ein Großteil von Leuten ist halt bloß Beiwerk. So ist das doch in jeder Firma, oder? Unsere Fans haben außerdem ihre festen Erwartungen an die Stones und die müssen wir ihnen erfüllen, sonst funktioniert das Geschäft halt nicht. Wenn sie Satisfaction hören wollen, dann hören sie es eben von uns, auch wenn das Ding abgedroschen ist, wie das Amen in der Kirche.*

Wird's da nicht langweilig, nach 34 Jahren immer wieder das Gleiche zu machen? Ihr seid ja nun auch schon in einem betagten Alter, Jahrgang 43 wie unser Bürgermeister Grube hier in Leipzig. Keith erkennt man ja kaum noch durch seine vielen Falten hindurch und sein Teint, naja, ein gesundes Aschgrau würd ich sagen... Ihr könnt mir doch nicht erzählen, daß ihr bei „Brown Shugar" und „Sympathy for the Devil" noch so richtig weiche Knie bekommt?

Dick: *Jeder Job stinkt einem irgendwie und wird zur Routine. Aber so eine Tour hat ja auch angenehme Seiten. Das Reisen und die Spannung: Wird-der-Abend-gelingen...? Du kommst raus aus deinem Trott, erlebst was Neues und bekommst auch noch gut Geld. Das, was die Leute vor der Bühne erleben, ist für uns wirklich wie ein auswendig gelerntes Theaterstück. Wir müs-*

sen schon versuchen, daß die Leute die Stones anders erleben, als das, was sie von Platte oder Video her kennen. Wer natürlich in der letzten Reihe steht, für den ist alles sicher wie Fernsehen. Das ganze Technikzeug machen ja sowieso andere. Wenn wir die ganzen Jahre durch Klubs getingelt wären, wie andere Bands, würde sich keine Sau drum scheren, daß die Stones hier in Dresden sind.

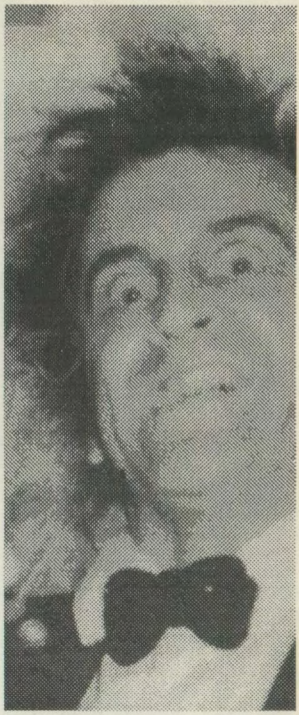
In Leipzig...

Dick: Okay. Bands wie Pink Floyd oder U2 haben das begriffen. Ansonsten gehst du unter, wie die ganzen alten Stars der Siebziger, die mit ihrer Musik und ihren Ansichten einfach nicht mehr in die heutige Zeit passen. Die haben nicht das Zeug dazu, zu beweisen, daß sie auch heute noch hip sind.

Irgendwie sind wir ja doch eher Schauspieler bei unserer ganzen Show, und für uns ist es eher spannend, ob es uns gelingt, die Leute hochzubekommen. Also, wenn du merkst, daß du den Punkt erreicht hast, daß du mit den Leuten machen kannst, was du willst, das ist schon geil. Du rufst jäh und alle rufen jäh, du sagst „hebt eure Arme hoch" und alle heben ihre Arme hoch, das ist geil. Genauso kannst du sagen „Springt aus dem Fenster" und sie würden das tun, ab einem bestimmten Moment. Du machst ihnen etwas Zauber vor, baust eine verrückte Bühne, gibst 'ne flotte Lichtshow und machst etwas Feuerwerk und schon hast du's gepackt und die Leute denken wirklich, was Neues erlebt zu haben, obwohl sie schon alles von den Stones auswendig kennen. Letztendlich kaufen sie deine neue Platte oder das Video, nicht weil sie so gut oder neu sind, sondern einfach aus Loyalität zu dir. Weil du ihnen das Gefühl gegeben hast, dazu zugehören, zur Familie, weil sie hier ihr kleines Ersatzzuhause gefunden haben, in das sie sich jederzeit flüchten können, wenn's ihnen Scheiße geht. Und dafür zahlen sie halt auch noch, von den CD's, die immer noch im besten Preis stehen, - CCR kannst du schon für 1,50 im Wühltisch finden-, über die 50 DM T-Shirts oder eben die Eintrittskarten zu 80 Mark. Das ist Macht und das ist ein geiles Gefühl, die Leute zu beherrschen, allein durch deine Ausstrahlung, allein durch dein Theaterspiel, durch Professionalität. Und keiner merkt es, keiner würde das ehrlich zugeben, denn so funktioniert das überall.

Das ist also aus den Rockrebellen geworden?

Dick: Naja Skandale brauchst du, um berühmt zu werden. In den Anfangsjahren liebten die Leute das an den Stones, die Toten bei den Konzerten, die Drogengeschichten, die Sexskandale, daß wir in SS-Uniformen aufgetreten sind. John Lennon meinte '66, daß alles, was die Beatles bringen, vier Monate später von den Stones kopiert wird. Na und? Heute kopieren wir uns selbst und das ist doch wohl o.k.! Damals verurteilten uns alle, weil unsere Platten rassistisch und frauenfeindlich waren. Heute sind wir berühmt, da stört das keinen



Anja (23):

"Es war wie bei Bruce Springsteen!"

Paul und Herta Fröhlich waren die ältesten Fans auf der Festwiese: "Ob wir glücklich sind? Na klar!"

Schon Tage vorher waren einige Fans da. Jewgeni Kalaschnikow aus Wladiwostok übernahm den Frühsport der Stones-Fans

Vor allem das junge Publikum ist bei Konzerten der Stones immer wieder zu spontanen Begeisterungsbekundungen fähig - so auch in Leipzig auf der Festwiese - anhaltender Beifall war keine Seltenheit

mehr. Außerdem sind wir schlau genug, uns politisch nicht klar auszudrücken. Schau dir Michael Jackson an. Der will politische Statements rüberbringen und erreicht genau das Gegenteil von dem, was er meint. Da bekommt er Anklagen wegen antijüdischer Texte, oder faschistoider Filme. Und außerdem sind auch wir für Skandale immer noch gut. Denk nur mal an Bill Wymans jahrelanges Verhältnis mit der 13jährigen Mandy. Und denk nur mal an die ganze Kohle, die wir bei solchen Aktionen hier einfahren... Naja. Heute ist es halt "in", Mineralwasser zu trinken und ein T-Shirt von Greenpeace unter der Lederjakke zu tragen. Okay - warum nicht. Mick trinkt nur noch Mineralwasser und die Lederjacke macht aus ihm auch noch mit 80 einen Rocker, der Omas im Stadtpark in den Arsch tritt, ha, ha...

Na, die großen Kämpfer wart ihr ja noch nie, das habt ihr in „Street Fighting man" ja ziemlich klargestellt. Liegt darin vielleicht das Geheimnis eurer Popularität, daß ihr in eurer Unverbindlichkeitswelt hängen geblieben seid, sind es die unerfüllten Träume der 60er Generation, die ihr auch heute noch verkörpert? Sind die Stones zeitlos wie Coca Cola und Levis und opportunistisch genug, um mit jeder Zeit konform zu gehen?

Dick: *Na, da mußt du wirklich Mick fragen. Der stellt sich die Frage, ob die Stones zur Kirche geworden sind oder er zu Gott. Nein, aber du hast schon recht. In Bosnien killt heute ein Us-*

Iascha mit einem Rolling Stones T-Shirt einen Serben mit dem gleichen Shirt, als wäre da nichts Verbindendes. Die Love-and-Peace Zeiten sind vorbei. Jeder lebt für sich allein und kämpft seinen eigenen Krieg. Und die Stones werden sich hüten, in Kriesengebiete zu reisen, das könnte schnell ins Auge gehen. Dort reicht es, ein paar Leute aus den unteren Filialbereichen mit ein paar neuen CD's hinzuschikken. Und MTV gibts ja auch weltweit. Wenn das keine Botschaft ist. Wenn du Greenpeace spielst, dann legt dich schnell mal ein Geheimdienst um, oder du gerätst zwischen die Fronten und mußt dich letztendlich für eine Seite entscheiden und dann wird´s geschäftsschädigend.

In Spanien sind viele Intellektuelle und Künstler im Bürgerkrieg in die Schützengräben gekrochen, ohne Fernsehkameras und mit der Gewißheit dabei umkommen zu können.

Dick: *Na und? Was hat´s gebracht? Die sind tot und die Stones leben noch und können sich mit ihrem Geld die Eier schaukeln. Schaukeln lassen! Was wir heute auf der ganzen Welt haben, ist Entertainment. Wen interessiert schon noch Wahrheit? Die Leute wollen unterhalten werden, ein bißchen Ablenkung. Rock'n Roll liegt an der Leine und macht nur noch für Kohle Männchen. Der einzige Moment, wo das mal etwas ausbrach, war bei Punk. Da bestand die Gefahr, daß die Leute auf die Industrieidole spuckten und selbst ihren Punk machten. Das ist das Gefährlichste in der heutigen Zeit, daß die Leute merken könnten, daß sie selbstbestimmte Wesen sind, die den ganzen Scheiß nicht brauchen. Früher haben sie sich auch in Familie hingesetzt und gesungen, oder in der Kneipe, oder auf dem Fußballplatz. Dafür sind jetzt eben wir da! Es ist schon ganz gut, daß es dieses Oben und Unten gibt, zumindest für uns, auch wenn wir die erste Reihe bis auf drei Meter an uns ranlassen. Wer stagediven will, soll das beim Pepsi Cola Contest machen.*

Ihr habt also Euren Frieden mit der Welt geschlossen, wie sie ist. Selbst die alten Streitigkeiten zwischen Mick Jacker und Keith Richards scheinen der Vergangenheit anzugehören, seit Keith ihm ´89 die Niere gespendet hat. Sind die rollenden Steine zum Stillstand gekommen?

Dick: *Ne, die rollen schon noch, bloß mit Volkswagenzeichen ha, ha...*

Volkswagen ist der Hauptsponsor der Stones. Wie kommt ihr damit klar, euren Erfolg teilen zu müssen?

Dick: *Ach was. Eine Hand wäscht die andere. VW sahnt etwas von unserem generationenüberspannenden Image ab und wir hängen ein paar Fähnchen an die Bühne und drucken ihr Logo überall drauf.*

Ein paar Fähnchen, die aber nach dem Auftritt der Vorband, die eh in Ton und Lichtschow schön heruntergefahren werden, schnell beseitigt werden?

Dick: *Genau so geht das! Big Country sind halt nur Vorband, die profitieren andersrum auch wieder von der Firma Rolling Stones. VW weiß schon, was sie tun. Die sind auch ein professionelles Unternehmen. Seit sie ihre Karren über Namen wie „Genesis" und „Pink Floyd" laufen lassen, klettern sie immer höher in die Reihen der Pop Musik-Sponsoren, wie Coca und Pepsi. Und ihre Autos verkaufen sich nachweislich prächtig. Daß Mick Mercedes fährt, ist dabei völlig unwichtig.*

Okay, thank you und good luck für heute Abend. Was wünschst du dir für nachher?

Dick: *Keine Zugaben. ´Ne zünftige Schlägerei in dem Studentenclub, wo die Nachfeier stattfindet, und daß deine Freundin so gut im Bett ist, wie du versprochen hast!*

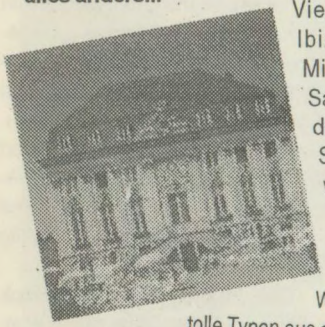
Das Interview führte für KlaroFix am Nachmittag des 15. August BHUR im Cafe Corso

Michaela (19): "Darauf hatte ich 30 Jahre gewartet!"

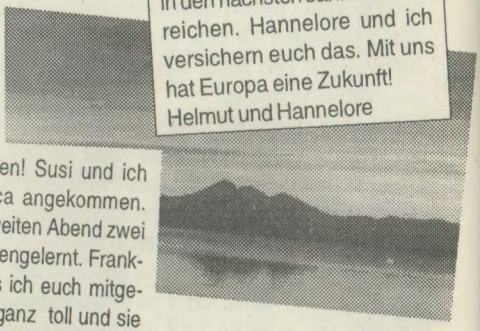
URLAUBS-

Wie jeden Sommer hat uns auch dieses Jahr eine Flut von Karten, Urlaubsgrüßen und Faxen aus aller Herren Länder erreicht. Bitte seid uns nicht böse, wenn wir eure Grüße nur auszugsweise abdrucken, oder ihr vielleicht gar nicht erscheint. Auch die Mailbox-Sachen und der Gag mit der Flaschenpost bleiben aus technischen Gründen unveröffentlicht. Herzlich gelacht haben wir über die zwei Brieftauben, aber ist das nicht doch irgendwie Tierquälerei? Das wäre doch wieder ein schönes politisches Thema, über das sich endlos streiten läßt, oder? Also schwimmt nicht so weit raus und im nächsten Jahr wird sicher alles anders...

Liebe deutsche Jugend. Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht. Wir werden auch in den nächsten Jahren viel erreichen. Hannelore und ich versichern euch das. Mit uns hat Europa eine Zukunft! Helmut und Hannelore



Viele Grüße aus Ibizza von Knut, Mirko, Jella und Sabsi. Ibizza ist in deutscher Hand! Schreibt nicht soviel Scheiße!



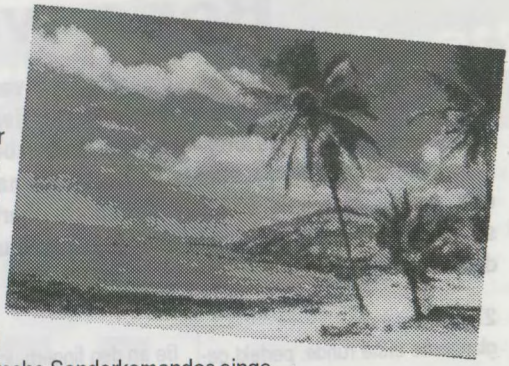
Liebe KlarofixerInnen! Susi und ich sind gut auf Malorca angekommen. Wir habn gleich am zweiten Abend zwei tolle Typen aus dem Ruhrgebiet kennengelernt. Frank-Uwe, der Blonde, hat mir das Foto geschenkt, das ich euch mitgeschickt habe. Schnucklig, was?! Das Klaro finden sie ganz toll und sie würden auch mal was schreiben, über Krieg oder so, wenn wir mit ihnen in so ein Partnerwechselclub gehen. Ich frage mich, was das ist. Ich erzähl euch alles, wenn wir wieder da sind. Tschüßie Anett

Mußten unseren Urlaub an der Adria leider wegen irgendwelcher Schwierigkeiten vor Ort abbrechen. Sind aber hervorragend und spottbillig in Albanien untergekommen. Das Land ist ja herrlich. Nur die Klos sind katastrophal und das Essen ist zu ölig. Grüße Harry, Marliés, Gysi und Olli, Joschko und sein Hund

Rio ist eine Reise wert! Schon am Bahnhof könnt ihr die herrlichsten Sachen essen. Hier wird viel gekocht, wegen der Hygiene und so. Aber auch das Obst ist hervorragend und schmeckt genauso gut wie bei uns und Billiger ist alles. Also bis zum Slapshot Konzert! Micha

Hallo Ihr Fixer. Liebe Urlaubsgrüße von Dr. Jens und Marushka aus Ägypten. Das Bier ist Scheiße und pißwarm.

POST



Hallo aus Kashmir. Na wie gehts euch so in der Provinz? Ich hänge gerade im Monsum und hab so gar nichts von den Bergen. Das Heft hab ich natürlich schon durch und es einem indischen Jungen gegeben. Hier gibt es ja noch viele Bettler. Von den politischen Unruhen bekommt man glücklicherweise nicht allzuviel mit. Das bezieht sich alles mehr auf die Berggegenden und Srinagar. Wie ich gehört habe, sind heute deutsche Sonderkomandos eingeflogen, um unsere Geisel zu befreien. Ich bleib auf jeden Fall noch solange das Geld reicht. Rene P.S. Hier ist einfach nicht rauszubekommen, wie Chemie gespielt hat!

Liebe Klarofix Leute!
Die besten Urlaubsgrüße aus Altenburg senden euch die Prinzen. Macht doch mal ein Interview mit uns. Wir sind doch alles Fans von Egon Krenz.

Hi, ihr Zurückgebliebenen!
Urlaub ist doch klasse. Wir haben tolles Wetter und der Strand ist super. Endlich mal raus aus dem Leipziger Großstadtstreß. Auf der Karte seht ihr unseren Stammplatz am Strand, gleich bei Pablos Schnellimbis. Grüße von Siggi und Henne

Viele Grüße aus der thailändischen U-Haft senden Euch Berndt, Mirko, Sascha, die Schröder Zwillinge, Milos, und Hitler, die alte Sackratte. Obwohl unser Urlaub nicht so ganz über die Runden ging, wie gewünscht, ist es immernoch ganz lustig. Wir machen das beste aus der Situation. Bitte sagt mal der Mutter von den Zwillingen, sie soll mal etwas Kohle aufs Konto überweisen, sie bekommt es auf jeden Fall wieder, wenns sein muß, nehmen wir es erstmal aus der Antifa Kasse. Ansonsten braucht ihr Euch keine Sorgen zu machen, uns gehts gut. Ach ja! Euer Klarofix raucht sich prima!
Legalize Mariuhana!

Post erhielten wir weiterhin von Holger Schütze, Annett und Britta aus Brest, der Theatergruppe des Kulturhauses Albert Norden aus Amsterdam, Olleg, Nitsche und Köhler vom Matterhorn, dem Super Volleyballteam vom Conne Island, Marilka und Sabine, Jens, Eule, Jauche und Müllhaufen, Rainer, Uwe aus Rheinikendorf, John, George, Paul und Stinko, Madame Butterfly, Michael aus Holland, Michael aus Lübschütz, Reiko, Henne, Sven aus La Karo, Sven aus Baku, Sven aus G.B. - wir haben auf deine Leserbriefantwort genaut!, Schalle, die Rote Zora, Holger Tschense aus Kulkwitz, Renate, Marianne und Erich Müller, Peter, Paul und Mary, Jens-Uwe und den Jochens aus Usedom.

Tach Loserbacken! Wir machen Abenteuerurlaub. Hier sind Manne, Locke und ich vor einem Hünengrab auf Usedom. Echt stark hier!...

Boris wird alt!

das klarofix hat mit boris becker einen exclusiv-vertrag aushandeln können über das tagebuch, das er während des letzten wimbledon-turniers führte. es legt schonungslos kritische selbstreflexionen übers älterwerden dar, zudem beschäftigt er sich unterschwellig immer wieder mit dem komplex des starkultes. becker thematisiert damit eines der wichtigsten probleme des gegenwartstennis, vielmehr des sports überhaupt und geht dadurch viel weiter als beispielsweise bernhard langer in seinen beschreibungen von rheumatischen erkrankungen bedeutender golfprofis.

27. 6.
glanzvolle erste runde. perfekt gespielt. mit 27 immer noch in topform. super, boris. wie hieß noch mein gegner? habs vergessen.

28. 6.
erstmal ausgeschlafen. morgens lange überlegt, ob ich mich rasieren soll. habs dann gelassen. bißchen trainiert. verdammte hitze.

29. 6.
zweite runde. viele autogramme gegeben. das volk will mich! hatte ein gutes foto in der bildzeitung.

1. 7.
gestern hab ich nichts aufgeschrieben. kreislaufprobleme.

2. 7.
wahrscheinlich wird agassi mein gegner im halbfinale. schon mal überlegen, was ich auf der pressekonferenz über ihn sagen könnte: kojak ist an haarausfall mit 65 jahren gestorben. nee, nicht witzig, zu lang. aber es muß schon was sein mit der glatze. haut die glatze auf die matratze. nee, ist auch nicht witzig. aber vielleicht sollte ich was über das häßliche kopftuch sagen, das er trägt. verdammt, mir fällt nichts cooles ein.
abends windeln gewechselt. scheiße an den fingern. ich lerns nie.
[auf der angesprochenen pressekonferenz bezeichnete becker seinen halbfinalgegner letztendlich als „putzfrau im tennis". hier wird erstmals der erfolgsdruck deutlich, der auf becker lastet, in interviews witzig sein zu müssen, die red.]

3. 7.
kumpel mœnroe getroffen. immer noch der gleiche scheißkerl. aber mein englisch wird immer besser. hab mit *[ihm; becker vergißt an dieser stelle das pronomen, die red.]* übers älterwerden gequatscht.

4. 7.
ich hatte heute morgen leichte stuhlprobleme. war nicht so fest wie sonst. abends fußnägel geschnitten. die bohrten schon in den schuh.

5. 7.
kevin curren hat mich einen „alten 27-jährigen" genannt. hm.

6. 7.
scheiß hitze. marius müller-westernhagen getroffen. ich habe ihm zwei selbstgeschriebene lieder auf der gitarre vorgesungen. babsi hat auffällig lange mit ihm gequatscht.
ich werd nicht jünger; hatte aber wieder ein gutes foto in der bildzeitung. für mein alter noch ziemlich sexy.
[als sexsymbol leidet becker natürlich am prozeß des alterns. parallelen zu marlene dietrich, marylin monroe und claus-theo gärtner werden deutlich, die red.]

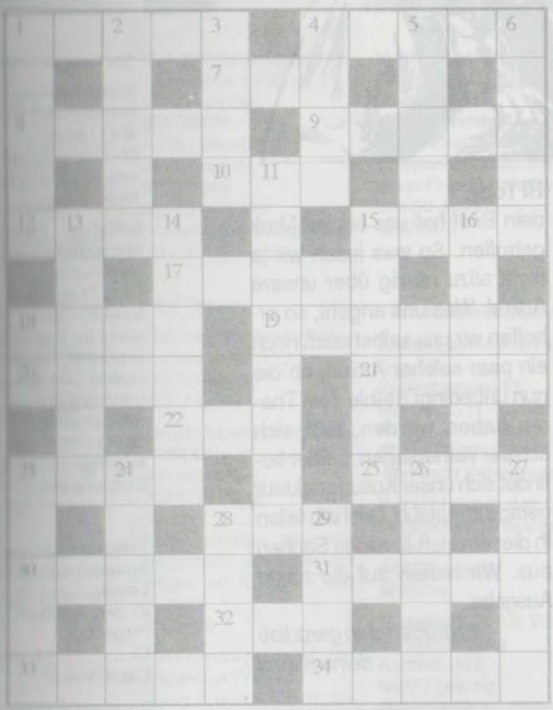
7. 7.
fernsehen geguckt. gute werbespots!

8. 7.
ich habe heute gelesen, daß die moral 538 v. chr. erfunden wurde. die ist ganz schön alt, gilt aber immernoch.
morgen ist das finale. zwei heiße jungs gehen auf den platz, hab ich in der pressekonferenz gesagt.

9. 7.
leider verloren. was solls. wieder windeln wechseln. mist.

in unserer nächsten ausgabe legt steffi graf ihre finanzielle situation dar. kommentiert wird dieser bericht von dem berühmten psychoanalytiker dr. herbert-markus schmidt.

Kreuz-Wort-Raetsel-Spass



waagrecht: 1.So frei wie er will mancher sein, 4.Akkustische Entladung (ch=1Buchst.), 7.Verdrehtes Tor wird zum Platz, 8.Vor- und rückwärts drehbares Maschinenteil, 9.Du kannst es spenden oder verkaufen, 10.Griech. Buchstabe, 12.Ihn kann nur einer erringen, 15.Männl. Teil von Irland, 17.Ein solches Amt bringt nicht viel ein, 18.Rückwärts gehaltener Vortrag, 19.Abzuschaffender, jedoch z.Z. gängiger Status von HausbewohnerInnen, 20.Bartunterlage, 21.Lohn der Vorstellungskunst, 22.problemgeladene Himmelsrichtung, 23.Anett mit Rechtschreibschwäche, 25.Kann von ArbeiterInnenkampf oder Liebe handeln, 28.Frauenname, 30.Dem liegen die hohen Lagen, 31.Feuerspuckender Italiener, 32.Kurzer Amerikaner, 33.Nasser Segen, 34.Mit einem "O" mehr eine Kneipe für Revolverhelden

senkrecht: 1.Erregendes Partikel, weder Tier noch Pflanze, 2.männl. Teil der Ehe, 3.Die Feldbahn fährt über das Mädchen, 4.Die Schule wurde in einer Athener Halle gegründet, 5.Vorname von Funkern, 6.Die Teilchen sind geladen, 11.Sie gründen Staaten, bauen Burgen, 13.Reiseziel von Kolumbus, 14.German. Wurfspieß + Elend, 15.Ungleich, 16.Gesungende Klage, 18.Abk. für Erschießungskommando, 23.Kein Junger, 24.Wo man so ist, da ist man stark, 26.Geeigneter Platz für Atomwaffentests, 27.Formation von franz.-dt. Adel, 28.Dort kommen die islamischen Fundamentalisten her, 29.Avis

Was ist das?

ein Reiswolf

KlaroFix gibt's ab jeden Ersten im Monat bei
Könich Heinz, Basement, Conne Island, Connewitzer
Stadtbuchhandlung, Culton,
Weltladen Stöckartstraße, Frau Krause,
Kaufhaus Goldfisch, IG Rock / Haus Leipzig,
HdD Café, Killy Willy, Lichtwirtschaft,
Muzak / Werk II, naTo, Ullis Bücherstube,
Phunky Chicken, Stilbruch, Sachsenbuch,
Schall & Rausch, Substanz, Syndikat,
bei Elke im Handverkauf, ZORO, Sack & Hand,
Cafe und Buch / Hamburch,
wer will im Abo

und natürlich sofort nach dem Sieg auf dem Balkan auch in Zagreb, Sarajevo und Belgrad